

2015

Historisches Institut der Universität Bern

Berner

Historische Mitteilungen



32. Jahrgang/2015

Redaktion:

Dr. Tanja Bühler

Administration:

Daniela Heiniger

Herausgegeben vom

Historischen Institut der Universität Bern

Länggassstrasse 49

CH-3000 Bern 9

Tel.: 031 631 86 64 / 80 91

Fax: 031 631 44 10

<http://www.hist.unibe.ch/behmi>

Auflage: 200 Exemplare

© 2016 by Historisches Institut der Universität Bern

ISSN 1660-1904

Editorial

Die vorliegende Ausgabe der Berner Historischen Mitteilungen (BeHMi) enthält die Zusammenfassungen der Masterarbeiten und Dissertationen, die am Historischen Institut der Universität im Jahr 2015 erfolgreich abgeschlossen wurden. Die Lektüre dieser Beiträge ermöglicht einen Einblick in die methodische und thematische Vielfalt der am Historischen Institut abgeschlossenen Forschungsarbeiten, in denen oft auch erstmalig Quellenmaterial aufgearbeitet wurde. Die Arbeiten beschäftigen sich mit so unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten wie Umwelt, Verkehr, Ausbildung, Wissenschaft, Gender, Politik, Wirtschaft, Religion, transnationalen Organisationen, Diskursen, Krieg und Militär und decken die regionale Bandbreite von Lokalgeschichte, Schweizer Geschichte, Europäische Geschichte bis hin zur Globalgeschichte ab.

Eigens erwähnt seien die Beiträge von Nadine Amsler und Lina Gafner, die für ihre Dissertationen mit dem Institutspreis ausgezeichnet wurden.

Die meisten Arbeiten können in der Bibliothek Von Roll eingesehen werden und sind in den Verbundkataloge IDS Basel Bern <http://aleph.unibas.ch> und swissbib <https://www.swissbib.ch> verzeichnet. Ältere Jahrgänge der BeHMi finden die geneigten Leser/innen auf unserer Homepage <http://www.hist.unibe.ch/behmi> zum kostenlosen Download. Verweise zu geplanten Publikationen finden sich im Schlussteil der vorliegenden Kurztexte.

Auch in diesem Jahr war Frau Daniela Heiniger an der Ausgabe der BeHMi mit umfangreichen und unverzichtbaren administrativen Tätigkeiten beteiligt. Dafür sei ihr an dieser Stelle herzlich gedankt.

Bern, im September 2016

Tanja Bühner

Inhaltsverzeichnis

CHRISTA ALTORFER

Verdrängungskampf um das bernische Postregal 1675 – 1698. Der Streit zwischen dem Postpächter Beat Fischer und dem Kaufmännischen Direktorium Zürich als Ausdruck staatsrechtlicher und betriebswirtschaftlicher Modernisierung des Postwesens..... 1

RICO BAMERT

Anfänge partizipativer Verkehrsplanung am Beispiel der Gemeinde Baden Anfang der 1960er Jahre 2

NATHALIE BARDILL

Just Another Number? The Body Count in Post-Apartheid South Africa's Media Discourse on Strike- and Gang-Related Violence..... 3

NORA BICHSEL

„Vom Würthen und Feyern uff den loblichen Zünfften“. Quellenanalyse zur Geselligkeit der Solothurner Handwerkerzünfte unter besonderer Berücksichtigung der Schifflerenzunft 3

SIMON BRACK

Ein unsichtbarer Feind. Der kommunalpolitische Umgang mit der Grippeepidemie 1918 in den drei Gemeinden Bern, Thun und Langnau i. E..... 5

NADINE BRÜGGER

„Erst die Moneten, dann die Seele“. Zur Darstellung von Erfolg im bundesdeutschen Spielfilm der fünfziger und sechziger Jahre..... 6

ANITA BUCHER

Die Verwaltung der vier Gemeinen Herrschaften von Bern und Freiburg in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts 7

MANUEL BURKHARD

Der Mönch und seine Berge. Pater Placidus Spescha als Pionier und Vertreter des modernen Alpinismus 8

MOIRA CASSIDY

Die Reiseführer von John Murray und Karl Baedeker als Spiegel der Tourismusentwicklung in der Schweiz 1840-1914..... 9

FLORIAN CHRISTEN

„Beziehungen zwischen Staat und Frau“. „Politische“ Konzepte und Praktiken Helene Stuckis (1889–1988) 10

MAURO CIMINO

Die Energieversorgung und Elektrifizierung bei den Schweizerischen Bundesbahnen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 11

CAMILLE CUVIT

Hjælp! Ayuda! Hilfe! Das Engagement der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung bei Naturkatastrophen des 20. Jahrhunderts im Spiegel von Plakaten..... 13

MANUEL ERHARDT	
Die Volksrepublik China auf dem Weg zu sauberem Trinkwasser	14
CHRISTOPH GEISSLER	
Gooks, Japs, Nips, Dinks und Charlie. Offizielle Propaganda und die Feindbilder von US-Soldaten während den Kriegen in Ostasien	15
NADJA GLARNER	
„Ob wir unns ihnen weltind gleichförmig machen“. Ein prosopographischer Forschungsansatz zur Einführung der Reformation in der Landschaft Hasli 1528	16
MORITZ GUTJAHR	
Die Bürgergemeinde Bern als Akteurin in der städtischen Wohnraumpolitik. Exemplarisch dargestellt an der Überbauung Schwabgut in Bümpliz 1957-1971.....	17
SARAH KÄSER	
Die Wiedereinführung des Calcio Storico Fiorentino im Faschismus.....	19
SARAH KÖPPEL	
Die Schweiz und die „rote“ Atombombe. Die imaginäre nukleare Gefahr des Sowjetkommunismus in der Schweiz zwischen 1945 und 1963.....	20
JOANNIS KURTESSIS	
Prophet des Schützengrabenkrieges. Jan Blochs Ansichten im Spiegel der Militärpublizistik 1900-1914.....	21
JONAS KYBURZ	
„Ich stehe dafür, daß unsere Soldaten jeden Bauern der sich findet niedermachen sollen.“ Österreichisch-ungarische Gewaltmassnahmen gegen irreguläre Kombattanten und Zivilisten an der Balkanfront 1914.....	22
LETIZIA LANDBÖ	
Eheanbahnung und Eheschliessung in der bürgerlichen und bäuerlichen Schweiz des 19. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung der sozialen Praxis	23
DOMINIK MATTER	
„Post aus der Schweiz“. Die schweizerischen Aussenbeziehungen während des nigerianischen Bürgerkrieges 1967-1970.....	24
SIMONA MEYER	
Die Opiumpolitik des Völkerbundes in den Jahren 1924-1932 am Beispiel Indiens	25
FRANZISKA MOOR	
Tödliche Gewalt. Tötungsdelikte im Amtsbezirk Bern 1944-1994	26
DAVID NAEF	
Schweizer Entwicklungsprojekte. Eine Untersuchung staatlicher Entwicklungspolitik der Schweiz in nichtindustrialisierten Ländern.....	27
ARIANE NYFELER	
Im Spannungsfeld von Menschenrechten und Neoliberalismus. Der Diskurs in der Zeitschrift für öffentliche Fürsorge (1970-2000).....	29

MARC RIBELI	
Zwischen Orientierung und Werbung: Die auswärtige Kulturpolitik der Schweiz in Schweden (1946-1973)	30
JEAN-LUC RICKENBACHER	
Für den Frieden in einer Zeit des Krieges: Schweizerische Friedensgesellschaft und organisierter Pazifismus während des Ersten Weltkrieges	31
BENJAMIN RYSER	
Geschichtsforschung im Übergang vom Ancien Régime zum Bundesstaat. Ein Vergleich der beiden ersten schweizerischen geschichtsforschenden Gesellschaften und die geschichtswissenschaftlichen Praktiken ihrer Mitglieder (1811-1848)	32
JANINE SCHEURER	
„Pastoris virtus maxima nosse suos“. Alphabetisierung und Schulwesen in der ländlichen Gemeinde Gachnang (TG) im 17. und 18. Jahrhundert	33
LISA SCHLITTLER	
Der Alltag am Bodensee 1939-1943. Eine quellenkritische Untersuchung der Briefe des Posthalters von Steckborn an seine Tochter in den USA mit einer Briefedition	35
ANDREAS TSCHERRIG	
Die Spanische Grippe in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Zum Umgang der Sanitätsbehörden mit der Grippe-Pandemie von 1918/19	36
AYSE TURCAN	
Proletarische Welt. Leben und Lebenswelt des kommunistischen Buchdruckers Fritz Jordi .	37
EVELYNE VAUDAN	
„Jetzt kommt die Familie zum Zuge!“. Familienbild und Geschlechterrollen im Wandel von Angebot und Werbung der SBB im 20. Jahrhundert	38
SILVANA MARIA WERREN	
Visitation und Reform. Eine Quellenanalyse zum Elementarschulwesen in der Herrschaft Badenweiler 1735-1782	39
FLORENTINA WIRZ	
Die East African Community (1967-1977). Zusammenbruch und Auflösung	41
LOÏC ZIMMERMANN	
Der Boxerkrieg in China. Eine multinationale militärische und diplomatische Kooperation im Zeitalter des Imperialismus	42
ANDREA ZIMMERMANN	
Der Bund als Mobilitätsanbieter? Ein Vergleich der politischen Debatten um den Rückkauf der Eisenbahnen und den Bau der Nationalstrassen	43
PHILIPP ZOSSO	
Bohnenkulturen – Darstellungen der Sojabohne in amerikanischen und europäischen Zeitungen und Zeitschriften im Wandel der Zeit zwischen 1960 und 1995	43

Dissertationen

ANDREAS AFFOLTER

Verhandeln mit Republiken. Die Ambassade des Marquis d’Avaray und die französisch-
eidgenössischen Beziehungen im frühen 18. Jahrhundert 45

FABIENNE AMLIGER

Im Vorzimmer zur Macht? Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP (1971 bis
1995)..... 47

NADINE AMSLER

The Lord of Heaven in the Inner Chambers: Jesuits, Women, and Domestic Christianity
in China (ca. 1580-1690)..... 49

LINA GAFNER

Ärztliches Schreiben zwischen Routine und Ratlosigkeit. Epistemische und administrative
Praktiken der Journalführung im 19. Jahrhundert, am Beispiel des Bieler Arztes Cäsar
Bloesch (1804-1863)..... 51

ARIANE HUBER

Für die Lebenden und für die Toten. Testamente des Spätmittelalters aus der Stadt Bern 53

JULIA HÜBNER

Henriette Adelaïde von Savoyen (1636-1676) und die bayerischen Außenbeziehungen 54

MELANIE SALVISBERG

Der Hochwasserschutz an der Gürbe – eine Herausforderung für Generationen. Ein
Beispiel für die Umsetzung von Hochwasserschutzkonzepten vor Ort (1855-2010) 56

ALEXANDRA VLACHOS

We Stand on Guard for Tree: Narrating South Moresby. An Environmental History of
the South Moresby Controversy (1974–1993) on Haida Gwaii, Canada..... 57

Verdrängungskampf um das bernische Postregal 1675 – 1698

Der Streit zwischen dem Postpächter Beat Fischer und dem Kaufmännischen Direktorium
Zürich als Ausdruck staatsrechtlicher und betriebswirtschaftlicher
Modernisierung des Postwesens

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Während das Postwesen heute ein alltägliches und für alle Gesellschaftsschichten gängiges Geschäft darstellt, war es im 17. Jahrhundert in der Eidgenossenschaft ein am Anfang stehender Dienstleistungsbetrieb, der stark abhängig war von politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen. Auch benötigten nicht alle sozialen Schichten ein gut funktionierendes Kommunikationswesen. Neben Adligen und Geistlichen waren es vor allem Handelshäuser und Kaufleute, die schon seit mehr als zwei Jahrhunderten auf einen schnellen und zuverlässigen Post- und Botendienst vertrauten.

Verantwortlich für die Entstehung eines Postbetriebes im Heiligen Römischen Reich war die vom Kaiser eingesetzte Postmeisterfamilie Thurn und Taxis. Ihr Auftrag war es bereits um 1490, regelmässige Postverbindungen einzurichten und zu betreiben. Dieses Modell der Reichspost machte in ganz Mitteleuropa Schule und diente auch der Republik Bern und dem bernischen Ratsherrn und Postpächter Beat Fischer als Vorbild für seine Fischerpost. 1675 gelang es Beat Fischer, die Berner Obrigkeit davon zu überzeugen, ihm das Postregal zu verpachten. Wie für die Thurn und Taxis im Reich sollte das Postgeschäft der Fischer in der Eidgenossenschaft ein einträgliches Geschäft für die Familie und die Republik Bern werden. Seine unternehmerische Position musste sich Fischer allerdings erst erkämpfen, indem er das bernische Postregal innerhalb der Grenzen der Republik Bern durchsetzte sowie Durchgangsrechte bei benachbarten Kantonen erlangte. Fischer gelang es, bestehende und bewährte Postkurse, die bis anhin von privaten Unternehmen organisiert worden waren, unter Druck zu setzen – so etwa das sog. Lyoner Ordinari, die alte Botenlinie von Nürnberg nach Lyon, die von den Kaufmannsposten Zürich und St. Gallen betrieben wurde.

Fischer löste, gestützt auf die politische Unterstützung durch die Berner Obrigkeit und dank der Tatsache, dass die Republik Bern das grösste zusammenhängende Territorium in der Eidgenossenschaft besass, einen erbitterten Verdrängungs-

kampf um die ertragsreichen Streckenanteile auf der Ost-West-Achse aus, bei dem er v.a. mit Zürich in Konkurrenz stand.

Der Streit um das Lyoner Ordinari wirkte sich stark auf die eidgenössische Politik aus. Die Auseinandersetzung zwischen Fischer und dem Kaufmännischen Direktorium Zürich bedrohte nicht nur das Lyoner Ordinari, sondern setzte auch das eidgenössische Bündnis zwischen Bern und Zürich einer Zerreissprobe aus. Das grundsätzlich freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Kontrahenten war aufs Äusserste angespannt. Der Ausgang des Verdrängungskampfes zeigt aber, dass beiden Rivalen das gemeinsame Bündnis letztlich wichtiger war als ein über viele Jahre sich erstreckender Rechtsstreit um das Lyoner Ordinari. Der diskrete Rückzug der Verliererpartei (Zürich) sorgte für einen gewaltfreien Ausgang des wirtschaftlichen Machtkampfes innerhalb der Eidgenossenschaft.

Fischer trieb mit seiner Idee, den Post- und Reiseverkehr neu über Bern zu leiten und die Hauptstadt ins Transportgeschehen einzubinden, eine staatsrechtliche und betriebswirtschaftliche Modernisierung des Postwesens voran, die mit der Realisierung grosser Gewinne für seine Familie Hand in Hand ging.

Beat Fischer und seiner Fischerpost gelang es, sich zwischen 1675-1698 auf Kosten bernischer Boten, der benachbarten Stände und der florierenden Handelspost der Zürcher und St. Galler Kaufmannschaften zu behaupten. Um die Monopolstellung innerhalb der Eidgenossenschaft halten und gleichzeitig auch weiter ausbauen zu können, brauchte Fischer unternehmerische Überzeugungskraft, diplomatisches Geschick, Taktik und zahlreiche Abkommen mit dem In- und Ausland. Mit der Anbindung an den internationalen Postmarkt schaffte es Fischer, das neuartige Postsystem, seine Fischerpost, im Staat Bern und dann in Nachbarständen zu etablieren. Durch die Einrichtung von Wechselstationen oder Poststationen zwischen den Destinationen wurde der Zeitverlust verringert.

Die Fischerpost war Teil der Revolution im

Nachrichtenwesen Europas in der Frühen Neuzeit. Sie richtete regelmässige Kurse ein, stellte ein Netz von Botenkursen auf, intensivierte die Postverbindungen, vervollständigte das Verfahren der Postübergaben, regelte Taxen und Tarife. In rund zwanzig Jahren erkämpfte sich Fische mit seiner Fischerpost eine bedeutende Stellung

in der Eidgenossenschaft und in Europa. Trotz der Kriege in Europa und dem rauen Verdrängungskampf um wichtige Strecken und Streckenabschnitte gelang es den Postdienstleistern, ein Kommunikationssystem aufzubauen und zu vernetzen.



Rico Bamert

Anfänge partizipativer Verkehrsplanung am Beispiel der Gemeinde Baden Anfang der 1960er Jahre

Masterarbeit bei Prof. Dr. Ueli Haefeli

Die vorliegende Arbeit entstand im Kontext des laufenden Nationalfondsprojekts „Mobilitätsgeschichte des schweizerischen Bundesstaats“. Ihre spezifische Thematik ist das Aufkommen von über die obligatorischen politischen Vorgaben hinausgehenden Partizipationsverfahren. Diese haben in den letzten Jahren in der Schweiz und in einigen Nachbarländern enorm an Bedeutung gewonnen und gelten mittlerweile als notwendige (wenn auch keineswegs hinreichende) Voraussetzung für eine erfolgreiche Verkehrsinfrastrukturpolitik, zumindest auf lokaler Ebene.

Eine Vorreiterrolle bei der Entstehung solcher Partizipationsverfahren spielte die aargauische Gemeinde Baden. Konkret interessiert, was die Stadt Baden als erste Gemeinde in der Schweiz bewogen hat, die Bevölkerung stärker als vom Gesetz vorgesehen im Planungsprozess von grossen Verkehrsinfrastrukturanlagen einzubeziehen. In diesem Sinn werden die folgenden Fragestellungen untersucht: Wie und mit welchen Mitteln versuchten die Behörden, die Bevölkerung in die Planung einzubeziehen? Welche Partizipationsformen wurden zur Übermittlung der Informationen verwendet? Wie wurden negative Reaktionen und Einsprachen behandelt? War die Öffentlichkeitsarbeit der Behörden geplant und koordiniert? Welche Teile der Behörden waren am stärksten in die Öffentlichkeitsarbeit involviert?

Im Herbst 1957 begann die Gemeinde Baden mit der „Grossen Verkehrssanierung“. Dieses Vorhaben bestand aus zwei Teilsanierungen. Zuerst wurde die „Kleine Bahnverlegung“ in Angriff genommen. Dabei wurde in Richtung Zürich ein rund ein Kilometer langer Tunnel gebaut, der das betreffende Stadtgebiet unterquerte und die

Aufhebung der beiden Eisenbahnbarrieren im Zentrum möglich machte. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich jedoch mit dem zweiten Teil der Verkehrssanierung, deren Ziel die Umgestaltung des Bahnhofplatzes sowie der innerstädtischen Verkehrsverhältnisse im Zentrum der Stadt war. 1967 hatte die Einwohnergemeindeversammlung einer Neugestaltung des Bahnhofquartiers schliesslich zugestimmt. Dieses Projekt und gleichzeitig auch die „Grosse Verkehrssanierung“ konnten Anfang August 1972 abgeschlossen werden. Der Betrachtungszeitraum richtet sich dabei auf die erste Hälfte der Planungszeit, genauer die Jahre 1959 bis 1963.

Ausgewählte Quellen zur Frage der Partizipation der Bevölkerung wurden untersucht. Zuerst das Badener Tagblatt, die meistgelesene Tageszeitung der Region dieser Zeit. Hierbei wurden publizierte Zeitungsartikel und veröffentlichte Leserbriefe betrachtet. Anschliessend wurde das Handeln der Behörden, die Protokolle der Versammlungen der Stimmbürger und verschiedene öffentliche Informationsabende betrachtet. Ein essenzieller Punkt der Partizipation der Bevölkerung an Planungsprozessen ist der Umgang mit Einsprachen respektive Unmutsäusserungen oder Änderungswünschen vonseiten der Öffentlichkeit wie auch die Verhandlungen mit an den Bahnhofplatz anliegenden Immobilienbesitzern. Diese beiden Aspekte wurden abschliessend untersucht.

Die Untersuchungen der verschiedenen Partizipationsformen zeigten, dass es den Behörden nachweislich gelungen ist, die Bevölkerung für das Projekt zu begeistern und zu einer gewissen Mitarbeit zu bewegen. Die Bevölkerung wurde regelmässig über die Fortschritte der Arbeiten in-

formiert, zur Diskussion angehalten, eingeladen Ideen und Vorschläge zu präsentieren und mit gedruckten Planungsberichten aufgeklärt.

Als Folge dieser Massnahmen hatte sich die Bevölkerung in einer neuartigen Art und Weise direkt oder indirekt am Planungsprozess beteiligt. Sie hatte in mehreren wichtigen Zwischenschrit-

ten ihre Zustimmung zu einer weiteren Bearbeitung und sogar einer Ausweitung des zu untersuchenden Planungsgebiets gegeben. Das Bauprojekt wie auch der dafür notwendige hohe Kredit wurden schlussendlich beinahe ohne Gegenstimmen angenommen.



Nathalie Bardill

Just Another Number? The Body Count in Post-Apartheid South Africa's Media Discourse on Strike- and Gang-Related Violence

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stephan Scheuzger

This study investigates discourse strands of strike- and gang-related violence in the press of post-apartheid South Africa. The aim of the study is to identify discourse fragments that explain and legitimise these specific forms of violence by referring to the apartheid era and the anti-apartheid struggle. The two discursive strands are then compared to each other. Historically, strikers have been portrayed as political actors while gang members were seen as criminals. However, during the apartheid struggle, the distinction between political and criminal violence became blurred. The study examines news coverage on three strike-related events and three periods of gang-related violence in the post-apartheid era in

four different South African newspapers. The analysis shows how violence by 'legitimate' anti-apartheid struggle actors, such as trade unions, is explained by referring to a struggle legacy, whereas violence by 'illegitimate' struggle actors, such as street gangs, is explained by referring to socio-economic conditions under apartheid. Both forms of violence are considered illegitimate in the selected newspaper articles. By adopting an argument of a 'culture of violence', however, newspapers assert the legitimacy for violence within the specific violent actor groups, and thus locate the 'violent South Africa' outside of South African society.



Nora Bichsel

„Vom Würthen und Feyern uff den loblichen Zünfften“

Quellenanalyse zur Geselligkeit der Solothurner Handwerkerzünfte unter besonderer Berücksichtigung der Schifflerzunft

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Rolle der Handwerkerzünfte in Solothurn war für das Stadtgeschehen bedeutend, zumal sie das Leben der Solothurner in vielen Bereichen des Alltags vom Spätmittelalter bis in die 1830er-Jahre prägten. In der Geschichtsforschung zu Solothurn sind die Zünfte bis heute wenig behandelt. Diesem Umstand soll die vorliegende Quellenanalyse Abhilfe leisten und einen ersten

Beitrag zur Aufarbeitung der Soziabilität der Solothurner Handwerkerzünfte liefern.

Die Masterarbeit stellt Überlegungen zu den Zunftstuben, zur Soziabilität, zur sozialen Gruppenbildung, zur korporativen Logik und zur Verwendung kollektiver Ressourcen in Solothurn an. Das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, Geselligkeit, kulturelle Praktiken und verschiedene Arten von kirchlichen und weltlichen Feier-

lichkeiten der Zünfte werden untersucht, insbesondere am Beispiel der reichen und einflussreichen Zunft zu Schifflenten, die ihr Vermögen mit dem sogenannten Ladergeld und dem Transportgeschäft von Wein und Salz konstant vergrössern konnte. Wie sich am Beispiel der Schifflentenzunft zeigt, hatten vor allem reiche Zünfte Geld und Zeit für Feierlichkeiten. Ihr Vermögen schweisste die Mitglieder zusammen, liess Spielraum für verschiedene Arten von Geselligkeit, minderte den Konkurrenzkampf mit anderen Schifflenten und Fischern und sicherte damit auch ihren Einfluss auf die ganze Stadt.

Die verwendeten Quellen befinden sich alle in Solothurn im Bürgergemeindearchiv, im Staatsarchiv oder in der Zentralbibliothek. Die Untersuchung baut auf Zunftakten wie Protokollen, Rechnungen und verschiedene Ordnungen, die eine gewisse Selbstdarstellung der Zünfte erkennen lassen, auf. Den obrigkeitlichen Blick auf das Geschehen in den Zunftstuben liefern die Ratsprotokolle, Mandate und Verordnungen. Ziel der Arbeit ist weder eine vollständige Aufarbeitung aller Zunftakten, noch ein chronologisches, vollständiges Auflisten aller festlichen Ereignisse. Der Fokus liegt vielmehr auf der Vielfältigkeit der solothurnischen Zünfte, indem ein Bild von ihren sozialen Verbindungen, ihrer Kommunikation und Soziabilität ausserhalb und innerhalb der Zunftstuben geschaffen wird.

Das Zunfthaus repräsentierte die Zunft nach aussen hin durch seine Lage, Grösse sowie Beschaffenheit der Fassade, Fenster und Türen, nach innen durch das Inventar, die Normen, Regeln und traditionellen Zeremonien. Der Zunfthauswirt wurde von der Obrigkeit geschickt als Instrument eingesetzt, um die Zünftler und ihr Verhalten zu kontrollieren. In den Zunfthäusern konnte der soziale Zusammenhalt nach innen,

oder die Differenzierung nach aussen durch alltägliche und feiertägliche Rituale und Feste gestärkt und zelebriert werden. Politische Versammlungen, grössere Mahlzeiten, zunftinterne Feierlichkeiten und kirchliche Zeremonien dienten der sozialen Gruppenbildung ebenso wie der symbolischen Inszenierung von Gemeinschaft und der Demonstration der Zugangsbeschränkung. Begegnungen auf der Zunft konnten in hitzigen Diskussionen und Streitigkeiten enden, aber auch sehr friedlich verlaufen und ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl stiften. Die Stube war ein Ort der Geselligkeit, gleichzeitig aber auch einer der Kontrolle und sittlichen Disziplinierung durch die Obrigkeit.

Im Jahresablauf gab es für die Zunftmitglieder einige Feierlichkeiten und Versammlungen, an denen sie zusammenkamen, assen und tranken, politisierten, diskutierten und über zunftinterne Angelegenheiten entscheiden konnten. Kirchliche Feierlichkeiten und Verpflichtungen prägten den Zunftalltag ebenso wie weltliche Angelegenheiten und kulturelles Engagement, beispielsweise durch die Beteiligung an Theateraufführungen und Fasnachtsfeiern.

Die Zugehörigkeit zu einer Zunft eröffnete ihren Mitgliedern unterschiedliche Möglichkeiten des beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Aufstiegs und den exklusiven Zugang zu kollektiven Ressourcen, die sowohl materielle als auch immaterielle Güter umfassten. Dazu gehörten zum Beispiel die Unterstützung aus der Zunftkasse in persönlichen Krisenzeiten, das gemeinsame Trinken der Weinspenden, die Nutzung der Zunftstube für zünftische und familiäre Angelegenheiten und das Ausüben des Handwerks unter Konkurrenzschutz. Die korporative Logik der Umverteilung der Güter verlangte, dass sie primär innerhalb der Zunft umverteilt wurden.



Ein unsichtbarer Feind

Der kommunalpolitische Umgang mit der Grippeepidemie 1918 in den drei Gemeinden
Bern, Thun und Langnau i. E.

Masterarbeit bei PD Dr. Patrick Kury

Mit über 24'000 Opfern stellt die Grippeepidemie 1918 die grösste demographische Katastrophe der Schweiz im 20. Jahrhundert dar. Sie brach zu einem Zeitpunkt grosser soziopolitischer Spannungen aus. Die Krankheit stellte die damalige Medizin vor Rätsel und liess sie weitgehend hilf- und ratlos zurück. Da kein effektiv wirksames Mittel gegen die Grippe existiert, war der Fokus der politischen Behörden auf eine Einschränkung der Verbreitung der Krankheit gerichtet. Dabei wurde in der Schweiz ein föderalistischer Ansatz verfolgt, bei dem die Gemeinden letztlich verantwortlich waren, die für die jeweiligen lokalen Verhältnisse zweckmässig erscheinenden Massnahmen zu treffen.

Die vorliegende Arbeit untersucht diesen kommunalpolitischen Umgang mit der Epidemie anhand der drei Berner Gemeinden Bern, Thun und Langnau i.E. Der politische Prozess zur Bekämpfung der Grippe in den drei Gemeinden wird dabei narrativ rekonstruiert, und es wird untersucht, welche Massnahmen daraus hervorgingen. Zusätzlich wird betrachtet, wie die lokale Presse über diese Massnahmen und die Epidemie berichtete und ob sie gar Einfluss auf den politischen Prozess ausüben konnte. Der zeitliche Fokus der Arbeit ist dabei die zweite Hälfte des Jahres 1918.

Die Aufgabenverteilungen im kommunalpolitischen Prozess zur Bekämpfung der Grippe gestalteten sich in allen Gemeinden ähnlich und waren im Wesentlichen unter drei Akteuren aufgeteilt. Verantwortlich für den Erlass von politischen Massnahmen waren die Gemeindeexekutiven, sprich die Gemeinderäte. Die Umsetzung und Kontrolle der beschlossenen Massnahmen übernahmen die Polizeibehörden. Schliesslich wurden in allen Gemeinden medizinische Fachpersonen in den politischen Prozess eingebunden. Während dies in Bern hauptsächlich über eine dezidierte Gesundheitskommission erfolgte, standen Thun und Langnau stärker mit den lokalen Ärzten im direkten Dialog.

Als Hauptmassnahmen zur Bekämpfung der Grippeepidemie 1918 figurieren in erster Linie

Ver- und Ansammlungsverbote, welche weitgehende Einschränkungen – vor allem im kulturellen Bereich – zur Folge hatten. Die Dauer der Aufrechterhaltung dieser Massnahmen und der jeweilige Umfang unterschieden sich in den einzelnen Gemeinden nur marginal. Keine der Gemeinden war bereit, die Verantwortung für eine über die vom Bundesbeschluss und den kantonalen Verboten vorgeschlagenen Bereiche hinausgehende Ausdehnung der Verbote zu übernehmen. Dabei spielten politische und ökonomische Überlegungen eine entscheidende Rolle. Letztlich waren die Ver- und Ansammlungsverbote zwar weitreichende, allerdings lückenhafte und deshalb in ihrem Nutzen begrenzte Massnahmen. Daneben erliessen die Kommunalbehörden noch zahlreiche weitere Einzelmassnahmen, die sich je nach lokalen Verhältnissen unterscheiden konnten. Vieles davon blieb allerdings Stückwerk, ohne dass dabei eine konsequente Strategie ersichtlich wäre.

Die lokalen Zeitungen erfüllten während der Grippeepidemie mehrere Funktionen. Den kommunalpolitischen Behörden dienten sie etwa als Informations- und Aufklärungskanäle. Es wurde früh entschieden, die Bevölkerung in regelmässigen Abständen über den Verlauf der Grippe zu informieren oder über richtige Verhaltensregeln aufzuklären. Doch der Informationsfluss verlief auch in die Gegenrichtung. Für die Behörden wurde ersichtlich, in welchen Problemfeldern ein behördlicher Eingriff gewünscht wurde und in welchen nicht. Fand sich ein bestimmtes Thema lange genug in den Zeitungen wieder, war die Wahrscheinlichkeit gross, dass die Lokalbehörden darauf aufmerksam wurden. Insofern hatten die Zeitungen einen gewissen Einfluss auf den politischen Prozess zur Bekämpfung der Grippe. Neben Informationen, Aufklärung und Anregungen finden sich in den Medien in sehr limitiertem Umfang auch kritische Beiträge zum Thema. Diese wurden im Wesentlichen von Seiten der Leser in Form von Leserbriefen verfasst. Die Redaktionen wiederum hielten sich auffallend zurück. Allgemein war sich die Presse der begrenz-

ten Handlungsmöglichkeiten der kommunalpolitischen Behörden bewusst und akzeptierten die

Epidemie als gesundheitliche Ausnahmesituation.



Nadine Brügger

„Erst die Moneten, dann die Seele“

Zur Darstellung von Erfolg im bundesdeutschen Spielfilm der fünfziger und sechziger Jahre

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Erinnert werden die fünfziger- und sechziger Jahre in Deutschland als eine Zeit immerwährender Prosperität: Der Zweite Weltkrieg war überstanden, und für einen Grossteil der Bevölkerung war die karge Nachkriegszeit in das „Wirtschaftswunder“ übergegangen. Längst steht der Begriff im kollektiven Gedächtnis für mehr als nur das rasche Wachstum der deutschen Wirtschaft. Während die Deutschen zu ahnen begannen, dass ein dritter Weltkrieg so schnell nicht kommen würde, füllten sich die Schaufenster mit immer neuen Konsumgütern – und dank steigender Kaufkraft konnte man sich Telefon, Waschmaschine und Biberpelz irgendwann gar selber leisten.

Zu den Merkmalen des Konsums gehörten auch die Lichtspieltheater, in denen flimmernde Spielfilme zaghaften Tagträumen Flügel verliehen. „Wirtschaftswunder“ wurde von vielen mit „Erfolg“ gleichgesetzt. Die vorliegende Masterarbeit untersucht, wie der zeitgenössische westdeutsche Spielfilm wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und privaten Erfolg darstellte und bewertete. Welche Ziele wurden als erstrebenswert inszeniert, welche dagegen verworfen oder korrigiert? Welche Rollenmuster, Norm- und Wertsysteme fanden Eingang in das Kino des „Wirtschaftswunders“? Wie sah das optimale Leben aus, wenn es in einen Filmplot umgeschrieben wurde?

Qualitativ untersucht wurden zu diesem Zweck 27 Filme aus der Zeitspanne von 1952 bis 1968. Der Zeitrahmen basiert auf dem entsprechenden gesellschaftshistorischen Paradigma des „Wirtschaftswunders“. Den ausgewählten Filmen gemein ist die Thematisierung von „Erfolg“. Weitere Kriterien zur Filmauswahl waren die Inszenierung durch einen westdeutschen Regisseur, Erstaufführung in der Bundesrepublik und die Situierung der Handlung in der deutschsprachigen, realen Gegenwart. Das schliesst diverse Ende der fünfziger Jahre entstandene Kriegsfilme oder die

berühmte Sissi-Trilogie ebenso aus wie das deutscheste aller Filmgenres, den zeitentrückten Heimatfilm. Zudem wurde auf die Kriminalfilme, die in den sechziger Jahren grossen Erfolg verbuchten, verzichtet. Eingang in die Untersuchung fanden Komödien, Musikfilme, zu denen Revue- und Schlagerfilme gehören, Satiren, Familien-, Arzt-, Halbstarke- und Problemfilme. Der grosse Zeitrahmen erlaubte es auch, erste Werke des Neuen Deutschen Films in das Sample aufzunehmen. Die Ergebnisse der analysierten Strukturen der Filmwelten wurden mit Hilfe zeitgenössischer Umfrageergebnisse des Allensbacher Instituts für Meinungsforschung mit jenen des real vorherrschenden Zeitgeistes abgeglichen. Erfolg bedeutete, so zeigen die untersuchten Filme, ein zuvor gesetztes Ziel erreichen zu können. Die Protagonisten strebten in erster Linie nach wirtschaftlichem Erfolg, den sie mit dem gesellschaftlichen zu verbinden hofften. Beides zusammen gelang selten. Wahlweise als Trost, bessere Lösung oder Belohnung erschien dagegen der private Erfolg – in Gesundheit, Liebe und Familie. Wer bereits zu Beginn des Filmes Einfluss und entsprechenden Erfolg auf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene hatte, scheiterte nicht. Dagegen erreichte der oft zitierte Kleine Mann zwar nicht immer das, was er zu Beginn anstrebte, wurde aber mit der Alternative umso glücklicher, während die als „hemdsärmelige junge Arme“ bezeichnete jüngere Variante des Kleinen Mannes seine Ziele zwar realistischer steckte und ehrgeiziger verfolgte, dabei aber dennoch oft scheiterte. Nach den Erkenntnissen dieser Arbeit feierte der Film im Wirtschaftswunder wirtschaftlichen Erfolg nicht, sondern beurteilte ihn skeptisch und bevorzugte ein bescheidenes privates Glück. Auch soziale Mobilität wurde nicht angepriesen, sondern meist so dargestellt, als mache sie unglücklich.

Daneben traten weitere einigermaßen überraschende Befunde hervor. Die Vergangenheit ei-

nes Protagonisten reichte in den Filmen der frühen fünfziger Jahre zwangsläufig bis in das Dritte Reich zurück, was weder ganz verschwiegen noch als problematisch zur Sprache gebracht wurde. Erst um die Jahrzehntwende wurden jene Personen, welche während des Kriegs nicht nur Befehle ausführten, sondern Entscheidungsgewalt inne hatten, kritisch betrachtet. Oft wurden die Vergangenheit zum Hindernis für spätere Karrieren und Erfolge auf allen drei unter-

suchten Ebenen. Doch auch bei Figuren mit intaktem Persilschein durfte der Erfolg seinen adäquaten Rahmen nicht überschreiten, um zu einem glücklichen Ende zu führen. Es stellte sich zudem heraus, dass Erfolg auch Frauen nicht verwehrt blieb. Zwar strebten sie in erster Linie nach Liebe und Familie, standen dabei aber durchaus nicht immer nur hinter ihren Männern, sondern traten auch aktiv hervor.



Anita Bucher

Die Verwaltung der vier Gemeinen Herrschaften von Bern und Freiburg in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

Thema der Arbeit sind die von den beiden Stadtstaaten Bern und Freiburg gemeinsam verwalteten vier Herrschaften Schwarzenburg (ab 1423), Orbe-Echallens, Grandson und Murten (ab 1484).

Das grundsätzliche Ziel der Arbeit ist, die Funktionsweise und verschiedene Aspekte der Verwaltung dieser Herrschaften sowie deren Bedeutung für die beiden Städte im Ansatz vorzustellen. Der Fokus liegt dabei auf der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, da in diesem Zeitraum mehrere zwischen den beiden Städten bereits längere Zeit bestehende Probleme erneut zu ausführlichen Diskussionen führten. Zudem kann eine gewisse Intensivierung der Verwaltungstätigkeit festgestellt werden. Die ab Mitte des 17. Jahrhunderts deutlich regelmässiger abgehaltenen Gesandtenkonferenzen, die ab diesem Zeitpunkt vorwiegend in Murten abgehalten wurden, waren ein wichtiges Verwaltungsmittel. Deshalb widmet sich der erste Teil der Arbeit diesen Konferenzen und den dabei entstandenen Abschieden, welche die Hauptgrundlage für die Arbeit bilden.

Die tabellarische Erfassung der in diesen Abschieden enthaltenen Daten über Ort und Dauer der Konferenzen und über die anwesenden Vögte und Gesandten und die in Beispielen vorgestellten Traktanden zeigen, dass diese Konferenzen als Dreh- und Angelpunkt der Verwaltung der vier Herrschaften bezeichnet werden können. Die Anwesenheit von jeweils mehreren erfahrenen und namhaften Persönlichkeiten als Gesandte der beiden Städte unterstreicht die offenbar grosse Bedeutung, die den Konferenzen und damit

auch der gemeinsamen Verwaltungstätigkeit beimessen wurde.

Die Abschiede zeigen, dass die Teilnehmer an den Konferenzen eine Fülle unterschiedlichster Themen zu verhandeln hatten. Die Konferenzen boten zudem den Untertanen die Möglichkeit, ihre Anliegen und Probleme vorzubringen. Anhand einiger Beispiele wird gezeigt, dass Auseinandersetzungen zwischen den Untertanen oder zwischen diesen und den Vögten durchaus ernst genommen wurden und sich eine Streitigkeit bisweilen zu einer Auseinandersetzung zwischen den Obrigkeiten der beiden Städte ausweiten konnte.

Ab der Mitte des 17. Jahrhunderts wurde die Abnahme der Vogteirechnungen zu einem besonders prominenten Traktandum an den regulären Konferenzen. Die für die Arbeit stichprobenweise herangezogenen Rechnungen, die Beschreibung ihrer Inhalte, geben einen Überblick über die wichtigsten Einnahme- und Ausgabeposten der Herrschaften. Die im 17. Jahrhundert regelmässig diskutierten Reformen bezüglich der Rechnungslegung, die regelmässiger Abnahme der Rechnungen und die wiederholten Bemühungen, die Ausgaben und Erträge in den grundsätzlich wirtschaftlich wenig potenten Vogteien zumindest stabil zu halten, bestätigen zudem die Feststellung, dass allgemein ein Wunsch nach einer Straffung der Verwaltung bestand. Mehrmals forderten beide Obrigkeiten von den Vögten eine strengere Einhaltung der Vorschriften und Vorgaben.

Im dritten Hauptteil der Arbeit werden einige

der zwischen den beiden Städten am heftigsten diskutierten Streitfragen erläutert. Die Auseinandersetzungen um die freiburgischen Gesuche um Aufteilung der Herrschaften, die von Bern in der Herrschaft Schwarzenburg geltend gemachten Präeminenzrechte und die Auseinandersetzung um die Nutzung der Kirche St. Barthélemy in der katholisch gebliebenen Gemeinde Assens zeigen eine leichte Dominanz des mächtigeren Berns in der Beziehung zwischen den beiden Städten. Durch die Beschreibung der Abläufe dieser Auseinandersetzungen und deren Beilegung konnten aber auch die Kommunikationsabläufe und Argumentationsstrategien aufgezeigt werden. Dazu wurden zusätzlich zu den Abschieden auch die die jeweiligen Themen betreffenden Instruktionsschreiben für die Konferenzen und die zwischen Bern und Freiburg ergangenen Schreiben herangezogen. Dabei zeigt sich auch, dass den Abschieden keine unwesentliche Bedeutung zukam. Mittels gegenseitiger Ratifikationsschreiben wurden die Inhalte der Abschiede nachträglich

genehmigt oder Unklarheiten möglichst ausgeräumt. Dies ermöglichte, die Abschiede als Belege für getroffene Vereinbarungen heranzuziehen. Dies geschah nicht selten, denn obwohl die genannten Themen zu bisweilen gehässigen Auseinandersetzungen führten, wurden auch nach deren Beilegung keine weiteren schriftlichen Vereinbarungen und Verträge abgeschlossen.

Die vier Vogteien waren für die beiden Städte weniger von wirtschaftlicher Bedeutung, vielmehr hatten sie die politischen Beziehungen zwischen Bern und Freiburg beeinflusst. Die Rechte und Pflichten aller Beteiligten mussten stetig diskutiert und austariert werden. Der Zwang zur Behandlung der „Alltagsgeschäfte“, das heisst die Kommunikation über die Konferenzen, die Anliegen der Untertanen oder Vögte und die Rechnungsabnahmen, stabilisierte das Verhältnis zwischen den beiden ungleichen Städten, dies obwohl oder gerade weil sich Freiburg in den genannten Streitfragen nie vollends durchzusetzen vermochte.



Manuel Burkhard

Der Mönch und seine Berge

Pater Placidus Spescha als Pionier und Vertreter des modernen Alpinismus

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

In der Geschichtsschreibung haben sich die Jahre um 1860 als das „Goldene Zeitalter des Alpinismus“ etabliert. Dies lässt sich anhand vieler Aspekte wie der Anzahl bestiegener Berge, Schwierigkeit der Touren, zunehmende Zahl von Menschen in den Bergen, öffentliches Interesse am Bergsteigen und Institutionalisierung durch die Alpenclubs, schlüssig belegen. Die Zeit davor wird jedoch stark vernachlässigt, und die bereits früher aktiven Bergsteiger werden primär in ihrer Rolle als Wissenschaftler (die sie meist waren) bewertet und von den späteren „richtigen“ Alpinisten abgegrenzt. Diese einseitige Periodisierung wird in der vorliegenden Arbeit durch eine vergleichende Quellenanalyse in Frage gestellt und mit einem Gegennarrativ konfrontiert. Als zentrale Figur dient dabei der Bündner Mönch Placidus Spescha (1752-1833), der als einer der Ersten umfangreiche Berichte über eigene Bergtouren und damit einige der ältesten detaillierten Quellen zum Alpinismus verfasste. Um die oben an-

gesprochene Periodisierung seriös analysieren und erweitern zu können, wurden in den Vergleich neben Spescha und den Vertretern des „Goldenen Zeitalters“ auch einige Zeitgenossen Speschas sowie Protagonisten, die zwischen Spescha und dem „Goldenen Zeitalter“ aktiv waren, untersucht. Für frühere alpinistische Tätigkeit (also vor Spescha) finden sich nur vereinzelte, teils sehr kurze schriftliche Belege, die auf keinen systematischen Alpinismus hindeuten. Für die Zeit nach dem „Goldenen Zeitalter“ wäre die Quellenlage zu umfangreich und damit unübersichtlich geworden, sodass der Rahmen dieser Arbeit nicht hätte eingehalten werden können.

Am Anfang der Arbeit steht ein Abriss der Geschichte der Menschen in den Bergen (namentlich den Alpen), von frühen Alpenüberquerungen durch Pilger, Händler und Armeen über die Entdeckung der Alpen als Reiseziel und die frühe Erkundung der Hochalpen durch Forscher bis zum Beginn des technisch anspruchsvollen

Klettern als lockerer Zeitvertreib. Dieses Kapitel legt den historischen Hintergrund und soll eine Orientierung für die bisweilen sehr fokussierten, spezifischen Quellenanalysen bieten. Zudem wird hier eine kurze biographische Skizze von Placidus Spescha gegeben. In der Folge nähert sich die Arbeit seiner Person dann nur noch durch Auszüge aus seinen Tourenberichten an.

Im Hauptteil der Arbeit werden die vier Kategorien von Alpinisten – Placidus Spescha, seine Zeitgenossen, die Alpinisten der Übergangszeit und die Vertreter des „Goldenen Zeitalters“ – anhand von zwei übergeordneten thematischen Komplexen vergleichend analysiert. Zuerst wird die alpinistische Idee hinterfragt, die Gründe, warum jemand überhaupt in die Berge geht und warum dann noch auf die höchsten Gipfel. Hier begegnet man einer Vielfalt von Motivationen und Bedürfnissen, die meist nebeneinander existierten, sich seltener konkurrierten, aber nie gegenseitig ausschlossen, und die bei jedem Individuum wieder anders ausgeprägt waren. Es zeigt sich, dass das Bergsteigen als reiner Sport, unter gewissen Umständen gar mit kompetitiver Ausprägung, schon in der Frühphase des Alpinismus

betrieben wurde, aber erst im „Goldenen Zeitalter“ eine grosse Anhängerschaft fand. Bereits bei den frühen Forschern aber machten der landschaftliche Reiz und die vielfach beschriebenen positiven Auswirkungen auf Körper und Geist viel an der Faszination der Berge aus.

Zweitens wurde das konkrete Verhalten in den Bergen analysiert. Hier zeigte sich, dass Placidus Spescha mit seinem profunden Wissen über die Verhältnisse und Gefahren im Hochgebirge, über alpinistische Technik, Rettung und Bergung eine für seine Zeit herausragende Position einnahm. Ähnliche Kompetenz entwickelten lediglich die Bergführer seiner Zeitgenossen und deren Nachfolger sowie dann erst wieder die alpinistischen „Stars“ des „Goldenen Zeitalters“.

Ein eigenes kurzes Kapitel ist der alpinistischen Ausrüstung gewidmet. Es lässt erkennen, dass man sich sehr lange auf traditionelle Hilfsmittel verliess. Erst mit der zunehmenden alpinistischen Tätigkeit von Auswärtigen, die nicht mit der Tradition der Berggebiete aufgewachsen waren (vor allem Engländer), wurden ab 1860 Innovationen umgesetzt, die den Alpinismus bis heute prägen.



Moira Cassidy

Die Reiseführer von John Murray und Karl Baedeker als Spiegel der Tourismusedwicklung in der Schweiz, 1840-1914

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Masterarbeit analysiert ausgewählte Reiseführer über die Schweiz von John Murray und Karl Baedeker in einem Zeitraum von rund 60 Jahren anhand verschiedener festgelegter Schwerpunkte (Gasthöfe, Gäste, Kurorte, Verkehrsmittel, Verkehrswege, Führer) und anhand festgelegter Regionen, sowohl städtischen als auch alpinen (Region Basel, Region Luzern mit Vierwaldstättersee, Rigi und Pilatus sowie Region Bern mit Berner Oberland). Die Einleitungen der jeweiligen Reiseführer werden aufgrund ihrer zahlreichen erkenntnisreichen Informationen ebenfalls untersucht.

Die Wahl der Unterkünfte nimmt bei beiden Reiseführern einen grossen Teil ein. Grundsätzlich sprachen Murray und Baedeker sehr positiv von den Schweizer Hotels und Pensionen und betonten deren quantitativen als auch qualitativen

Zuwachs insbesondere ab Mitte der 1870er-Jahre. In den touristischen Hochburgen wie der Rigi oder dem Berner Oberland riet Baedeker aufgrund der extremen Nachfrage stets ein Zimmer im Vorhinein zu reservieren. Reine Durchgangshotels verschwanden bei beiden Autoren im Verlaufe der Zeit. Eine deutliche Zunahme von Hotels und Pensionen ging mit der verkehrstechnischen Entwicklung einher: Rund um Bahnhöfe und später an den Bergbahn-Stationen nannten beide Autoren stets neue Gaststätten. Bei den Gästen lässt sich ebenfalls ein Umbruch ab den 1880er-Jahren feststellen: Vermerken Murray und Baedeker bis dahin noch vorwiegend englische und deutsche Besucher, so kommen in den Reiseführern danach auch andere europäische und amerikanische Gäste vor. Die Anzahl der genannten Kurorte, selbst an abgelegenen Orten,

nimmt ebenfalls kontinuierlich zu.

Bei der Analyse wird auch Baedekers sehr skeptische Einstellung gegenüber den Schweizer Hotelwirten und seine Kritik an überhöhten Preisen für fast alle Leistungen deutlich. Ebenfalls gibt Baedeker seinen Lesern zahlreiche Tipps zu möglichen Einsparnissen bei Unterkünften. Bei Murray finden sich beide Aspekte nur äusserst selten.

Bergführer erachten beide Autoren grundsätzlich als nützlich. Notwendig seien diese nur bei Gebirgs- und Gletscherexkursionen, welche sich ab den 1880er-Jahren gemäss den Reiseführern einer erheblichen Nachfrage erfreuten. Im Vergleich zwischen Murray und Baedeker rät letzterer seinen Lesern noch weniger zu einem Führer und verweist auf eine günstige Alternative, indem Reisende sich auf den Routen an beliebige Knaben wenden sollen, damit diese ihnen beim Gepäcktragen behilflich wären.

Bei den untersuchten Verkehrsmitteln ist der grösste Umbruch mit der Inbetriebnahme der Eisenbahn ab den 1860er-Jahren sowie später der Bergbahnen ab den 1870er-Jahren auszumachen.

Sowohl Murray als auch Baedeker gaben ihre Reiseroute stets entsprechend der neuesten Verkehrsführung vor, was zur Folge hatte, dass einzelne Regionen, welche noch über keine Bahnverbindung verfügten, nicht mehr in den Reiseführern vorkamen. Fusswege, die allmählich von den Bergbahnen umgangen wurden, wurden in den Handbüchern nicht mehr genannt, eine Entwicklung, die insbesondere bei Baedeker mit einem gewissen Bedauern festgestellt wurde.

Die inhaltliche Entwicklung der Reiseführer lässt eine enorme Zunahme von detaillierten Informationen zu allen untersuchten Schwerpunkten erkennen. Die Handbücher selbst wurden stets professioneller und standardisierter, viele zu Beginn noch persönliche Anekdoten der Verfasser verschwanden gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Insgesamt betrachtet beurteilten sowohl Murray als auch Baedeker die Schweiz als hervorragendes Reiseland, Murray fast noch etwas mehr. Baedekers oberste Maxime war deutlich die Eigenständigkeit seiner Leser sowie das kostengünstige Reisen.



Florian Christen

„Beziehungen zwischen Staat und Frau“

„Politische“ Konzepte und Praktiken Helene Stuckis (1889–1988)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Eine Neukonzipierung der politischen Geschichte, u.a. von Ute Frevert vorgeschlagen, geht davon aus, dass Definitionen von „Politik“ jeweils von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Einflüssen geprägt werden und somit transformierbar sind. Sie verfolgt keine substanzialistische Neudefinition „des“ Politischen, welche auf staatliche Praktiken fixiert ist. Das Politische wird dort erblickt, wo die Verwendung des politischen Vokabulars („politisch“, „Politik“, „PolitikerIn“ etc.) in Quellen nachweisbar ist. Dem Geschlecht als die sozialen Beziehungen mitbestimmende Kategorie kommt in der Frage nach Partizipation an und Ausschluss von politischen Aushandlungsprozessen eine tragende Rolle zu, insbesondere in der Schweiz, wo den Frauen erst 1971 die aktiven staatsbürgerlichen Rechte zuerkannt wurden.

Helene Stucki (1889–1988) hatte sich selber nicht als Politikerin verstanden. In der Anwen-

dung ihres politischen Vokabulars dominierte eine Politikdefinition, welche politisches Handeln in erster Linie innerhalb der staatlichen Institutionen ansiedelte. Stucki sah jedoch – wenn auch dem dualistischen Verständnis spezifisch „weiblicher“ und „männlicher“ Eigenschaften verpflichtet – auf Seiten der Frauen die Potentialität zu politischem Handeln. Wie sich die Aushandlungsprozesse, die „Beziehungen zwischen Staat und Frau“ ausgestalteten, wird anhand der drei wichtigsten Handlungsfelder Stuckis, Pädagogik, Kinder- und Entwicklungshilfe sowie der organisierten Frauenbewegung der Schweiz, illustriert.

Mit Stuckis zahllosen Beiträgen für die *Schweizerische Lehrerinnenzeitung* (SLiZ, online zugänglich) lassen sich ihr Vokabular des Politischen und seine Verwendungskontexte analysieren. Obwohl der Anspruch sozialer Bewegungen und Organisationen darin besteht, sich als Kollektiv zu artikulieren, lässt sich daraus nicht die

Motivation ableiten, weshalb sich eine bestimmte Person für die Anliegen der Bewegung mobilisieren lässt und in welchem Umfang sie dies tut. Daher erscheint es relevant, die individuellen Erfahrungen im persönlichen familiären und im beruflichen, sozialen und ökonomischen Umfeld als entscheidende Faktoren für die Artikulation politischer Forderungen zu verstehen.

Als Quellen eigneten sich neben den SLiZ-Beiträgen ihr eigener Nachlass sowie derjenige von Gerda Stocker-Meyer, einer ehemaligen Schülerin und Freundin Stuckis im Archiv zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung (sog. Gosteli-Archiv). Dort ist auch Stuckis Mitarbeit in Berufs- (und Frauen-) Bewegungsorganisationen, insbesondere in der Erziehungskommission des Bundes schweizerischer Frauenvereine/-organisationen (BSF) und im BSF-Vorstand, dokumentiert.

Im Artikel „Beziehungen zwischen Staat und Frau“ aus dem Jahr 1946 konstruierte Stucki den gegenwärtigen Staat als einen werdenden Sozialstaat, der sich beständig in „weibliche“ Tätigkeitsbereiche einmische und daher auf die Mitarbeit der Frau angewiesen sei. Obwohl Helene Stucki das Frauenwahl- und -stimmrecht forderte und damit die Integration in „politische“ Entscheidungsprozesse, betonte sie stets den sozialen Charakter der schweizerischen Frauenbewegung und grenzte sie gegen radikale Aktionen wie z.B. diejenigen der englischen Suffragetten und seit den 1960er Jahren vermehrt gegen die „neue“ Frauenbewegung ab. Stucki forderte die Frauen auf, den staatlichen Akteuren ihre Mitarbeit anzubieten. Als Seminarlehrerin repräsentierte sie

dazu die staatlichen, hier kantonale und kommunale, Vorgaben, stand jedoch den reformpädagogischen Strömungen ihrer Zeit personell und ideell nahe.

Dennoch betrachtete sie staatliche Einmischungen skeptisch. Ihre kritische Haltung ergab sich nicht zuletzt aus persönlichen Erfahrungen: Helene Stucki war Vorstandsmitglied der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für kriegsgeschädigte Kinder (SAK). Als zunächst privates Hilfswerk bot sie auch Frauen die Möglichkeit, an Entscheidungsprozessen zu partizipieren und den männlichen Vorstandsmitgliedern gleichgestellt zu sein. Durch die Fusion mit dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK; Kinderhilfe des SRK: SRK, Kh) im Dezember 1941 und dem damit einhergehenden Führungswechsel sowie die Unterstellung unter die Vorgaben der Schweizer Regierung verloren Frauen wie Helene Stucki ihre verantwortungsvolle Stellung innerhalb der Organisation zugunsten staatlicher Akteure. Frauen, die direkt im Kriegsgebiet Hilfe leisteten, wurden in ihrer Stellung belassen. Als Quellen wurden Sitzungsprotokolle beider Organisationen und Korrespondenzen im Bundesarchiv beigezogen. Weitere Korrespondenzen wurden im Sozialarchiv gesichtet.

Zwar forderte Helene Stucki konstant – auch durch die Kriegszeit hindurch, die von einer Verfestigung der dualistischen Konstruktion geschlechtsspezifischer Zuständigkeitsbereiche geprägt war – das Frauenstimm- und -wahlrecht. Gleichzeitig identifizierte sie sich in jenen Jahren stark mit dem politischen System der Schweiz.



Mauro Cimino

Die Energieversorgung und Elektrifizierung bei den Schweizerischen Bundesbahnen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Elektrifizierung des Bahnnetzes gehört heute zu den bedeutendsten Errungenschaften der Eisenbahngeschichte der Schweiz. Die Schweizerischen Bundesbahnen hatten 1928 bereits mehr als die Hälfte ihres gesamten Netzes elektrifiziert und gehören seither zur meist elektrifizierten Bahngesellschaft der Welt. Die Umstellung vom Dampfbetrieb auf den elektrischen Betrieb war jedoch lange Zeit umstritten. Hinter dem Elektri-

fizierungsvorhaben verbargen sich handfeste ökonomische Interessen der Schweizerischen Bundesbahnen und der Elektrifizierungsbefürworter.

Diese Masterarbeit befasst sich mit der Energieversorgung und der Elektrifizierung der Schweizerischen Bundesbahnen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Der Fokus liegt dabei auf der Zeit der Planung und den verschiedenen Dis-

kussionen, die zur Elektrifizierung des SBB-Netzes führten. Das Ziel der Masterarbeit besteht darin, die Gründe ausfindig zu machen, die für die anfängliche Zurückhaltung der SBB in Bezug auf die Elektrifizierung ihrer Linien ausschlaggebend waren. Verschiedene Quellen erlaubten eine tiefere Einsicht in die Einstellung der Schweizerischen Bundesbahnen zur Elektrifizierung ihres Netzes.

In der Zeit der Reorganisation, Vereinheitlichung und Konsolidierung des noch jungen Unternehmens schienen teure Investitionen, wie es ein Elektrifizierungsprojekt dargestellt hätte, nicht im Interesse der Bundesbahnen zu liegen. Der SBB ging es in erster Linie um eine wirtschaftlichere Ausrichtung des Betriebes. Zwar bestand bereits früh der Gedanke einer Umstellung, grössere Elektrifizierungsentscheidungen wurden aber erst gegen Ende des Ersten Weltkrieges gefällt. Erklären lässt sich diese Tatsache auch durch das bewährte Dampfbetrieb-System, das bis zum Kriegsausbruch keine nennenswerten Probleme verursachte. Das Energiesystem der Schweiz hatte sich seit den 1850er Jahren gewandelt, die Importkohle war zum wichtigsten Energieträger der Dampflokomotiven geworden. Die Eisenbahnen profitierten von den günstigen Konditionen und die verschiedenen Energiekrisen hatten keine gravierenden Folgen für das Verkehrswesen der Schweiz. Der Kohlenmarkt schien auch den 1902 gegründeten Schweizerischen Bundesbahnen lange Zeit als sicher, ja es wurden nur wenige Massnahmen zur Sicherung des fossilen Energieträgers in Form von Notlagern getroffen.

Die Elektroindustrie kann als Motor der Elektrifizierung der Schweizerischen Bundesbahnen bezeichnet werden. Bereits um die Jahrhundertwende wurde aus elektrotechnischen Kreisen versucht, die Bundesbahnen für die Elektrifizierung ihres Bahnnetzes zu gewinnen. Auf den Vorstoss der Elektrifizierungsbefürworter hin wurde die *Schweizerische Studienkommission für elektrischen Bahnbetrieb* gegründet. Sowohl im theoretischen Bereich als auch mit praktischen Versuchen wurde von dieser Kommission eine entscheidende Vorarbeit für die Elektrifizierung des SBB-Netzes geleistet. Darüber hinaus lieferten auch die beiden Elektrofirnen *Brown,*

Boveri & Cie und die *Maschinenfabrik Oerlikon* vor allem im praktischen Bereich aufschlussreiche technische Ergebnisse. Das Geschäft war jedoch heftig umkämpft, was vor allem durch die starke Konkurrenz dieser beiden Firmen bedingt war. Obwohl es bereits vor dem Ersten Weltkrieg zu positiven Ergebnissen und Erkenntnissen im technischen Bereich gekommen war, schienen den SBB die technischen Fortschritte noch nicht genügend ausgereift. Noch immer bestanden bei den verschiedenen Stromsystemen entscheidende Nachteile. Eine Umstellung auf den elektrischen Betrieb hätte sich aus der Sicht der Schweizerischen Bundesbahnen vor allem im ökonomischen Bereich positiv niederschlagen müssen. Ausserdem verfügte man in der Anwendung im Bahnbereich über wenig Erfahrung. Nur wenige Eisenbahngesellschaften hatten vor dem Ersten Weltkrieg die Elektrifizierung ihrer Linien vorangetrieben. Die Erfahrungswerte und Erkenntnisse aus dem In- und Ausland schienen den Bundesbahnen noch als ungenügend. Vor dem Ersten Weltkrieg brachten die SBB deutlich zum Ausdruck, dass die Elektrifizierung ihrer Linien nicht nach einem ganzheitlichen Konzept, sondern schrittweise verlaufen sollte. Aus diesem Grund wurde 1913 nur die Elektrifizierung der Gottardlinie ins Auge gefasst. Weitere Elektrifizierungsvorhaben wurden noch nicht thematisiert. Vielmehr wollten die Bundesbahnen weitere Erkenntnisse der Wissenschaft und Ergebnisse anderer Bahngesellschaften abwarten. Die Ziele der Elektrifizierungsbefürworter und die Vorstellungen der Schweizerischen Bundesbahnen waren somit vor dem Ersten Weltkrieg nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges änderte sich allerdings die zögerliche Haltung der Schweizerischen Bundesbahnen entscheidend. Die deutlich zum Ausdruck gekommene Rohstoff- und Energieabhängigkeit vom Ausland und die zunehmende Kohlennot zwangen die Bundesbahnen zu reagieren. In der Notzeit wurde die Elektrifizierung der SBB-Linien stark vorangetrieben. Dies erklärt auch das 1918 aufgestellte Gesamtelektrifizierungsprogramm, das die Elektrifizierung des gesamten SBB-Netzes innerhalb von 30 Jahren vorsah.



Hjælp! Ayuda! Hilfe!

Das Engagement der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung bei Naturkatastrophen des 20. Jahrhunderts im Spiegel von Plakaten

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Was vor über 150 Jahren mit der Idee eines Genfer Kaufmanns begonnen hatte, bildet mittlerweile das grösste humanitäre Netzwerk der Welt und ist aus der Geschichte des militärischen Sanitätswesens, des Völkerrechts oder auch der Katastrophen- und Entwicklungshilfe nicht mehr wegzudenken: Die Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften und die 189 Nationalen Gesellschaften spielten und spielen auch heute noch eine wichtige Rolle in der Prävention und Bewältigung von Naturkatastrophen. Ihr Engagement widerspiegelt sich unter anderem in der über 10'000 Plakate umfassenden Sammlung des in Genf beheimateten Museums des Internationalen Roten Kreuzes und Roten Halbmondes, welche von der Helfersuche sowie der Werbe- und Mittelbeschaffungstätigkeit des Roten Kreuzes und Roten Halbmondes zeugt. Es finden sich in dieser riesigen Sammlung unter anderem Spendenaufrufe nationaler Rotkreuzgesellschaften, welche diese nach Naturkatastrophen publizierten. Sie bilden das Quellenkorpus dieser Arbeit, deren Ziel es war, einerseits das Engagement der Organisation bei Naturkatastrophen des 20. Jahrhunderts zu erforschen und andererseits Plakate zu Katastrophenhilfe hinsichtlich ihrer gestalterischen Aspekte zu untersuchen.

Der Analyse wurden Ausführungen zur Geschichte und zu den Strukturen der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung vorangestellt. Zudem wurden die historische Forschung zu Naturkatastrophen thematisiert und Grundlagen der Plakattheorie erläutert.

Die Untersuchung des Engagements erfolgte nach Jahrzehnten geordnet, da sich die Tätigkeitsgebiete der Organisation unter dem Einfluss politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt jeweils stark änderten.

In einem ersten Schritt wurden die ausgesuchten Plakate dahingehend analysiert, welche nationalen Gesellschaften Aufrufe veröffentlichten, zu welchen Katastrophen sie dies taten und welche geographischen Orte am meisten Aufmerksamkeit erhielten. In einem zweiten Schritt wurden ausgewählte Plakate des Quellenkorpus

auf ihre Darstellung hin ergründet. Hierbei stellten sich stilistische, thematische und kontextuelle Fragen zur Konzeption dieser Aufrufe zur Unterstützung versehrter Gegenden und Gesellschaften.

Diesen Fragestellungen folgend konnte festgestellt werden, dass sich die nationalen Gesellschaften in den 1950er Jahren noch vorwiegend für die Hilfe in Katastrophengebieten einsetzten, die ihnen geografisch nahelagen. Mit den 1960er Jahren erfolgte der Schritt zur weltweiten Hilfstätigkeit und der Fokus richtete sich vermehrt auf Katastrophen auf dem afrikanischen Kontinent. Die 1970er Jahre boten aufgrund der Quellenlage einen nur eingeschränkten Einblick in das Engagement der Bewegung in diesem Jahrzehnt. Die Spendenaufrufe der 1980er Jahre hatten vorwiegend die Hungerkrise in Äthiopien zum Thema. Auch die Art der Katastrophen, die in den Plakaten berücksichtigt wurden, veränderten sich im Laufe dieser 40 Jahre von *rapid onset hazards* wie Überschwemmungen oder Erdbeben, hin zu sogenannten *slow onset hazards*, zu welchen unter anderem Hungersnöte zählen.

Mit der Verlagerung der Schwerpunkte beim Engagement trat, wie festgestellt werden konnte, auch ein Wandel bei der Gestaltung der Plakate ein: Während in den 1950er Jahren ausschliesslich Zeichnungen, meist in den Farben Rot und Blau, auf den Aufrufen zu finden waren, wurden diese mit der Zeit durch Schwarz-Weiss-Fotografien ersetzt. Auch die dargestellten Elemente auf den Plakaten änderten sich: Während in den 1950er- und 1960er-Jahren auf den „Katastrophenplakaten“ des Roten Kreuzes oftmals Hilfsgüter oder Helfer abgebildet wurden, verschwanden diese von den Plakaten der 1980er Jahre. Die Veränderung manifestiert sich auch bei den dargestellten Opfern von Katastrophen: In den 1960er Jahren, und insbesondere in den 1980er Jahren, rückte die Darstellung zerstörter Bauten, die noch in den 1950er Jahren abgebildet wurden, in den Hintergrund. Auf ausnahmslos allen Aufrufen im Zusammenhang mit Hungersnöten stand die Abbildung von Kindern im Fokus. Interessant ist, dass, obwohl alle behandelten

Katastrophen Folge eines Naturereignisses waren, diese auf den „Katastrophenplakaten“ in

bildlicher Hinsicht nur sehr selten abgebildet wurden.



Manuel Erhardt

Die Volksrepublik China auf dem Weg zu sauberem Trinkwasser

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Mit den wirtschaftlichen Reformen unter Deng Xiaoping ab 1978 versuchte die Volksrepublik China eine sozialistische Marktwirtschaft chinesischer Prägung aufzubauen. In der Folge stieg das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum auf neun bis zehn Prozent, und Millionen Menschen konnten aus der Armut befreit werden. Damit einhergehend machte sich aber eine andere Entwicklung bemerkbar: Der sich zunehmend verschlechternde Zustand der Umwelt. Dies wirkt sich negativ auf die Trinkwasserversorgung der chinesischen Bevölkerung aus: jährlich sind etwa 190 Millionen Erkrankungen und 60'000 Todesfälle auf verschmutztes Wasser zurückzuführen. Die chinesische Zentralregierung hat das Problem erkannt und räumt dem Gewässerschutz mittlerweile äusserst hohe Priorität ein. Innerhalb von wenigen Jahren wurde der fast inexistenten Umweltschutzapparat von Grund auf aufgebaut, um die Umweltprobleme angemessen bekämpfen zu können.

Die vorliegende Masterarbeit untersucht die Massnahmen der Zentralregierung seit 1970, um die Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser zu versorgen. Dazu wurden Fünfjahrespläne, Gesetzestexte und die jährlichen Berichte des Umweltministeriums zum Zustand der Umwelt herangezogen. Ebenso wurden Publikationen und Berichte der Weltbank ausgewertet, die in Zusammenarbeit mit der chinesischen Regierung Projekte zur besseren Trinkwasserversorgung der Landbevölkerung durchführte und mitfinanzierte. Da nur ein Teil der Regierungsquellen in Englisch publiziert ist und gewisse Informationen gar nicht erst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wurde teils auch auf einzelne Studien, die sich mit dem Trinkwasser in China auseinandersetzten, ausgewichen, um diese Lücke möglichst zu schliessen.

In einem ersten Schritt werden in der Masterarbeit die Grundlagen erarbeitet, um sinnvoll auf den eigentlichen Forschungsgegenstand ein-

zugehen. So wird zunächst der Begriff des Trinkwassers sowie die Kriterien einer sicheren Trinkwasserversorgung dargelegt, um anschliessend auf die Faktoren einzugehen, die in China die Trinkwassersicherheit beeinträchtigen. Schliesslich folgt mit den Massnahmen der Zentralregierung zur sicheren Trinkwasserversorgung der Hauptteil der Arbeit. Es lassen sich drei Handlungsfelder unterscheiden: Erstens wurde mit dem Ausbau der Infrastruktur der Zugang zu Trinkwasser verbessert, indem das Verteilsystem ausgeweitet wurde. Zweitens wurden Gewässerschutzmassnahmen ergriffen, um die Wasserqualität zu verbessern. Und drittens wurde mit Sparmassnahmen der effektive Wasserverbrauch minimiert. Die Massnahmen betreffen nicht nur das Trinkwasser selbst, sondern den gesamten Wasserhaushalt, denn die Wasserverschmutzung ist im Wesentlichen auf Landwirtschaft und Industrie zurückzuführen. Durch den vielfach höheren Wasserverbrauch dieser beiden Sektoren gegenüber Privathaushalten kann dort mehr Wasser eingespart werden.

Die Masterarbeit stellt fest, dass die Zentralregierung zum einen besonders einen infrastrukturorientierten Ansatz verfolgte, indem immense Geldsummen in Bau- und Sanierungsprojekte investiert wurden. Zum anderen wurden besonders in der Wasserverwaltung Massnahmen ergriffen, was zu einem effizienteren und somit auch geringeren Wassergebrauch führte. Der zweite Bereich wurde im Wesentlichen durch eine strengere Gesetzeslage sowie Reformen im Verwaltungsapparat zu erreichen versucht. Im Bestreben zur sicheren Trinkwasserversorgung lassen sich zwei grössere Entwicklungen beobachten: Während erstens ab 1970 der Umweltschutzapparat der Volksrepublik China überhaupt erst aufgebaut werden musste, ist in den letzten fünfzehn Jahren der Fokus verstärkt auf die strikte Umsetzung der Umweltschutzgesetze gelegt worden. Und zweitens setzte die Zentralregierung den Fokus der si-

cheren Trinkwasserversorgung zunächst auf die flächendeckende Wasserversorgung und

schwenkte schliesslich viel stärker auf eine qualitative Aufwertung der Wasservorräte um.



Christoph Geissler

Gooks, Japs, Nips, Dinks und Charlie

Offizielle Propaganda und die Feindbilder von US-Soldaten während den Kriegen in Ostasien

Masterarbeit bei PD Dr. Dierk Walter

Die Kriege der US-Armee in Ostasien waren stets geprägt von besonders intensiven Gewaltexzessen. In Ostasien führte die USA während des 20. Jahrhunderts vier Kriege. An sich haben diese Kriege nicht viel gemeinsam. Zwischen der ersten Kriegshandlung auf den Philippinen (Schlacht von Manila Bay, 1898) und dem Ende des Vietnamkriegs für die USA (Fall von Saigon, 1975) liegen 77 Jahre. Während dieser Zeitspanne führte die USA einen Anti-Guerillakrieg auf den Philippinen, einen Weltkrieg gegen Japan sowie zwei Stellvertreterkriege in Korea und Vietnam.

Die Arbeit untersucht diese Kriege auf Kontinuitäten in zwei Bereichen: Dem Bereich der offiziellen Propaganda und dem Bereich des Feindbildes in Soldatenzeugnissen und deren Handlungen. Dabei werden die einzelnen Kriege nach demselben Schema behandelt: Auf eine Analyse der Propaganda folgt eine Analyse von Soldatenzeugnissen, Befehlsausgaben und Berichten von besonders gewaltintensiven Momenten, abschliessend werden in einem Zwischenfazit die Kontinuitäten erläutert. Die Fragestellungen der Arbeit sind:

1. Über welche Kanäle wurde die Propaganda verbreitet? Wie wurden Medien beeinflusst, welche Prozesse standen dahinter? Welche offiziellen Behörden beschäftigten sich mit Propaganda und Meinungsbildung? Welche Kontinuitäten von Propaganda sind ersichtlich?
2. Existierten kontinuierliche Entwicklungen der Feindbilder in den US-Kriegen in Ostasien? Wo lagen die Wurzeln der Feindbilder? Gab es eine Tendenz zur Mehrfachverwendung von Feindbildern?

Die Ergebnisse der Arbeit lassen sich folgendermassen zusammenfassen: Es gibt Kontinuitäten im Gebrauch von Propaganda. Beispielsweise verwendeten verschiedene Administrationen ähnliche Behörden zur Steuerung von Propaganda oder sie vermittelten Inhalte über dieselben

Kanäle. Ein besonders offensichtlicher und beliebter Propagandakanal stellten präsidentiale Reden dar. Alle Administrationen der behandelten Kriege verliessen sich auf solche Reden, um Inhalte zu vermitteln. Ein anderes Medium, das in allen Kriegen für Propagandazwecke genutzt wurde, ist der Film.

Es gibt auch Kontinuitäten im Inhalt: Der Gegner in Asien wurde auf einem höheren Level abstrahiert. Ihm wurde keine Selbständigkeit attribuiert, er wurde stets als fremd- oder unorganisiert dargestellt. Philippinos waren unorganisiert, Japaner wurden angeblich von den Nationalsozialisten gelenkt, Koreaner von Moskau und Vietnamesen von der Volksrepublik China.

Diese Abstrahierungen fanden Eingang in das Gedankengut von Soldaten an der Front. Die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt war ungleich höher als in anderen Kriegen der USA.

Der jeweilige Kriegsgegner wurde auf dem Schlachtfeld in erster Linie als abstraktes Konstrukt betrachtet, kaum je als Individuum. Er wurde als Aufständischer im Philippinenkrieg, als indoktriniertes Willensloses im Pazifikkrieg, als asiatischer Kommunist im Koreakrieg und als Vietcong im Vietnamkrieg wahrgenommen.

Die Wurzeln des Feindbildes lagen im Feindbild des Krieges, der jeweils vorangegangen war. Für den Krieg auf den Philippinen wurden beispielsweise Feindbilder aus den Kriegen gegen die Ureinwohner Amerikas übernommen. Von da an bauten die Feindbilder gegenüber Asiaten aufeinander auf.

Die Anwendung von verschiedenen derogativen Ausdrücken für Asiaten in den jeweiligen Kriegen, insbesondere die exzessive Verwendung der Bezeichnung „Gook“, unterstrich diese dehumanisierende Betrachtungsweise. Es gab also durchaus Tendenzen zur Mehrfachverwendung eines bestehenden Feindbildes.

Es sind in einigen Bereichen auch deutliche

Brüche erkennbar. So stellte sich beispielsweise die Presse bis in die späten 1960er Jahre stets relativ unkritisch hinter die jeweiligen Administra-

tionen. Erst mit dem Aufkommen von TV-Berichterstattungen direkt aus dem Kampfgebiet in Vietnam entstand eine kritischere Presse.



Nadja Glarner

„Ob wir unns ihnen weltind glichförmig machen“

Ein prosopographischer Forschungsansatz zur Einführung der Reformation in der Landschaft Hasli 1528

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Hesse

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit bildet die Feststellung, dass die prosopographische Methode in der bisherigen Forschung zur Berner Reformationsgeschichte nur wenig angewandt wurde. Mit dem Ziel, diese Forschungslücke zu schliessen, wurden die Einführung der Reformation in der Landschaft Hasli und die daraus resultierenden Unruhen aus einem personengeschichtlichen Blickwinkel betrachtet, wodurch insbesondere die historisch nicht herausragenden Personen in den Blick genommen werden konnten.

Als Quellengrundlage dieser Arbeit dienten neben den Ratsmanualen, Spruchbüchern, Missiven und Boteninstruktionen auch die Ämterbefragungen, die Urkunden und die *Reformationschronik der Landschaft Hasli*. Die zentrale Quelle stellte die Liste der *Gehorsamen* und *Ungehorsamen* der Landschaft Hasli dar, welche im Zuge der Reformationsunruhen im November 1528 erstellt wurde. Genauso wie die Formulierung des „sich geichförmig Machens“, bezeugt die Betitelung der beiden Parteien als „Gehorsame“ und „Ungehorsame“ statt „Alt-“, und „Neugläubige“ die territorialpolitische Intention Berns, hinter welche die Glaubensfrage zurücktritt.

Die Untersuchung dieser Namensliste hat gezeigt, dass eine knappe Mehrheit der Talbewohner die neue Lehre angenommen hatte. Dabei fanden sich Familien, welche geschlossen für oder gegen die Glaubensneuerung standen, aber auch solche, deren Mitglieder uneins waren. Ferner ergab die Auswertung der aus den landschaftlichen Urkunden ermittelten Ehrbarkeit, dass diese aus fast doppelt so vielen gehorsamen wie ungehorsamen Familien bestand. Genauso wie in anderen wohlhabenderen und autonomen

Landschaften wie Frutigen und dem Obersimmental, standen auch im Hasli die Bewahrung der alten Freiheiten und der eigenen angesehenen Stellung im Mittelpunkt. Die Aussage der älteren Forschung, dass die Amtsleute gehorsam, die anderen Bewohner ungehorsam gewesen seien, ist zu pauschal formuliert, denn es konnte gezeigt werden, dass auch viele Amtsleute auf der Seite der Ungehorsamen gestanden hatten. Die Amtsträger beider Parteien verfolgten ihre eigene Strategie: entweder am alten Glauben festzuhalten, also den Eingriff Berns von Anfang an zu verhindern, um auf diese Weise die alten Privilegien zu schützen, oder aber der Obrigkeit die Treue zu halten um zu einem späteren Zeitpunkt die verlorenen Rechte wieder zurückfordern zu können. Als weiterer zentraler Grund für den Widerstand gegen die neue Lehre im Haslital wurde die geographische Nähe zum altgläubigen Unterwalden benannt.

Im Weiteren wurden die Rädelsführer und andere ungehorsame Hasler betrachtet, die zusammen mit den am Brünizug beteiligten Unterwaldner in altgläubiges Gebiet flohen, um dem bernischen Strafgericht zu entgehen. Die Landesflüchtigen bildeten auch auf der eidgenössischen Ebene einen grossen Streitpunkt: Während die Berner Regierung sie als ungehorsame Untertanen verfolgte, unterstützten die altgläubigen Orte sie als Glaubensflüchtlinge. Auch im Haslital wurde ihnen grosse Sympathie entgegen gebracht; so wurden sie während ihrer Besuche nicht angezeigt und die Bewohner liessen es sogar zu, dass sie ihre Habe mit Karren fortschafften. Die Analyse eines Briefes der Landesflüchtigen ergab jedoch, dass sie, von finanziellen Problemen geplagt, die Hilfe der fünf Orte erbaten, um in den kaiserlichen oder fran-

zösischen Solddienst treten und so ihr Brot verdienen zu können. Die dringlichste ihrer Bitten blieb dennoch, mit der Berner Regierung zu verhandeln, um ihre ehrenhafte Heimkehr zu ermöglichen.

Die Einführung des neuen Glaubens hatte ferner einen Einfluss auf die Ehrbarkeit der Landschaft Hasli. Dadurch, dass alle Ungehorsamen für ehr- und wehrlos erklärt und von den Ämtern ausgeschlossen wurden, verkleinerte sich die Honorationenschicht des Tales. Dies führte dazu, dass ein akuter Mangel an geeigneten Personen herrschte, die für die Besetzung der landschaftlichen Ämter in Frage kamen. Doch auch als die Strafen nach dem Zweiten Kappelerkrieg gegen die Ungehorsamen formell aufgehoben worden waren, vermied es die Berner Regierung weiterhin, Vorschläge aus solchen Geschlechtern zu akzeptieren. Dem Willen der Landleute, die Landschaft gemeinsam zu verwalten, ebenso wie der Bitte wiederum einen einheimischen Landammann einzusetzen, wurde erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts entsprochen.

Die Analyse des Taufrodels von Meiringen resultierte in der Erkenntnis, dass das Verhältnis zwischen den mehrheitlich gehorsamen und un-

gehorsamen Familien auch 43 Jahre nach der Glaubensneuerung unverändert geblieben war. Dies führte zu der These, dass die Reformation nur einen marginalen Einfluss auf die demographische Zusammensetzung und Entwicklung der Landschaft Hasli gehabt hatte. Weiterhin liess sich aus der Zusammensetzung der Taufzeugen und Heiratsverbindungen schliessen, dass sich die im Sommer 1528 entstandene Spaltung der Talbewohner nicht bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts fortsetzte.

Schliesslich konnte festgestellt werden, dass die Beziehungen zwischen Bern und Unterwalden nach den Reformationsunruhen nicht nur zwischen den beiden Obrigkeiten, sondern auch zwischen den einzelnen Untertanen angespannt waren. Aus den der Reformation folgenden Jahren sind zahlreiche Schmähhändel und Schlägereien überliefert, wobei nicht nur Hasler angegriffen wurden, sondern auch deren Verwandte und Sympathisanten aus grenznahen Orten wie beispielsweise Lungern. Dieser Umstand bezeugt jedoch ebenfalls, dass trotz der zahlreichen Feindseligkeiten auf beiden Seiten viele freund- und verwandtschaftliche Beziehungen die konfessionelle Spaltung überlebt hatten.



Moritz Gutjahr

Die Burgergemeinde Bern als Akteurin in der städtischen Wohnraumpolitik

Exemplarisch dargestellt an der Überbauung Schwabgut in Bümpliz 1957-1971

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr und Dr. Martin Stuber

Die Wohnungsmarktsituation der Stadt Bern war in den 1950er- und 1960er-Jahren von einer eklatanten Wohnungsnot gekennzeichnet. Als Reaktion wurden zwischen 1958-1983 in Bern neun Grossüberbauungen realisiert, wobei diese bauliche Hochphase unter dem Konzept des Massenwohnungsbaus stand. Das Hochhaus war, bedingt durch seine hohe Ausnutzungsziffer, ein zentraler Bestandteil der architektonischen Verdichtungsstrategie der Stadtentwicklung bzw. der Wohnraumerweiterung.

Die Arbeit widmet sich der Burgergemeinde Bern als Akteurin in der städtischen Wohnraumpolitik und untersucht dabei exemplarisch die Schwabgut-Überbauung in Bümpliz. Die Fragestellung fokussiert sich auf die Art und Ausprägung der burgerlichen Aktion in der bernischen

Wohnraumpolitik: Einerseits wird dabei untersucht, wie die Burgergemeinde agierte und operierte, wie die burgerliche Partizipation beschaffen war und welche Bedeutung sie hatte; andererseits werden die Kompetenzen, Funktionen und Aufgabengebiete, die die Burgergemeinde bei der Errichtung der Schwabgut-Überbauung übernahm, analysiert, wobei der Einfluss der Disposition des Grundbesitzes auf den spezifischen Grosssiedlungsbau mitdiskutiert wird.

Eine explizite geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Burgergemeinde Bern im Kontext der städtischen Wohnraumpolitik mit besonderem Fokus auf Bümpliz während der Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur fand bis anhin noch nicht statt. Dieser Diskussionsbeitrag zum Wirken der Burgergemeinde im

städtischen Wohnbauwesen basiert auf der systematischen Analyse des Quellenkorpus, bestehend aus Verwaltungsratsprotokollen, Bauplänen und -begehren, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel der Burgergemeinde Bern, der Einwohnergemeinde Bern und der Lokalpresse. Die lokalgeschichtliche Analyse verfolgt methodisch einen hermeneutischen und quantitativen Forschungsansatz.

Der politische, wirtschaftliche, demographische und architekturtheoretische Referenzrahmen in Verbindung mit den Vorstellungen, Ideen und Zielsetzungen der Burgergemeinde Bern war zentral für die konzeptuelle und effektive Ausgestaltung der Überbauung mit über 1000 Wohneinheiten. Ziel des Siedlungsbaus war die Erweiterung des städtischen Wohnraumportfolios mit preisgünstigen Wohnungen, dessen moderate Mietzinsgestaltung durch das kostenoptimierte Bauverfahren, die niedrigen Baurechtszinsen sowie die Verhinderung der Spekulation gesichert wurde. Die Schwabgut-Siedlung war neben dem Tscharnergut ein zentraler Erfahrungsschritt des grossdimensionierten, industriellen Wohnungsbaus in Bern mit vorgefertigten Bauelementen. Für deren Realisierung konnte der grossflächig zusammenhängende Landbesitz der Burgergemeinde als eine essentielle Voraussetzung geltend gemacht werden. Hinzu kamen die organisatorischen Kompetenzen der Burgergemeinde sowie deren politischer Einfluss, der Zustand des Immobilienmarktes und davon ausgehend die gesellschaftliche Rezeption von Grossüberbauungen und die bereitwillige Gewährung von Sonderbauvorschriften durch die Einwohnergemeinde Bern. Die Burgergemeinde

war als Bodenbesitzerin die zentrale Akteurin bei der Realisierung der Schwabgut-Überbauung. Die burgerliche Partizipation an der städtischen Wohnraumpolitik und -erweiterung hatte dabei eine ganzheitliche Qualität. Der strukturelle Eingriff der Burgergemeinde Bern in das Planungs- und Ausführungsverfahren mittels der Schwabgut AG, die eigens zur Geschäftsbesorgung der Burgergemeinde im Schwabgut gegründet wurde, basierte dabei auf der Legitimationsgrundlage des ausgedehnten Landbesitzes. Die Kontrollinstanz der Baulandabgabe im Baurecht erlaubte der Burgergemeinde eine Endausführung nach ihren Vorgaben. Das Baurecht hatte für die Ausführung der Überbauung eine zentrale Bedeutung. Einerseits übernahm es die Funktion eines standardisierten Regelwerks zur Homogenisierung der Gestehungsbedingungen für das Bauherrenkonsortium, andererseits konnte die Burgergemeinde der Öffentlichkeit Land für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen, ohne dabei ihren Grundbesitz zu verringern oder ihre positive Reputation in der Öffentlichkeit zu gefährden. Der Schwabgut-Überbauung kam in politischer wie finanzieller Hinsicht für die Burgergemeinde grösste Bedeutung zu, da sie ihr wirtschaftliches Auskommen dadurch langfristig sicherstellte.

Die Schwabgut-Siedlung, die als bedeutende städtebauliche Leistung im schweizerischen Kontext hervorrage, war ein Exempel der Hochhauseuphorie sowie der burgerlichen Partizipation an der Berner Wohnraumentwicklung zur Bedürfnisbefriedigung der erhöhten Nachfrage nach Wohnraum im urbanen Kontext.



Die Wiedereinführung des Calcio Storico Fiorentino im Faschismus

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Im Vordergrund dieser Arbeit steht die Rekonstruktion des *Calcio Storico Fiorentino*. Die für Florenz typische Sportart ist in dieser Form einzigartig auf der ganzen Welt, vereint sie doch die drei beliebtesten Ballspiele: Fussball, Rugby und American Football. Der Calcio Storico Fiorentino war in der Renaissance in erster Linie ein Spiel des Adels, welches unter den Medici im 16. Jahrhundert seine Blütezeit erlebte. Er galt schon in der Renaissance als edler Sport, weil fünf der antiken Sportarten in dieses Spiel einfließen: Ringen, Boxen, Springen, Laufen und Werfen. Während des 16. Jahrhunderts wurde das Spiel unter feierlichen Umständen zelebriert, zum Beispiel zu Hochzeiten oder bei aussergewöhnlichen politischen Ereignissen. Mit dem Tod des letzten Grossherzogs der Medici verlor der Calcio Storico Fiorentino seinen grössten Förderer und Unterstützer und wurde, wenn überhaupt, nur noch auf den Strassen von Florenz gespielt. In Erinnerung an die Belagerung von Florenz 1530 organisierte die *Partita Nazionale Fascista di Firenze* dann am 4. Mai 1930 eine Partie Calcio Storico Fiorentino. Diese Rekonstruktion fand im Kontext einer nationalistischen Rückbesinnungswelle durch den Faschismus in den 1930er Jahren statt. Der Zugang zu einer gemeinsamen und ruhmreichen italienischen Vergangenheit sollte mit dieser Rückbesinnungswelle erweitert und gefördert werden.

Die Rekonstruktion dieser alten Spielform durch den Faschismus fand auch nach Kriegsende eine Kontinuität. Das Spiel wurde und wird, mit Ausnahme der Kriegsjahre 1940/1941 und 1943-1946, jedes Jahr im Juni wieder durchgeführt. Wieso wurde der Calcio Storico Fiorentino von der Faschistischen Partei überhaupt rekonstruiert? Welche treibenden Kräfte stehen genau

hinter der Wiedereinführung? Wie erklärt sich die Tatsache, dass der Calcio Storico Fiorentino bis heute in Florenz praktiziert und von vielen Touristen besucht wird? Kann der Calcio Storico Fiorentino als florentinische Tradition bezeichnet werden, oder steht er eher als Beispiel für eine ‚invented tradition‘ nach Hobsbawm und Ranger?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Masterarbeit, deren Quellenkorpus aus verschiedenen Zeitungsartikeln, Berichten, Protokollen und Plakaten aus dem *Archivio Storico del Comune di Firenze* besteht. Mittels dieser Quellen können die Motive für eine Rekonstruktion dieses einmaligen Festivals von Florenz studiert und ausgewertet werden. Im Hinblick auf die Wiedereinführung des Calcio Storico Fiorentino im Faschismus hat sich gezeigt, dass bestimmte Konzepte von faschistischer Männlichkeit und einer darauf aufbauenden kollektiven Identität konstitutiv waren.

Darüber hinaus wurden anhand von Quellen aus der Nachkriegszeit die Gründe für die Beibehaltung des Calcio Storico Fiorentino nach dem Ende der faschistischen Ära aufgezeigt. Durch eine Auswertung neuerer Zeitungsartikel (ab 2006) wurden zudem die Motive erarbeitet, welche in der heutigen Zeit dazu führen, dass der Calcio Storico Fiorentino noch immer jedes Jahr im Juni in Florenz ausgetragen wird. Dabei geht die Arbeit auf die Gewaltausschreitungen auf und neben dem Spielfeld ein. Das relativ gewaltsame Spiel, welches durch starken körperlichen Einsatz und Kontakt geprägt ist, führte vor allem in jüngster Zeit zu Diskussionen in Florenz. Die Frage, ob und in welcher Form das Spiel in Zukunft durchgeführt wird, bleibt (noch) offen.



Die Schweiz und die „rote“ Atombombe

Die imaginäre nukleare Gefahr des Sowjetkommunismus in der Schweiz
zwischen 1945 und 1963

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Ausgangspunkt der Masterarbeit ist die Frage, wie bekannte Schweizer Akteure aus Politik, Militär und Wissenschaft zwischen 1945 und 1963 zur Konstituierung eines Gefahrenbildes beitrugen, das die Angst vor einem Atomwaffenangriff mit der Gefahr des Sowjetkommunismus verband. Im Fokus steht nicht die reale Bedrohung, sondern vielmehr die imaginierten Gefahrenperzeptionen der Akteure. Die Analyse nimmt aus der Politik Max Petitpierre (1899-1994) und Alfred Zehnder (1900-1983), aus dem Militär Eugen Bircher (1882-1956) und Gustav Däniker jr. (1928-2000), und aus der Wissenschaft Paul Scherrer (1890-1969) und Paul Huber in den Blick.

Ziel der Arbeit war es, die Perspektiven von den Akteuren einzufangen, zu rekonstruieren und in den historischen Kontext zu stellen. Dabei stand die Suche nach Motiven, Sinnkonstruktionen, Grundeinstellungen und Schlüsselerlebnissen im Vordergrund. Ansätze und Strategien, mit denen die Gedankenwelten der Akteure erkennbar und fassbar gemacht werden können, wurden einerseits in der Forschung zu den *mental maps* und andererseits in der Mentalitätsgeschichte erkannt.

Hauptsächlich stützte sich die Arbeit auf Quellen aus dem Bundesarchiv (BAR) und dem Archiv für Zeitgeschichte (AfZ). Von den vorhandenen Nachlässen der genannten Akteure ausgehend, konnten aus dem vorgefundenen Material unterschiedliche Themenkomplexe eruiert werden. Diese Recherchen gaben Anstoss für das Aufsuchen weiterer Bestände. Schriftliche und visuelle Hinterlassenschaften wie Flugblätter und Broschüren, Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften wurden zudem zur Ermittlung von Informationen über die Zirkulation der Vorstellungen von den Akteuren und ihren Interessens- und Zielgruppen hinzugezogen.

Hintergrund der Untersuchung bildet der den Kalten Krieg bestimmende Ost-West-Konflikt sowie zwei bedeutende Ereignisse, die in der Schweiz massgeblich zur antikommunistischen Stimmung beitrugen: Der Landesstreik (1918) und die Niederschlagung des Ungarnauf-

stands (1956). Die Arbeit folgt jedoch nicht einer Chronologie, sondern ist nach Themenblöcken und Fallbeispielen aufgebaut. Somit können gleichzeitig stark gegenläufige Vorgänge innerhalb der Atombombendebatte untersucht und dargestellt werden. Im dreiteiligen Kernstück der Arbeit wird die kontroverse Debatte um die Beschaffung von Atomwaffen für die Schweizer Armee ab 1958 insbesondere aus der Sicht von Gustav Däniker in den Blick genommen. Seinen Bestrebungen zur atomaren Bewaffnung wird im anschliessenden Kapitel eine ganz andere Entwicklung gegenübergestellt: Aufgrund der globalen nuklearen Gefahr entstand parallel dazu eine Bereitschaft für Kontakte auf wissenschaftlicher Ebene zwischen „Ost“ und „West“. Abschliessend wird diskutiert, wie sich die Vorstellung der Verbindung zwischen der nuklearen Gefahr und dem „roten Osten“ etablierte; eine Vorstellung, die sich insbesondere in zwei Volksinitiativen, die ein Atomwaffenverbot forderten (1962, 1963), bemerkbar machte.

Es offenbarte sich in der Analyse, dass die jeweiligen mentalen Landkarten (*mental maps*) praktisch durchgehend zu den Biografien der Akteure passten. Sowohl bei Bircher als auch bei Däniker war Anfang und Ende ihres Denkens ein möglicher Krieg. Ihre Handlungsmotivationen schöpften sie aus der perzipierten Kontinuität einer ungebrochenen Wehrtradition. Für sie galt es die Wehrbereitschaft aufgrund der imaginierten bolschewistischen respektive kommunistischen Bedrohung aufrechtzuerhalten. Eine solche Mentalität konnte durchaus zu einer überhöhten Wahrnehmung der Gefahr führen und somit falsche Tatsachen – in Zeiten des Tauwetters – vermitteln. Doch auch Huber, der als Physiker über tiefgehende Kenntnisse von der Wirkung der Atomwaffen verfügte, hielt an der paradoxen Vorstellung fest, dass der Besitz von Atombomben den Frieden und die Freiheit bewahren könne. Scherrer, der mit Huber befreundet und ein wichtiges Bindeglied zwischen Politik, Militär und Wissenschaft war, hatte ein Weltbild, das von einem grossen Fortschrittsglauben geprägt war. Dieses Vertrauen stand

dann auch unabhängig von politischen Fragen im Zentrum seines Wirkens. Petitpierre und Zehnder beabsichtigten hingegen, eine vermittelnde Rolle einzunehmen, auch wenn sie beide deutlich zum Ausdruck brachten, dass sie keine Sympathien für den Kommunismus hegten. Besonders Zehnders Versuche der Vermittlung als Botschafter in Moskau sind bemerkenswert. Doch seine Meldungen über die sowjetischen Friedensbemühungen fanden in der Schweiz kaum Gehör. Auch Petitpierre war aufgrund sei-

ner Stellung als Bundesrat vorsichtiger bei der Verurteilung der Sowjetunion. Die von Petitpierre und seinen Mitarbeitern ausgearbeitete ausenpolitische Doktrin der „Neutralität und Solidarität“ spiegelte die Mentalität des Aussenministers recht präzise. Wie seine Doktrin, navigierte sich Petitpierre auch selbst stets zwischen den „Blöcken“ durch, konnte seine Zwischenposition jedoch aufgrund des Hangs zum „Westen“ nie ganz glaubwürdig vertreten.



Joannis Kurtessis

Prophet des Schützengrabenkrieges

Jan Blochs Ansichten im Spiegel der Militärpublizistik 1900-1914

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stig Förster

Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges ist ein spannendes Thema, und die dazu erschienenen Publikationen füllen schnell mehrere Bücherregale. Die Vorstellungen über einen europäischen Krieg nehmen in der vorliegenden Arbeit aber nur einen überschaubaren Teil ein. Dass er eine Katastrophe bedeutete, ist nicht nur eine retrospektive Erkenntnis, denn bereits die Zeitgenossen rechneten damit. Bekannt sind in dieser Hinsicht die Voten von Colmar von der Goltz in seinem Buch „Das Volk in Waffen“ (1883), oder die berühmte Reichstagsrede von 1890 von Helmuth von Moltke, die vor einem langen Krieg warnte.

Für grosses Aufsehen sorgte 1899 das sechsbändige Werk „Der Krieg“ mit seinen 3'400 Seiten, das vor dem Hintergrund der Haager Konferenz grosse Bekanntheit erlangte. Verfasser war der polnische Eisenbahntycoon Jan Bloch (1836-1902), der im Übrigen in Luzern das kurzlebige Kriegs- und Friedensmuseum (1902-1919) gegründet hatte. Aufgrund des Destruktionspotentials der neuen Waffen hielt er Angriffe auf gegnerische Stellungen für unmöglich. Die Offensiven würden deshalb stecken bleiben und die Armeen sich gegenüber stehen, ohne eine Entscheidung herbeiführen zu können. Auf See würde ein unerbittlicher Handelskrieg herrschen, weshalb sich die Staaten aus eigener Kraft versorgen müssten. Die Volkswirtschaften würden durch den Krieg in ihren Grundfesten erschüttert und die Kriegsfinanzierung die Kriegsparteien in den Bankrott stürzen. Hun-

gersnot, Verarmung und Unsicherheiten würden schliesslich zur sozialistischen Revolution und zum Untergang der kapitalistischen Ordnung führen.

So detailliert hatte sich kaum ein Zeitgenosse die Mühe gemacht, die Vorstellungen über den zukünftigen Krieg zu skizzieren. Die Masterarbeit hat deshalb Blochs umfangreiche Studie als Ausgangspunkt genommen, um zu untersuchen, wie die Militärs die von ihm vertretenen Standpunkte rezipierten. Es wurden dabei drei Fragen formuliert: 1. Wie begegneten die deutschen Militärs Blochs Thesen? 2. Wie wurden Blochs Ansichten in den Militärfachzeitschriften im Zeitraum von 1900-1914 besprochen? 3. Wo lagen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede?

Diese Fragen konnten anhand einer Auswahl wichtiger Blätter aus der zeitgenössischen Militärpublizistik beantwortet werden. Obwohl die Zeitschriften als eine Plattform für Offiziere zum Austausch und zur Gewinnung neuer Erkenntnisse dienten, musste dennoch bedacht werden, dass Restriktionen (u.a. die Geheimhaltung) eine offene Diskussion verhinderten. Die Marinezeitschriften waren zudem für die Tirpitzsche Flottenpropaganda eingespannt. Trotz dieser Einschränkungen liess sich ein Querschnitt an Meinungen extrahieren, der nicht unter den Verzerrungen litt, welche die Publikation einzelner und meist radikaler Einzelschriften mit sich brachte.

In der Rezeptionsgeschichte ging es bei den grossen drei Themenblöcke der Kritiker um Tak-

tik, Strategie und Wirtschaft. Für die zweite und dritte Frage wurde untersucht, wie Blochs Standpunkte zu Taktik (Infanterie, Artillerie und Kavallerie), Festungen, Feldbefestigungen, Landkrieg, Marine, Wirtschaft und Kriegsfinanzierung in den Militärfachzeitschriften diskutiert wurden. Die Antworten fielen im Kleinen (erste Frage) wie im Grossen (zweite und dritte Frage) sehr ähnlich aus.

Die wichtigsten Ergebnisse sehen wie folgt aus: Taktisch versuchte Bloch mit Statistiken die Unmöglichkeit der Offensive zu begründen, während die Offiziere sich Gedanken machten, wie sich die Feuerzone überwinden liess. Festungen waren ein Thema, dem sich die Zeitgenossen aufgrund ihrer Präsenz nicht entziehen konnten. Feldbefestigungen würden nach Bloch den Krieg dominieren, die Offiziere hingegen rechneten nur mit ihrem phasenweisen Einsatz. Im Landkrieg erwartete Bloch ein entscheidungsloses Ringen. In der Publizistik herrschte diesbezüglich eine gewisse Unsicherheit, da Er-

fahrungen mit Millionenheeren fehlten. Blochs Pessimismus hielten sie für gerechtfertigt, auch wenn sie dies nicht offen kommunizierten. In der Marine standen sich zwei Anschauungen diametral gegenüber. Bloch als Verfechter des Kreuzerkrieges (Jeune École), und die Marinezeitschriften, die den Einsatz des Schlachtschiffes über alles stellten. Bei Wirtschaft und Kriegsfinanzierung waren die Standpunkte sehr ähnlich, wobei sich in den Zeitschriften zaghafte Lösungsansätze fanden. Die Vorstellung von einer Kriegswirtschaft, wie sie ab 1914 eingeführt wurde, gab es nicht.

Generell lässt sich sagen, Bloch konzentrierte sich auf die Probleme, die Beiträge in den Zeitschriften, wie Krieg sich weiterhin führen liess. Die vollen Ausmasse erkannte keiner der Zeitgenossen. Dafür musste der Sprung ins Dunkle gewagt werden, der bekanntlich in der Urkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts mündete.



Jonas Kyburz

„Ich stehe dafür, daß unsere Soldaten jeden Bauern der sich findet niedermachen sollen.“

Österreichisch-ungarische Gewaltmassnahmen gegen irreguläre Kombattanten
und Zivilisten an der Balkanfront 1914

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stig Förster

Nach der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand entschied sich die politische und militärische Führung der Donaumonarchie für einen Krieg gegen Serbien. Bis Jahresende 1914 hatten die K.u.K.-Balkanstreitkräfte erfolglos drei verlustreiche Offensiven lanciert, die von verschiedenartigen, teilweise eskalierenden Gewaltmassnahmen und Repressalien gegen irreguläre serbische Kombattanten und Zivilisten begleitet waren. Diesbezüglich wurden in wissenschaftlichen Publikationen Thesen postuliert, dass es sich um einen geplanten und systematisch durchgeführten Vernichtungskrieg gegen die serbische Zivilbevölkerung handelte. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, inwiefern den Gewaltmassnahmen wirklich ein solcher Charakter attribuiert werden kann. Dazu werden einerseits die Vorbedingungen und Entstehungsumstände der Gewalt be-

leuchtet. So werden die operativ-taktischen Fehlentscheide der K.u.K.-Generalität thematisiert, Besonderheiten im Aufbau der serbischen Armee, die zu einer Verwischung der Trennlinie zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten beitragen, beleuchtet, sowie die Rolle antiserbischer Feindbilder und Propaganda erforscht. Des Weiteren wird untersucht, inwiefern es sich bei den angewandten Repressalien um affektive oder intendierte Gewaltanwendung handelte. Mit „affektiver Gewalt“ ist hier die Gewalt von unten gemeint, beispielsweise von einer impulsiv agierenden Soldateska, wobei dies Offiziere nicht ausschliesst. Im Kontrast dazu ist mit „intendierter Gewalt“ eine von oben geplante und sanktionierte Gewalt gemeint, wobei hier das Offizierskorps die anordnende – aber nicht zwingendermassen ausführende – Kraft ist. Diesbezüglich wird analysiert, inwie-

fern Disziplinlosigkeit seitens der Mannschaften und der damit einhergehende Kontrollverlust seitens des Offizierskorps eine die Gewalt begünstigende Rolle spielten. Ausserdem wird erforscht, wer die Gewaltmassnahmen autorisierte, was mit ihnen bezweckt werden sollte, ob es Unterbindungsversuche gab und wenn ja, wie erfolgreich diese waren.

Als Quellengrundlage dienen Feldakten und Nachlässe aus dem Bestand des Kriegsarchives des österreichischen Staatsarchives in Wien. Bei den Feldakten wurden Dokumente des Evidenzbüros, des Armeeoberkommandos, sowie insbesondere von Truppenkörpern der k.u.k. 2., 5., und 6. Armee ausgewertet. Dabei handelt es sich vorwiegend um Befehle, Weisungen, Verlautbarungen, Gefechtsmeldungen, öffentliche Anschläge und Aktennotizen vom Zeitraum zwischen Juli und Dezember 1914. Die Quellenproduzenten reichen vom einfachen Kompanieführer bis zum Oberbefehlshaber des österreichisch-ungarischen Heeres. Die Selbstzeugnisse umfassen während des Feldzuges geführte Tagebücher sowie während oder nach Ende des Krieges verfasste Erlebnisberichte und Memoiren. Hierbei wird den während des Feldzuges verfassten Tagebüchern aufgrund ihrer Ereignis- und Zeitnähe der Vorzug gegeben. Obwohl sich bei den Verfassern keine einfachen Soldaten finden, ist dennoch ein breites Spektrum vom Unteroffizier bis zum General vorhanden.

Die Ergebnisse der Quellenauswertung führten zur Schlussfolgerung, dass die Repressalien und Gewaltmassnahmen zumindest vor und zu Beginn des Balkanfeldzuges von der österrei-

chisch-ungarischen Militärführung – wenn auch stufenweise – angeordnet und sanktioniert wurden. Somit kann den Gewaltmassnahmen jedenfalls während der ersten Offensive ein mehrheitlich intendierter, aber sicherlich nicht im Vorfeld systematisch geplanter Charakter attribuiert werden. Deshalb ist die These eines Vernichtungskriegs gegen die serbische Zivilbevölkerung zurückzuweisen. Weiterhin ist feststellbar, dass der Rahmen für die Präsenz illegitimer Gewalt unter den Truppenkörpern variierte und diesbezüglich viel von der individuellen Haltung der jeweiligen Kommandierenden abhing. Obwohl nicht undenkbar, kann aufgrund der Quellenlage nicht festgestellt werden, inwiefern einfache Soldaten eigenmächtig und ohne Anweisung eines Offiziers serbische Zivilisten hingerrichtet hatten. Es gibt aber eindeutige Hinweise auf ausufernde Plünderungen und Brandstiftungen seitens der Mannschaften, in deren Rahmen affektive Gewalt gegen Zivilisten vorstellbar gewesen wäre. Die Hauptverantwortlichkeit für die Gewaltmassnahmen muss aber eindeutig auf Seiten der K.u.K.-Generalität und des Offizierskorps der Balkanstreitkräfte verortet werden. Der Generalstab setzte mit seinen Fehlentscheidungen die Weichen für die Niederlage auf dem Balkan 1914, autorisierte und sanktionierte die Gewaltmassnahmen. Hohe Offiziere der Balkanstreitkräfte gaben die Befehle für die Hinrichtungen, und als disziplineloses Verhalten unter Teilen der Mannschaften eskalierte, waren dieselben Offiziere nicht in der Lage, dies zu unterbinden.



Letizia Landbö

Eheanbahnung und Eheschliessung in der bürgerlichen und bäuerlichen Schweiz des 19. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung der sozialen Praxis

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

In der vorliegenden Masterarbeit wird die Eheanbahnung und -schliessung in der bürgerlichen und bäuerlichen Schicht in der Schweiz des 19. Jahrhunderts betrachtet. Dabei liegt der Fokus auf der sozialen Praxis. Die Arbeit untersucht insbesondere die Frage der Ehegründe; dabei wird die geschichtswissenschaftlich kontrovers diskutierte Frage nach der Liebe als Ehegrund vertieft betrachtet. So werden in einem

ersten Teil die Liebe und die Sexualität hinsichtlich der Ehe untersucht und spezifische, soziale und rechtliche Faktoren bei der Eheanbahnung und -schliessung aufgezeigt. Im zweiten Teil werden die vier Phasen der Eheanbahnung und -schliessung, so die „Orte des Kennenlernens“, „die Werbung“, „die Verlobung“ und „die Hochzeit“ untersucht. Dabei werden die untersuchten Gesellschaftsgruppen, also das Bürger-

tum und die bäuerliche Gesellschaft, erforscht und miteinander verglichen. Die Masterarbeit will die Unterschiede zwischen den zwei Gesellschaftsgruppen aufzeigen und die gesellschaftli-

chen, kulturellen und historisch bedingten Einflüsse auf die soziale Praxis bei der Eheanbahnung und -schliessung erkennbar machen.



Dominik Matter

„Post aus der Schweiz“

Die schweizerischen Aussenbeziehungen während des nigerianischen Bürgerkrieges
1967-1970

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Im Sommer 1967 begann mit der Polizeiaktion der Bundesarmee gegen die secessionistische Provinz Biafra im Osten des Landes der nigerianische Bürgerkrieg. Der Ausbruch des Krieges war die Eskalation des Kampfes um politische und ökonomische Ressourcen im postkolonialen Nigeria. Aus der geplanten Polizeiaktion wurde ein 30 Monate dauernder Bürgerkrieg. Ab Mai 1968 war Biafra komplett abgeschnitten und einer wirtschaftlichen Blockade der nigerianischen Armee ausgesetzt. Der Krieg drohte aufgrund der schwierigen Versorgungslage der Zivilbevölkerung zur humanitären Katastrophe zu werden. Durch den gezielten Einsatz von Werbeagenturen entwickelten sich der nigerianische Bürgerkrieg und die Hungersnot in Biafra zu einem globalen Medienereignis.

Die mediale Berichterstattung erhöhte das Interesse am militärischen Konflikt in Westafrika auch in der Schweiz. Presse und Teile der Bevölkerung forderten eine aktivere Aussenpolitik des Bundesrates und eine stärkere Unterstützung der humanitären Hilfsaktionen. Der nigerianische Bürgerkrieg und das Schicksal der Zivilbevölkerung in Biafra beschäftigten die Menschen in der Schweiz in aussergewöhnlicher Weise. Das öffentliche Interesse an der Ausgestaltung der Aussenbeziehungen war ungewohnt hoch. Die IKRK-Mission, die Bührle-Affäre, die „Biafra-Propaganda“ der in Genf ansässigen Markpress Agentur und die Petition zur Anerkennung Biafras sind nur eine Auswahl der „politischen Probleme“, mit denen sich die schweizerischen Behörden konfrontiert sahen. Ausgehend von dieser Konstellation wurden in dieser Arbeit Wechselwirkungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in der Ausgestaltung der Aussenbeziehungen der Schweiz unter-

sucht. Im Hintergrund der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Nigeria lag der Fokus primär auf Aktionsräumen und Handlungsmustern unterschiedlicher Akteursgruppen, wodurch das traditionelle Bild von staatlich dominierter Aussenpolitik erweitert werden konnte.

Im Spannungsfeld des nigerianischen Bürgerkrieges wurde in dieser Arbeit analysiert, inwiefern sich staatliche Macht in den Aussenbeziehungen durchsetzen kann, und wie staatliche Akteure auf Handlungen nichtstaatlicher Akteure sowie Einflüsse aus der Öffentlichkeit reagieren. Konkret wurden folgende Fragen beantwortet: Wo finden sich Handlungsräume für nichtstaatliche Akteure? Wie reagieren staatliche Akteure auf solche Handlungsräume? Wie versuchen staatliche Akteure die Kontrolle aufrechtzuerhalten? Welche Hierarchien und Machtverhältnisse lassen sich feststellen?

Für die Arbeit wurden in erster Linie die Quellenbestände des Schweizerischen Bundesarchivs konsultiert. Hauptsächlich wurden die Bestände des Politischen Departements – des heutigen Departements für auswärtige Angelegenheiten – und der schweizerischen Botschaft in Lagos analysiert. Zudem wurden einige Bestände im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich konsultiert, inklusive einer thematischen Sammlung von Zeitungsartikeln.

In der Untersuchung wurde eine Vielzahl an Einflussnahmen und Wechselwirkungen festgestellt. Im Bereich der humanitären Hilfe liessen sich zwar viele nichtstaatliche Handlungsräume konstatieren, die staatliche Vormachtstellung wurde dadurch allerdings nur bedingt in Frage gestellt. Auch im Bereich der Ausgestaltung der diplomatischen Beziehungen liessen sich Hand-

lungsräume für nichtstaatliche Akteure lokalisieren. Dabei wurde klar, dass die erfolgreiche Einflussnahme in erster Linie vom Umfang der potentiellen Druckausübung abhing.

Staatliche Akteure befanden sich gegenüber nichtstaatlichen Akteuren in vielerlei Hinsicht in einer Machtposition. Diese Machtposition offenbarte sich je nach Situation mehr oder weniger stark. Es konnte gezeigt werden, dass nicht alle nichtstaatlichen Akteure die gleichen Einflussmöglichkeiten hatten. Dadurch lässt sich eine Hierarchie innerhalb der nichtstaatlichen Akteure feststellen. Die Durchsetzung partikularer Interessen von nichtstaatlichen Akteuren hing vom Gewicht ab, dass sie ihren Interessen verleihen

konnten. Wirtschaftliche Akteure waren dadurch generell in einer stärkeren Position als Gruppierungen aus der Bevölkerung. Entscheidend waren ausserdem die Zugänge, die sich die Akteure zu Nutzen machen konnten. Organisatorisch etablierte Akteure wie z.B. Kirchen genossen mehr Einfluss als andere. Die staatliche Vormachtstellung wurde in dieser Untersuchung vor allem dann in Frage gestellt, wenn es um wirtschaftliche Interessen oder die Gefährdung des Ansehens der Schweiz im Ausland ging.

Die Arbeit wurde im Sommer 2015 in der Reihe *Quaderni di Dodis* als Open Access E-Book und Print-on-Demand publiziert.



Simona Meyer

Die Opiumpolitik des Völkerbundes in den Jahren 1924-1932 am Beispiel Indiens

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Segesser

In der Masterarbeit geht es um das einzige Mitglied im Völkerbund mit Kolonialstatus. Untersucht wird, inwiefern dieser spezielle Status sich bemerkbar machte. Obwohl der Völkerbund lange Zeit als gescheiterter Versuch der internationalen Zusammenarbeit betrachtet wurde, gibt es in den letzten Jahren vermehrt wissenschaftliche Studien, die diese These widerlegen. Auch gibt es eine Tendenz weg von der Sicherheitspolitik zu anderen Aufgaben des Völkerbundes wie der Sozialpolitik. Zudem wurden vermehrt auch länderspezifische Studien im Zusammenhang mit dem Völkerbund verfasst und damit der eurozentrischen Perspektive der Organisation etwas entgegengesetzt. In diesem Kontext wurde auch die hier vorgestellte Masterarbeit verfasst. Sie knüpft besonders an das länderspezifische Werk von Karl-Joseph Schmidt, „India's role in the League of Nations, 1919-1939“ (1994) und an das Werk von Hans Derks, „History of the Opium Problem“ (2012), das sich mit der Opiumpolitik und der damit verbundenen Kolonisierung in Asien auseinandersetzt, an.

Der Hauptteil der Arbeit besteht aus der Analyse der Quellen. Hierfür wurden vor allem Protokolle, aber auch Briefe und Berichte verwendet, die grösstenteils aus dem Archiv der UNO in Genf stammen. Der Fokus der Arbeit lag auf der Opiumabteilung, weil Indien dort besonders aktiv war, und weil der Umfang der Ar-

beit sonst zu gross geworden wäre. Die Analyse erfolgt in drei Untergruppen. Erstens wurde die Arbeit der indischen Delegation mit derjenigen anderer Länder verglichen. Besondere Beachtung erfuhren dabei die siamesischen, japanischen und australischen Delegationen. Zweitens wurden die Aktivitäten der Repräsentanten Indiens, deren Argumentationslinien und deren Auftreten analysiert. In diesem Zusammenhang war die Tatsache, dass die indische Delegation aus Briten wie Indern bestand, besonders bedeutsam. Drittens wurde der Wandel innerhalb des Untersuchungszeitraums thematisiert. Mit 1925 wird dabei an die bereits erwähnte Arbeit von Schmidt angeknüpft, während der Endpunkt (1932) mit dem Beginn der Krise im Völkerbund im Gefolge der japanischen Invasion in der Mandschurei zusammenfällt.

Die Ergebnisse können auch wieder in die drei Teile unterteilt werden. Zum ersten Punkt kann gesagt werden, dass sich die indische Delegation meistens mit der britischen einig war, im Gegensatz zur australischen. Jedoch muss festgehalten werden, dass es den Anschein machte als würde Grossbritannien sich in manchen Situationen eher der indischen Opiumpolitik anpassen als umgekehrt. Die Opiumpolitik der USA sowie jene Japans kritisierte die indische Delegation hingegen scharf. Erstaunlicherweise waren selbst die japanischen Repräsentan-

ten skeptisch gegenüber der Opiumpolitik ihrer eigenen Regierung. Aus den Protokollen ist zu entnehmen, dass die indische Delegation sich aktiv an den Diskussionen beteiligte. Im Gegensatz dazu glänzte etwa die siamesische Delegation mit Passivität und ihrer stillen Art. Ihre Repräsentanten versuchten in den Debatten kaum Partei zu ergreifen, um keine Staaten zu favorisieren. Diese Art des diplomatischen Geschicks stand im Kontrast zur indischen Delegation, welche auch mal gerne andere Delegationen öffentlich kritisierte. Überdies interessierte sich die siamesische Delegation mehr für den Opiumkonsum, während die indische Delegation sich mehr der Produktion und dem Handel zuwandte. Dies wird auf den Kolonialstatus Indiens zurückgeführt. Die siamesischen Herrscher achteten mehr auf ihr eigenes Volk als die britischen Herrscher in Indien.

Die indische Delegation trat als Einheit auf. Die Inder und Briten innerhalb der Delegation arbeiteten zusammen. Auch konnten keine grösseren Unterschiede in ihrer Professionalität festgestellt werden. Tendenziell vertraten die britischen Delegierten ihre Regierung etwas vehementer, während ihren indischen Kollegen das Bild, welches sie von Indien vermittelten, wichtiger war. Daher revidierten die indischen Reprä-

sentanten das stereotypische orientalische Bild und arbeiteten mit ihren britischen Kollegen als gleichberechtigte Partner zusammen. Zur zeitlichen Dimension kann festgehalten werden, dass auch die äusseren Umstände von Bedeutung waren. Ganz zentral für die Opiumpolitik war die Weltwirtschaftskrise ab 1929.

Die Ergebnisse der Arbeit knüpfen an die erwähnte Studie von Schmidt an. Dieser vertrat die Meinung, dass sich die Partizipation Indiens im Völkerbund nach deren Unabhängigkeit als vorteilhaft erwies, da bereits diplomatische und aussenpolitische Erfahrungen hatten gemacht werden können. Andere Kolonien hatten einen solchen Vorteil nicht. Zudem wurde die Teilnahme am Völkerbund auch genutzt, um das stereotype orientalische Bild zu revidieren. Des Weiteren war die Opiumpolitik in Asien nicht nur Ursache für die Kolonisierung des Gebietes – wie Derks behauptet – sondern auch eine Plattform, um den Kolonialstatus zu revidieren. Daher erschien Indien in der Opiumpolitik als Grossmacht und nicht wie sonst in der Völkerbundspolitik – wie Schmidt argumentiert hatte – als mittlere Macht. Indiens kolonialer Status hatte in der Völkerbundspolitik durchaus auch Vorteile.



Franziska Moor

Tödliche Gewalt

Tötungsdelikte im Amtsbezirk Bern 1944-1994

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Vom Mittelalter bis ungefähr um 1950 nahmen Tötungsdelikte in Europa, gemessen an der Bevölkerungszahl, stetig ab. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigte sich in vielen europäischen Ländern ein erneuter Anstieg der interpersonalen physischen Gewalt. Diese Arbeit untersucht Gewaltdelikte in den Jahren 1944-1994 anhand des Beispiels des ehemaligen Amtsbezirks Bern und geht dabei der Frage nach, wie sich Gewalt während der Untersuchungsperiode verändert hat, wobei der historische Kontext mitberücksichtigt wird. Im Zentrum stehen die Akteure der Gewalt sowie die Gewalthandlungen selbst. Es werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet, um eine Verbindung der Makro- und der

Mikroperspektive zu erreichen. Als Quellen dienen Untersuchungsakten von Tötungs- und Gewaltdelikten, die vor dem Geschworenengericht des Amtsbezirks Bern abgeurteilt wurden. Dichte Beschreibungen aus solchen Fällen bieten Einblick in verschiedene Gewaltarten. Die Arbeit untersucht häusliche Gewalt in Beziehungsdelikten, sogenannte „kontrierende“ Gewalt als Entgegnung auf eine Ehrverletzung, instrumentelle Gewalt bei Einbrüchen oder Raubüberfällen sowie leidenschaftliche Gewalt in *crimes passionnels*.

Tötungsdelikte summieren sich im Amtsbezirk Bern, im Gegensatz zu anderen Gebieten der Schweiz und Europas, erst ab Mitte der 1980er-Jahre, dafür umso stärker. In der For-

schung wird oftmals darauf hingewiesen, dass Gewalthandlungen unter Männern zunahmten und der Wiederanstieg der Tötungsdelikte deshalb auf rein männliche Gewalt zurückzuführen sei. Tatsächlich war Gewalt, die von Frauen verübt wurde, sehr selten. Die Arbeit zeigt jedoch auf, dass Gewaltdelikte innerhalb der Familie anstiegen, wobei die Täter meistens Männer waren. Tötungen von Intimpartnern, die eine Beziehung beendet hatten oder beenden wollten, waren am häufigsten. Die Beziehungen, die in tödlicher Gewalt endeten, waren häufig bereits im Vorfeld der Tat von Tätlichkeiten, Drohungen und Demütigungen geprägt. Die Züchtigung von Partnerinnen wurde von den Beteiligten oftmals verborgen und geleugnet, kam jedoch in zahlreichen Fällen infolge des Gerichtsprozesses ans Licht.

Allerdings traten gegen Ende der Untersuchungsperiode auch Delikte im Zusammenhang mit Ehrverletzungen sowie Tötungen infolge instrumenteller Gewalt vermehrt auf. Die Täter waren meistens männlich, jung, oftmals arbeitslos und stammten in vielen Fällen aus dem Ausland. Überwiegend vor dem Geschworenengericht vertreten waren so auch Täter aus der sozialen Unterschicht. Der Grund für die häufige Beteiligung dieser Bevölkerungsgruppe an Gewaltdelikten ist auf einen unsicheren bzw. prekären sozialen und ökonomischen Status zurück zu führen. Die Auflösung traditioneller integrieren-

der Gemeinschaften und der damit einhergehende Rückgang sozialer Kontrolle führten zur Desintegration und Marginalisierung wachsender Bevölkerungsteile. Besonders in urbanen Gebieten bildeten sich aufgrund der gesellschaftlichen und ökonomischen Umwälzungen ab Mitte des 20. Jahrhunderts Randgruppen. In Milieus, die von Armut, Frustration, Alkoholismus und sozialer Isolation geprägt waren, fand sich ein Nährboden für die Entstehung von Gewalt.

Die Beurteilung der Gewalt änderte sich im 20. Jahrhundert ebenfalls, wie sowohl Unterschiede in der Gerichtspraxis als auch die gesellschaftliche Wahrnehmung von Tötungsdelikten zeigen. Ein besonders gutes Beispiel stellen hier die *crimes passionnels* dar. Die sog. „leidenschaftliche Gewalt“ der Täter fand noch im 19. Jahrhundert Verständnis, während die Täter im 20. Jahrhundert vermehrt als gefährliche Menschen betrachtet wurden. Gegen Ende der Untersuchungsperiode wurden die Täter, ihr Verhalten und ihre Gedanken oft pathologisiert, was dann wiederum in der Öffentlichkeit zu Kritik führte.

Warum Gewalt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts anstieg, muss letztendlich offen gelassen werden. Was aber gesagt werden kann, ist, dass wir entgegen der allgemeinen Verunsicherung – zumindest in Europa – aus historischer Perspektive vermutlich in einer der friedlichsten Gesellschaften der Geschichte leben.



David Naef

Schweizer Entwicklungsprojekte

Eine Untersuchung staatlicher Entwicklungspolitik der Schweiz in nichtindustrialisierten Ländern

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Nach ersten zögerlichen Anfängen wurde in der Schweiz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein zunehmend professionalisierter staatlicher Entwicklungsapparat aufgebaut. Zwar wurde aus neutralitätspolitischen Überlegungen versucht sich von den unter Imperialismusverdacht stehenden Aktivitäten der Grossmächte abzugrenzen. Doch sowohl die öffentliche Legitimierung als auch die strategische Ausrichtung der Tätigkeiten orientierten sich offenkundig an

den Konzepten der entsprechenden internationalen Organisationen und westlichen Industriestaaten.

In der Forschungsliteratur existieren zahlreiche Aussagen dazu, wie sich im Laufe der Zeit internationale entwicklungspolitische Konzeptionen gewandelt haben, und dass viele auf Grund von Lernprozessen aufgegeben worden seien. In der Studie wird untersucht, welche entwicklungspolitischen Praktiken denn jenseits

dieser zahllosen Aussagen zu scheinbar überwundenen Auffassungen und veränderten Praktiken in jüngster Vergangenheit geplant und durchgeführt wurden. Auch wird nach Konstanten und Diskontinuitäten der schweizerischen Entwicklungspraxis gefragt. Thesen über die vermeintlich neuen Erkenntnisse, Paradigmenwechsel und gelernten Lektionen werden mit den untersuchten Quellen kontrastiert und in einen grösseren Kontext gestellt.

Die Arbeit überprüft solche Aussagen empirisch anhand einer Bestandsaufnahme 2015 existierender Entwicklungsprojekte der DEZA und falsifiziert manche von ihnen. Der Quellenkorpus besteht aus einem Sample von 214 Online-Beschreibungen von Projekten, die von der DEZA durchgeführt werden oder an denen sie beteiligt ist. Dabei werden sowohl Methoden der qualitativen Inhaltsanalyse als auch quantitative Erhebungen und Wortfeldanalysen durchgeführt.

In einem ersten Teil wird nachgezeichnet, wie die Entwicklung der Entwicklungspolitik in der entsprechenden Literatur dargestellt wird. Jene wichtigen und sehr grundsätzlichen Entwicklungen, über die weitgehende Einigkeit zu herrschen scheint, werden aufgezeigt. Die Darstellung führt vom Marshall-Plan über die Modernisierungstheorie mit ihrer Staatsfokussierung, eine Professionalisierung in den 1960ern, eine Phase der Ernüchterung und Umorientierung auf direkte Armutsbekämpfung in den 1970ern, Strukturanpassungsprogramme in bzw. seit den 1980ern, eine Schrumpfung in den 1990ern verbunden mit zunehmenden politischen Auflagen, und die Wiederausweitung unter dem Zeichen von Nachhaltigkeit, Klimawandel und sogenannter Sicherheitspolitik seit ca. 2000. In einem weiteren Schritt werden grundsätzliche Daten und Befunde zum untersuchten Quellenmaterial aufgezeigt, aber auch eine thematisch aufgegliederte Besprechung vorgenommen.

Die Arbeit zeigt auf, dass entgegen den immer wieder auftauchenden Prophezeiungen Entwicklung nicht ein Konzept aus einem vergangenen Zeitalter ist. Wie einmal mehr deutlich wurde, widerspiegelte und reproduzierte die staatliche Entwicklungspolitik der Schweiz in vielerlei Hinsicht die nationale Selbstwahrnehmung. Die eigene Kleinstaatlichkeit, die geographischen Gegebenheiten eines bergigen Binnenlandes, auch politische Merkmale wie Neutralität,

Liberalismus und direkte Demokratie sind zentrale Aspekte entwicklungspolitischer Überlegungen, die sich über sechs Jahrzehnte hinwegziehen. Daran hat sich auch in jüngster Vergangenheit wenig geändert, wie die Untersuchung verdeutlicht. Auch noch in jüngster Vergangenheit gehört die Förderung wackerer Bergvölker ohne Meeranschluss, einschliesslich Käseproduktion und Gebirgsstrassenbau, zu den Themen schweizerischer Entwicklungspolitik. In neue Institutionen überführt und rhetorisch an die aktuellen Sprachregelungen angepasst, lebt beispielsweise die schweizerische Affinität zur Modernisierung ausländischer Berggebiete fort. Weiter konnte aufgezeigt werden, dass jahrzehntealte Empfängerländer (wie Nepal, Peru oder Ruanda) auch in jüngster Vergangenheit noch auffällig prominent vertreten waren.

Es wird weiter deutlich, dass der Verweis auf die hohe Komplexität und Interdependenz von Entwicklungsfragen zu einer schier unüberschaubaren Ausweitung der Aktivitäten führte. Im Gegensatz zu der oftmals vorgefundenen Darstellung in der Sekundärliteratur erhärtet das untersuchte Quellenmaterial den Standpunkt, dass eher eine zunehmende Pluralisierung als eine reihenweise Ablösung von Ansätzen und Praktiken stattgefunden hat. Neue Themen und Konzepte lösten keineswegs die alten Inhalte einfach ab, sondern ergänzten und erweiterten diese meistens.

Die Durchsicht der Projektbeschreibungen macht auch die widerspruchsvolle und unausweichliche Lage der staatlichen Entwicklungspolitik deutlich, welche die objektive Wirksamkeit des eigenen Handelns ausweisen und gleichzeitig immer wieder von Neuem das eigene Scheitern angesichts der unbeherrschbaren Komplexität des zu bekämpfenden Problems eingestehen muss.

Inwiefern nun eine kritisch verstandene und emanzipatorische Wirkung entfaltende „Entwicklungszusammenarbeit“ an die Stelle der paternalistischen „Entwicklungshilfe“ getreten sein soll, ist – jenseits der angepassten Sprachregelungen – durch die Untersuchung nicht klar erkennlich. Auch die Frage, ob sprachliche Modifikationen tatsächlich mit substanziellen Haltungs- und Handlungsveränderungen einhergehen, kann schlussendlich nur für den Einzelfall beantwortet werden und bietet Möglichkeiten für weiterführende Untersuchungen.



Im Spannungsfeld von Menschenrechten und Neoliberalismus

Der Diskurs in der Zeitschrift für öffentliche Fürsorge (1970-2000)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Brigitte Studer

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) als Fachverband des Sozialen verfügt über einen grossen Einfluss in der Ausgestaltung des schweizerischen Sozialhilfewesens. So erlässt sie beispielsweise regelmässig die sogenannten SKOS-Richtlinien zur Bemessung des sozialen Existenzminimums, die in den meisten Schweizer Gemeinden praktische Anwendung finden. Ein problematischer Aspekt dabei ist die Tatsache, dass die SKOS privatrechtlich organisiert ist. Somit hat eine private Organisation die Deutungshoheit über die gesamtgesellschaftlich relevante normative Frage inne, wieviel Einkommen ein bedürftiger Mensch im Verhältnis zur Gesamtgesellschaft vom Staat bekommen soll.

Der erste Teil der Arbeit beleuchtet die Hintergründe der Gründung der Zeitschrift *Der Armenpfleger* und der *Armenpflegerkonferenz*, den Vorgängerorganisationen der SKOS, aus sozial-ökonomischer Perspektive. Es wird die These aufgestellt, dass sowohl *Der Armenpfleger* als auch die *Armenpflegerkonferenz* als ein Diskurs im Sinne Michel Foucaults gegründet wurden. Ein solcher Diskurs ist eine Form von Macht, die sich nicht bloss auf repressive, sondern auf produktive und kreative Art und Weise artikuliert. Um zu verstehen, welche Machtinteressen hinter der Etablierung des Diskurses steckten, werden die Biographien der bisherigen Präsidenten und der Redaktoren und Redaktorinnen der SKOS und ihrem Publikationsorgan, der *Zeitschrift für Sozialhilfe* (ZeSo), auf Parallelen und Gemeinsamkeiten hin untersucht. Dabei wird sich herausstellen, dass die SKOS eine von Beginn weg im bürgerlichen Milieu verankerte Institution war. Sie vertrat ein funktionelles Konzept der Sozialen Arbeit, das mit der Methode der Einzelfallhilfe korrespondierte. Im funktionellen Konzept ordnet sich die Soziale Arbeit in die vorherrschenden politisch-ökonomischen Strukturen ein und hinterfragt diese nicht. Die Einzelfallhilfe sucht die Ursachen und Lösung der Armut beim Individuum und lässt gesellschaftlich-strukturelle Einflüsse unberücksichtigt. Mit dieser Positionierung versuchte die Armenpflegerkonferenz, sich Privilegien in der Gesellschaft zu

bewahren. Zudem eignete sich nur das funktionelle Konzept mit der Methode der Einzelfallhilfe für eine lukrative Professionalisierung. Die SKOS war also seit ihrer Gründung nicht nur am Wohl ihrer Mitmenschen, sondern auch am Wohl der Sozialen Arbeit als aufstrebender Beruf interessiert.

Ab den 1970er Jahren geriet der derart ausgerichtete Verband in ein Spannungsfeld, welchem sich der zweite Teil der Arbeit widmet. Einerseits begünstigte die zunehmende Rezeption der Idee der Menschenrechte durch internationale Organisationen und neue soziale Bewegungen die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Sozialarbeitenden in staatlichem Auftrag. Andererseits löste insbesondere die 1968er-Studenten- und Protest-Bewegung einen Paradigmenwechsel in der wissenschaftlichen Disziplin der Sozialen Arbeit aus. In diesem Zusammenhang wurde die funktionell verstandene Soziale Arbeit in ihrer Systemtreue scharf kritisiert und eine zunehmend gesellschaftskritische Rolle der Sozialarbeitenden gefordert. Diese Entwicklung bedrohte die funktionelle Identität der damaligen Konferenz für öffentliche Fürsorge (SKöF).

Zudem verfolgten Schweizer Führungskreise ab der Mitte der 1970er Jahre einen finanzpolitischen Neoliberalismus, der eine Verminderung der Steuereinnahmen und einen dadurch bedingten Stopp oder Rückgang der Staatsausgaben, nicht zuletzt im Bereich des Sozialen, erzwingen wollte. Es stellt sich die Frage, wie die damalige SKöF dieses Spannungsfeld wahrgenommen, und wie sie darauf reagiert hatte. Dies wiederum lässt Rückschlüsse auf Identität, Ausrichtung und Strategien des Verbands zu.

Im dritten Teil wird eine Diskursanalyse der *Zeitschrift für öffentliche Fürsorge* (ZöF) im Zeitraum von 1970 bis 2000 durchgeführt, um auf die oben erörterten Fragen Antworten zu finden. Es wird sich herausstellen, dass die SKöF über den gesamten Zeitraum versuchte, ihr funktionelles Konzept der Sozialen Arbeit aufrecht zu erhalten. Sie verfolgte eine Strategie, die insbesondere die Betreuungs- und Beratungsfunktion des Berufs betonte. Das neue, gesellschaftskritische Paradigma ab den 1970er Jahren ver-

suchte sie auf eine gemässigte Art und Weise in ihr Berufskonzept einzubinden. Die SKöF/SKOS kann daher im Zeitraum von 1970 bis 2000 als

eine konservative Institution charakterisiert werden.



Marc Ribeli

Zwischen Orientierung und Werbung: Die auswärtige Kulturpolitik der Schweiz in Schweden (1946-1973)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Brigitte Studer

Die auswärtige Kulturpolitik der Schweiz wurde bislang auf multilateraler Ebene oder in den Anrainerstaaten untersucht. In den Aussenbeziehungen der Schweiz spielten im Zeitalter des Kalten Kriegs aber auch kleinere Staaten eine wichtige Rolle. Schweden war aufgrund seiner Neutralitätspolitik eines der bedeutendsten, was sich an engen Beziehungen in verschiedenen Bereichen zeigt. Die Masterarbeit geht von der These aus, dass Schweden im kulturellen Bereich für die Schweiz ein wichtiges Referenzland war, sowohl bei der inhaltlichen Orientierung über die schwedische Kulturpolitik als auch bei der geografischen Schwerpunktsetzung kultureller Manifestationen. Die Arbeit interessiert sich folglich für Gründe, weshalb Schweden für die Kulturwerbung der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg ein Schwerpunktland darstellte, mit welchen künstlerischen und informationspolitischen Inhalten eine Vertiefung der kulturellen Beziehungen angestrebt wurde und inwiefern Institutionen der auswärtigen Kulturpolitik Schwedens für die Entwicklung und Reform der auswärtigen Kulturpolitik der Schweiz von Bedeutung war. Die Arbeit basiert auf unveröffentlichten Quellen des Eidgenössischen Politischen Departements (EPD), des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) und der Stiftung Pro Helvetia, aus dem Bundesarchiv sowie aus unveröffentlichten Quellen aus dem *Riksarkivet* in Stockholm. Untersucht wird der Inhalt der schweizerischen Kulturwerbung in Schweden durch den Ansatz der Sozialgeschichte der kulturellen Repräsentationen, auf die sich die Forschung zur auswärtigen Kulturpolitik der Schweiz bislang berufen hat. Als Ergänzungen dienen Methoden der Kulturdiplomatie, da der Schwerpunkt der Arbeit auf der amtlichen auswärtigen Kulturpolitik der Schweiz liegt.

Die auswärtige Kulturpolitik der Schweiz trat erst ab 1945 verstärkt in Erscheinung. Beim

Auf- und Ausbau der 1939 gegründeten Stiftung Pro Helvetia erkundigten sich Schweizer Behörden ab 1945 nach Kulturinstitutionen anderer Länder, wobei das Schwedische Institut (*Svenska Institutet*) und der *British Council* als passendste Vorbilder betrachtet wurden. Die Schweiz begann in den Nachkriegsjahren vermehrt Kultur und Information über die Schweiz in anderen, primär europäischen Ländern, zu verbreiten, wobei sich Schweden als eines der bedeutendsten Länder zeigte. Die Untersuchung der kulturellen Anlässe der Schweiz in Schweden zeigt, dass es inhaltlich primär darum ging, den „Sonderfall Schweiz“ aufzuzeigen und sich von den Kulturen der Nachbarländer abzugrenzen. Im Zusammenhang mit der Geistigen Landesverteidigung blieb diese Struktur bis in die 1960er Jahre hinein bestehen. Mitte der 1960er Jahre mehrten sich Stimmen, die den Auftritt der Schweiz in Schweden kritisierten und für Reformen in der auswärtigen Kulturpolitik eintraten. Diese Kritik führte dazu, dass das „Image der Schweiz“ nun auf die politische Agenda kam. Die Forderungen verlangten eine Modernisierung der auswärtigen Kulturpolitik der Schweiz und eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Institutionen und Abteilungen. Das Eidgenössische Politische Departement sandte 1965 Sektionschef Maurice Jaccard nach Stockholm, um sich mit Exponenten des *Collegium for Sweden Information Abroad* zu treffen.

Die Untersuchung der Beziehungen zwischen Exponenten des EPD, der Pro Helvetia und dem *Collegium for Sweden Information Abroad* zeigt die Bedeutung dieser Institution für die auswärtige Kulturpolitik der Schweiz. Organisationsstruktur und Arbeitsweise des schwedischen Kollegiums wurden vom EPD minutiös studiert und dienten in dieser Zeit als Modell. Die Schweiz reagierte mit der Errichtung der

Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland, die zahlreiche Bezüge zum schwedischen Kollegium aufweist. Die Arbeit der Kommission zeigt auf, dass die in Schweden als wirksam betrachteten Methoden der Kulturwerbung von den Schweizer Behörden viel zu wenig beachtet worden waren. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, dass der Austausch in der auswärtigen Kulturpolitik ab den späten 1960er-Jahren an Bedeutung gewann und die einseitige Landeswerbung unter den Vorzeichen der Geistigen Landesverteidigung zunehmend

verdrängt wurde. Dass die positiven Rückmeldungen der schweizerischen Kulturwerbung Ende der 1950er-Jahre infolge der veränderten Nachfrage in Schweden abgenommen hatten, wurde aufgrund des eindimensionalen Charakters der auswärtigen Kulturpolitik in diesem Zeitraum noch nicht erkannt. Als lernfähig und reformwillig zeigten sich die Schweizer Behörden erst in den späten 1960er-Jahren, zu einem Zeitpunkt also, in dem die Nachfrage nach schweizerischer Kultur in Schweden bereits nachgelassen hatte.



Jean-Luc Rickenbacher

Für den Frieden in einer Zeit des Krieges: Schweizerische Friedensgesellschaft und organisierter Pazifismus während des Ersten Weltkrieges

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Nachdem der Erste Weltkrieg lange im Schatten der Forschung über die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges stand, erschienen im Rahmen des 100-jährigen Jubiläums zahlreiche Beiträge zu diesem Thema. Einzelne Bereiche wie etwa die Friedensbewegung in der Schweiz bleiben aber weiterhin schlecht erforscht. Die vorliegende Masterarbeit widmet sich daher dieser Forschungslücke und setzt ihren Fokus auf die *Schweizerische Friedensgesellschaft*, die vor dem Ersten Weltkrieg in der Schweiz unter dem Namen *Schweizerischer Friedensverein* der grösste pazifistische Verein war. Die Arbeit bezieht aber auch weitere pazifistische Gruppierungen und Akteure in die Untersuchung ein. Sie stützt sich weitgehend auf Quellen, die in zwölf Archiven in der ganzen Schweiz ausfindig gemacht wurden. Daneben werden Zeitungen, Zeitschriften, zeitgenössische Publikationen und Tagebücher in die Analyse miteinbezogen. Thematisch bezieht sich die Arbeit auf zwei übergeordnete Aspekte: Erstens wird untersucht, wie sich der Friedensdiskurs der Schweizerischen Friedensgesellschaft während des Ersten Weltkrieges veränderte und wie deren Akteure auf die jeweiligen Herausforderungen der Zeit reagierten. Zweitens wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Diskurse vom Graben zwischen den Sektionen aus der welschen und der deutschsprachigen Schweiz betroffen waren, die mehrheitlich mit der Entente bzw.

den Mittelmächten sympathisierten.

Der Kriegsausbruch kam für den grössten Teil der Friedensbewegung ohne Zweifel überraschend und regte sie zur Auseinandersetzung mit ihren pazifistischen Überzeugungen an. Weil die Regierungen in den kriegführenden Staaten lautstark die Version eines Verteidigungskrieges verbreiteten, liessen sich viele Pazifisten von der Legitimität des Krieges überzeugen. Gerade der Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität durch deutsche Truppen führte innerhalb der Schweizerischen Friedensgesellschaft zu schweren Verwerfungen, die von den führenden Akteuren nur sehr notdürftig überbrückt werden konnten. Die von den deutschsprachigen Sektionen an den Bundesrat gerichteten Appelle zugunsten einer Friedensvermittlung wurden von den welschen Sektionen mehrheitlich kritisch betrachtet, weil sie die Vernichtung des preussischen Militarismus als Vorbedingung für die Etablierung des Weltfriedens ansahen. Meinungsverschiedenheiten bei der Bewertung der seit Kriegsausbruch begangenen Völkerrechtsverletzungen führten schliesslich dazu, dass auf internationaler Ebene während einer anfangs 1915 im Internationalen Friedensbüro in Bern einberufenen Sitzung keine Einigung zwischen den Pazifisten erreicht werden konnte. Insofern zeigt sich eine Parallele zur *Sozialistischen Internationale*, die bei Kriegsausbruch ebenfalls auseinandergebrochen war. Im Herbst 1915 ge-

lang es Robert Grimm jedoch, einige Sozialisten aus den kriegführenden Staaten in der *Zimmerwalder Bewegung* zu reorganisieren und zum Kampf für den Frieden aufzurufen. Die Arbeit analysiert daher auch die unterschiedlichen Herangehensweisen der bürgerlich geprägten Schweizerischen Friedensgesellschaft und der sozialistisch dominierten *Zimmerwalder Bewegung* zum Friedensthema.

Im Verlauf des Jahres 1916 versuchten die *Fordmission* und die *Stockholmer Konferenz der Neutralen* Friedensverhandlungen in Gang zu bringen. Diese Versuche stiessen bei den welschen Sektionen auf ernsthafte Vorbehalte. Solche Vorstösse würden aufgrund des Verlaufs der Fronten vor allem den Mittelmächten zum Vorteil gereichen und seien dementsprechend auf die deutschfreundliche Ausrichtung der daran beteiligten Akteure zurückzuführen. Die Arbeit zeigt in diesem Kontext die Notwendigkeit einer stärkeren Differenzierung auf, weil sich auch Anhänger der Entente für Vermittlungsbemühungen stark machten.

Nachdem zum Jahreswechsel 1916/1917

verschiedene Friedensappelle kurzzeitig die Hoffnung auf Frieden aufkeimen liessen, setzte die Ausrufung eines uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch die deutsche Reichsregierung im Februar 1917 solchen Hoffnungen ein jähes Ende. Zudem bestärkte sie diejenigen Kräfte, die ohnehin immer schon auf einen Sieg von Recht und Demokratie gegen Autoritarismus und Militarismus gesetzt hatten. Zur Überbrückung der Differenzen in der Schweizerischen Friedensgesellschaft trug der gemeinsame Einsatz zugunsten der Idee eines Völkerbundes und einer aktiven Beteiligung der Schweiz bei. Hatte sie vor dem Ersten Weltkrieg in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen der wichtigsten Garantien für eine völkerverbindende Friedensordnung gesehen, sollte diese in Zukunft durch ein Netz vertraglicher und institutioneller Garantien in einer internationalen Völkergemeinschaft erreicht werden.

Die Masterarbeit wird im Rahmen der *Berner Forschungen zur Neuesten Allgemeinen und Schweizer Geschichte* publiziert.



Benjamin Rysler

Geschichtsforschung im Übergang vom Ancien Régime zum Bundesstaat

Ein Vergleich der beiden ersten schweizerischen geschichtsforschenden Gesellschaften und die geschichtswissenschaftlichen Praktiken ihrer Mitglieder (1811-1848)

Masterarbeit bei Prof. Dr. André Holenstein

In der Schweiz wurden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwei historische Vereine gegründet, die ihrem Namen nach schweizweit tätig sein wollten: Die „Schweizerische geschichtsforschende Gesellschaft“ (sgg) und die „Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz“ (AGGS). Sowohl Zeitgenossen als auch Historikerinnen und Historiker beurteilten den Umstand sehr verschieden, dass der Gründer der AGGS, Johann Caspar Zellweger (1768–1855), im Herbst 1840 als aktueller Präsident der sgg zur Besprechung einer Stiftung eines neuen Vereins nach Baden im Kanton Aargau einlud. Die sgg löste sich nach diesem Treffen langsam auf. Der heutige Dachverband für Historikerinnen und Historiker der Schweiz, die „Schweizerische Gesellschaft für Geschichte“ (SGG), hingegen führt seine mehr als hundertfünfzigjährige

Vereinsgeschichte auf die Gründung der AGGS zurück.

Die Masterarbeit untersucht sowohl die Hintergründe der beiden Vereinsgründungen als auch generelle Entwicklungen der Geschichtsforschung in der Schweiz zu Beginn der Professionalisierung des Faches. Sie vergleicht die Vereine hinsichtlich ihrer Organisation, ihrer Aktivitäten und Mitgliederstruktur auf der Grundlage der Protokolle, von Präsidialreden, Mitgliederlisten, Aufsätzen und Korrespondenzen sowie der Zeitschriften der beiden Gesellschaften. Weiter soll aufgezeigt werden, wie sich das Tätigkeitsprofil des Geschichtsforschers im frühen 19. Jahrhundert entwickelte. Die Quellen liegen für die sgg in der Burgerbibliothek Bern und für die AGGS im Bundesarchiv. Zusätzlich wurde die reichhaltige Korrespondenz Johann

Caspar Zellwegers in der Kantonsbibliothek Appenzell-Ausserrhoden (Trogen) eingesehen.

In einem ersten Schritt beschreibt die Masterarbeit die Sozietätsbewegung des 18. Jahrhunderts und die Vereinsgründungen des 19. Jahrhunderts, um aufzuzeigen, dass es sich bei den untersuchten Vereinen um die ersten spezifisch historischen Vereine handelte, die sich explizit mit „vaterländischer“ Geschichte befassen und so die ganze Schweiz einschliessen wollten. Sodann werden drei Typen von Geschichtsforschern exemplarisch beschrieben: Der „Autodidakt“, der „Lehrling“ und der „Historiker“. Die Typologie will die Entwicklung von einer eigenständigen Beschäftigung mit Geschichte als Liebhaberei hin zum studierten Geschichtsforscher erfassen. Die drei Typen werden anhand von Selbstzeugnissen und Biographien exemplarisch vorgestellt. Auf der Grundlage der Korrespondenz von Johann Caspar Zellweger untersucht ein weiteres Kapitel die Themen und Nachrichten, die zwischen dem Appenzeller und wichtigen, führenden Vereinsmitgliedern sowohl der sgg als auch der AGGS diskutiert bzw. ausgetauscht wurden. Zuletzt werden die beiden Vereine bezüglich der Ideologien, der Versammlungen, der Publikationen und der Mitgliederstruktur miteinander verglichen.

Die Auffassungen von der Tätigkeit der Geschichtsforschung divergierten immer mehr zwi-

schen einer älteren, genealogisch ausgerichteten Konzeption und der jüngeren, urkundenbasierten Konzeption, obwohl es prinzipiell das Ziel aller Geschichtsforscher war, die *eine* Wahrheit der Vergangenheit aufzudecken. Die Masterarbeit zeigt auf, dass die aktiven Mitglieder der sgg noch in den 1840er Jahren Geschichtsforschung als genealogische Forschung betrieben, während der Kreis um Zellweger eine zeitgemässe Geschichtsforschung nach dem Vorbild der *Monumenta Germaniae Historica* umsetzen wollte. Während die Versammlungen der sgg in den Privathäusern von Berner Patriziern stattfanden, die das Vereinsleben dominierten, richtete sich die Gründung der AGGS gegen die ständischen Vorstellungen des Berner Patriziats. Die neue AGGS rekrutierte über vierzig Prozent ihrer ersten Mitglieder aus den 1803 und 1815 neu geschaffenen Kantonen. Die AGGS betrieb insofern glaubwürdiger als die sgg vaterländische Geschichte, weil sie Geschichtsforscher aus der ganzen Schweiz zusammenführte. Gleichwohl stammte auch in der AGGS die Mehrheit der Mitglieder weiterhin aus den protestantischen Bevölkerungsschichten, wie dies bei vielen anderen Vereinen der Zeit üblich war. Die Geschichtsschreibung blieb mit der Gründung der AGGS eine elitäre Angelegenheit, wobei die AGGS klar von der SGG zu trennen ist: konzeptionell, ideologisch und gesellschaftlich.



Janine Scheurer

„Pastoris virtus maxima nosse suos“

Alphabetisierung und Schulwesen in der ländlichen Gemeinde Gachnang (TG)
im 17. und 18. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Heinrich Richard Schmidt

In der Frühen Neuzeit gehörte die gemischt-konfessionelle Kirchengemeinde Gachnang zur Gemeinen Herrschaft Thurgau. Mittels verschiedener Quellen wurde die Bildungssituation im 17. und 18. Jahrhundert untersucht. Anhand Seelenregister aus den Jahren 1689, 1700, 1710 und 1725 wurde der Alphabetisierungsstand der Gemeinde rekonstruiert. Seelenregister aus den Jahren 1640, 1643, 1646, 1652, 1659, 1671 und 1678 listen auf, welche Haushalte eine Bibel hat-

ten, während dasjenige von 1725 aufzeigt, welche Familien religiöse Bücher besaßen. 49 Schulkataloge, welche als Protokolle der alljährlichen Schulexamina zwischen 1739 und 1798 entstanden, verdeutlichen den Lernstand der Schulkinder. Die quellenkritischen Untersuchungen belegen die Glaubwürdigkeit der verwendeten Quellen. Seelenregister waren Bevölkerungsverzeichnisse, in denen die Pfarrer seit 1634 im Auftrag der Obrigkeit alle aktuell zur

Pfarrgemeinde gehörenden Gemeindemitglieder aufführten. Um diese Listen zu erstellen, besuchten die Gachnanger Pfarrer alle Haushalte der Gemeinde und befragten die Bewohner zu ihrem religiösen Wissen und liessen sich vorlesen. Alphabetisierung, Schul- und Bildungswesen waren in der Frühen Neuzeit von lokalen Strukturmerkmalen abhängig, welche kleinräumig sehr unterschiedlich waren, weshalb eine mikrohistorische Vorgehensweise gewählt wurde.

Die evangelische Bevölkerung von Gachnang konnte 1689 zu 63% lesen. Die Alphabetisierungswerte stiegen in den Folgejahren kontinuierlich an auf 84% im Jahr 1725. Die Lesefähigkeit der 16- bis 25-jährigen Personen (potentielle Schulabgänger) nahm von 1689 bis 1725 von 66% auf 92% zu. Männer konnten häufiger lesen als Frauen. In allen Erhebungsjahren nahm die Lesefähigkeit im Laufe des Alters ab, was einerseits auf einer schlechteren Schulbildung älterer Generationen, andererseits auf altersbedingten Beschwerden wie eine verminderte Sehkraft basiert.

Der hohe Alphabetisierungsstand hing von verschiedenen Einflussfaktoren ab. Individuelle Faktoren wie der Beruf wirkten sich insbesondere darauf aus, ob eine Person die Lesefähigkeit wieder verlernte. Familiäre Faktoren waren aufgrund der nicht zu unterschätzenden Hausbeschulung einflussreich. Im 17. Jahrhundert besuchten weniger Kinder die Schule als lesen konnten. Wenn die Eltern lesen konnten oder zusätzliche erwachsene Personen im Haushalt lebten, konnten die Kinder häufiger lesen. Kinder aus bibelbesitzenden Haushaltungen wurden häufiger zur Schule geschickt als Kinder aus bibellosen Haushaltungen. Personen mit Büchern konnten 1725 häufiger lesen als Personen ohne Bücher; aber nicht jeder, der ein Buch besass, konnte auch lesen. Etwa die Hälfte aller Haushalte besaßen Bücher. Alle Haushaltungen ohne lesefähige Person besaßen keine Bücher. Dies deutet darauf hin, dass Bücher auch tatsächlich verwendet wurden, wenn man sie besass. Wenn ein Haushalt Bücher besass, konnte mit grosser Wahrscheinlichkeit mindestens ein Familienmitglied lesen.

Ein entscheidender Faktor, welcher für die hohen Alphabetisierungsraten verantwortlich war, war das gut ausgebaute Schulwesen in Gachnang. Im Dorfzentrum wurde seit 1586 eine Winterschule gehalten und sowohl von evangelischen als auch von katholischen Kindern besucht. Bis ins Jahr 1689 kamen zwei weitere Dorfschulen in Gundetswil und Gerlikon hinzu. Die Schulmeister erhielten einen Lohn aus dem Kirchengut und das Schulgeld der Kinder. Aus dem Kirchengut wurden das Schulgeld der armen Kinder, Schulbücher, Examensgeschenke und der Gebäudeunterhalt bezahlt. 1731 wurde eine vierte Schule in Strass aus dem privaten Nachlass von Johannes Huber gestiftet.

In der Schule lernten die Kinder neben den religiösen Grundfertigkeiten auch die Kulturtechniken lesen und schreiben. Der grosse Erfolg und die gute Qualität des Schulwesens beruhten auf den vergleichsweise guten ökonomischen Bedingungen der Kirchengemeinde und auf dem grossen Engagement der ortsansässigen Pfarrer. Im 17. Jahrhundert besuchten etwa 20% aller Kinder im schulüblichen Alter den Unterricht, zu Beginn des 18. Jahrhunderts etwa die Hälfte bis drei Viertel. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts besuchten schliesslich fast alle Gemeindekinder die Schule.

Die Lesefähigkeit und der Bücherbesitz wirkten sich auf das praktische, soziokulturelle Leben der Gemeindemitglieder aus. Für die allgemein praktizierte Hausandacht war es unabdingbar, dass eine teilnehmende Person lesen konnte, und dass ein religiöses Buch vorhanden war, aus dem vorgelesen werden konnte.

Aufgrund der vorteilhaften Mischung der vorhandenen Gunstfaktoren und abwesenden Ungunstfaktoren entwickelte sich in Gachnang unter der engagierten Aufsicht der Pfarrer bereits im 17. Jahrhundert ein allgemein akzeptiertes, qualitativ gutes Schulwesen heraus. Das Beispiel Gachnang zeigt, dass das ländliche Schulwesen in der Frühen Neuzeit stark von lokalen Akteuren abhängig war und deutlich bessere Leistungen erbringen konnte, als die Forschung gemeinhin angenommen hat.



Der Alltag am Bodensee 1939-1943

Eine quellenkritische Untersuchung der Briefe des Posthalters von Steckborn an seine Tochter in den USA mit einer Briefedition

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Mit dem Polenfeldzug Deutschlands am 1. September 1939 brach der Zweite Weltkrieg aus – angesichts der angespannten Situation in Europa wenig überraschend. In der Folge musste sich Ernst Etter, der als Posthalter in Steckborn arbeitete, überstürzt von seiner Tochter Martha und ihrem Ehemann Hans verabschieden, die aufgrund dieses Ereignisses Anfang September 1939 ihre Abreise in Richtung USA verfrüht antreten mussten. Ernst Etter blieb in Steckborn zurück und konnte fortan nur in Form von Briefen mit seiner Tochter kommunizieren. Bis zu seinem Tod 1943 nutzte er die Gelegenheit, seine Tochter regelmässig über die Neuigkeiten in Steckborn und Umgebung zu informieren und ihr von alltäglichen Ereignissen zu berichten. Der Nachlass von Ernst Etter, der diese handschriftlichen Briefe enthält, dient als Grundlage der Masterarbeit. Das Quellenkorpus wurde in einem eigenen Kapitel vollständig transkribiert.

Wie der Zweite Weltkrieg das Alltagsleben im Haushalt Etter in Steckborn zwischen 1939 und 1943 beeinflusste und welche Bereiche des alltäglichen Lebens dadurch verändert wurden, steht im Fokus dieser Arbeit. Der erste Teil der Arbeit widmet sich einer quellenkritischen Untersuchung des Briefs als historische Quelle. In einem zweiten Teil wird einerseits ein breiterer historischer Kontext erläutert und andererseits die Veränderungen in den Bereichen der alltäglichen Arbeit bei der Post und im Haushalt analysiert. Im Zentrum der Kontextualisierung stehen die Postverbindung zwischen der Schweiz und den USA und die Bedrohungslage an der Bodenseegrenze zwischen 1939 und 1943. Im Bereich der alltäglichen Arbeit wird der Einfluss des Kriegsausbruchs auf die Arbeit bei der Post näher untersucht. Die Veränderung der Hausarbeit wird unter dem Gesichtspunkt der kriegswirtschaftlichen Massnahmen des Bundes wie etwa der Rationierung oder dem Anbauwerk betrachtet. Die Rolle einer gemeinsamen Ideologie, der „Geistigen Landesverteidigung“, um die Bevöl-

kerung zu Mehrarbeit wie dem Anpflanzen von Gemüse im Rahmen des nationalen Anbauwerks zu motivieren, dient als Hintergrund dieser Analyse. Für die Interpretation des Quellenmaterials wurde ein klassisch hermeneutisches Interpretationsverfahren gewählt.

Die Rahmenbedingungen für die Briefeschreibenden erschwerten sich während des Kriegs massgeblich, indem die Briefe insbesondere einer äusseren Zensur unterlagen. Deswegen ist davon auszugehen, dass Beschönigungen und das Weglassen von Themen die Inhalte der Briefe beeinflussten. Es darf auch nicht vergessen werden, dass Ernst Etter in seiner Rolle als Vater, den Konventionen der damaligen Zeit entsprechend, Rücksicht auf seine Tochter nahm und sie nicht unnötig beunruhigen wollte. Somit standen die Briefe generell unter einer selbstauferlegten Zensur, weshalb ihre Inhalte nie als genaues Abbild einer vergangenen Realität gewertet werden können.

Die erschwerten Postverbindungen zwischen der Schweiz und den USA wirkten sich auf Ernsts Alltag aus, da die Korrespondenz zwischen ihm und Martha in einer krisenhaften Zeit ein wichtiger Bestandteil seines Alltags war. Schien die Bedrohungssituation durch die kriegsführenden Staaten zwar ab und an das tägliche Leben beeinflusst zu haben, so waren es doch die kriegswirtschaftlichen Eingriffe, die das alltägliche Leben in stärkerem Ausmass veränderten. So führte das nationale Anbauwerk dazu, dass Ernst seine Arbeitszeit bei der Post zugunsten der Gartenarbeit etwas reduzierte. Der Umgang mit den rationierten Lebensmitteln beanspruchte mehr Zeit und Ideenreichtum. Daher verwundert es nicht, dass das Thema „Essen“ in den Briefen im Verlauf der Kriegsjahre einen immer höheren Stellenwert erhielt. Erstaunlicherweise deuten die Briefe dennoch stark auf eine Aufrechterhaltung der Normalität im alltäglichen Leben hin.



Die Spanische Grippe in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt

Zum Umgang der Sanitätsbehörden mit der Grippe-Pandemie von 1918/19

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Die Spanische Grippe forderte 1918/19 weltweit mehr als 50 Millionen Menschenleben, eine Katastrophe, von der auch die Schweiz nicht verschont blieb. Rund 25'000 Todesopfer waren während den beiden Grippewellen zwischen Sommer 1918 und Frühjahr 1919 zu beklagen. Trotz ihrer Heftigkeit blieb die Pandemie von 1918/19 bis in die 1990er Jahre ein historiographisch nur marginal behandeltes Thema. Die in der Zwischenzeit begonnene Aufarbeitung vermag das Etikett der „vergessenen Seuche“ zwar zu relativieren, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Bezug auf die Spanische Grippe gerade auch in der Schweiz weiterhin Forschungsbedarf besteht.

Einen Teil dieser Forschungslücke versucht die vorliegende Arbeit zu schliessen. Anhand der Fallbeispiele Basel-Landschaft und Basel-Stadt beschäftigt sie sich mit der Frage nach den Massnahmen der kantonalen Sanitätsbehörden während der Pandemie von 1918/19 sowie nach allfälligen Unterschieden zwischen den beiden Kantonen. Die Ausführungen beruhen in erster Linie auf bisher nicht oder nur ansatzweise ausgewertetem Archivmaterial aus dem Bestand der Staatsarchive in Liestal und Basel.

Die dabei eingangs vorgenommene historische Kontextualisierung und Einordnung der Spanischen Grippe macht deutlich, dass die Seuche in einer global ohnehin schon krisenhaften Zeit zu verorten ist. Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs sollten, wie sich im Verlauf der Arbeit zeigt, die Handlungsmöglichkeiten der Behörden in dieser gesundheitlichen Krise mitbestimmen. Mit dem anschliessenden Blick auf die statistische Erfassung der Seuche wird gezeigt, dass ein präventives Meldesystem für die Grippe im Sommer erst noch eingerichtet werden musste. Mittels der ärztlichen Anzeigepflicht sollten Erkrankungsfälle seitens der Ärzte in wöchentlichen Berichten an die Behörden gemeldet werden. Diese Wochenrapporte bildeten in beiden Kantonen die Entscheidungsgrundlagen für die Massnahmen während des Seuchenausbruchs. Der Autor zeigt allerdings auch, dass diese Berichte durch fehlende oder ungenaue Erfassung retrospektiv gesehen wenig sta-

tistischen Wert aufweisen und primär unter dem Blickwinkel des Nutzens zur Interpretation der Ausbreitung der Seuche betrachtet werden sollten. Einigermassen gesicherte quantitative Angaben lassen sich in den beiden Basel nur zu den Sterbeziffern machen.

Die im Hauptteil nach Kantonen getrennten Ausführungen der behördlichen Massnahmen gegen die Spanische Grippe lassen einerseits einen Kampf gegen die Krankheit an sich und andererseits jenen gegen deren weitere Ausbreitung erkennen. Für Letzteren eröffnet sich aus strukturellen Gründen ein Unterschied bei der Kompetenzverteilung bei der Seuchenbekämpfung. Diese lag im Baselbiet bei Kanton und Gemeinden, während sie in Basel-Stadt naturgemäss einzig bei den Kantonsbehörden zu verorten war. Für Basel-Landschaft lässt sich jedoch im Verlauf des Seuchengeschehens eine Tendenz erkennen, die Seuchenbekämpfung mit Blick auf eine Vereinheitlichung der Massnahmen und eine bessere Wirksamkeit mehr und mehr dem Kanton zu übertragen.

Unterschiedlich gehandhabt wurde auch die Umsetzung der Massnahmen. Im Baselbiet wurden diese primär durch gesetzlich verpflichtende Beschlüsse durchgesetzt, während in Basel-Stadt vorwiegend an den gesunden Menschenverstand appelliert und auf behördliche Regelungen weitgehend verzichtet wurde. Das augenscheinlichste Beispiel dafür ist etwa das Versammlungsverbot (Verbot von Anlässen, Messen etc.), welches in Basel-Stadt keine Anwendung fand, hingegen im Baselbiet teilweise tief in das alltägliche Leben eingriff. Allerdings folgten die Massnahmen in beiden Kantonen einem ähnlichen Grundkanon: Vermeidung von Menschenansammlungen, Isolation von Kranken und ihren Angehörigen sowie Einhaltung der persönlichen Hygiene. Die Aufklärung darüber erfolgte mittels Plakaten und Inseraten in der Tagespresse.

Hauptsächlich die gleichen Erfahrungen machten die Sanitätsbehörden hinsichtlich des Kampfes gegen die Grippe an sich. Der Ärztemangel sowie die Engpässe an Spitalbetten und Pflegepersonal gehörten in beiden Fällen zum Alltag. Verschärft wurde diese Situation in den

beiden Basel durch den gleichzeitigen Befall der Zivilbevölkerung und der dort stationierten Truppen. Diese Situation überforderte das Gesundheitswesen und machte zudem deutlich, dass die Grippebekämpfung nicht allein in den Händen von Kantons- und/oder Gemeindebehörden lag, sondern oft genug auch von anderen Akteuren (z.B. Militär, Ärzte und Pflegepersonal, Bevölkerung) ausserhalb des zivilen Verwaltungsapparats abhing.

Letztlich ergibt sich durch die Erarbeitung der behördlichen Massnahmen ein Bild, das zwar vor allem hinsichtlich der gesetzlichen

Verankerung der Regelungen und der Kompetenzverteilung Unterschiede aufweist, ansonsten aber mehrheitlich einem ähnlichen Muster folgten und mit denselben Problemfeldern konfrontiert wurde. Ob dies auch für andere Kantone zutrifft, gilt es in Zukunft noch auszuwerten und in einen gesamtschweizerischen Kontext zu setzen.

Die Arbeit wird voraussichtlich in der Reihe *Quellen und Forschungen zur Geschichte und Landeskunde des Kantons Basel-Landschaft* publiziert. Ein Artikel mit dem Fokus auf das Baselbiet erscheint im Herbst 2015 in den *Baselbieter Heimatblättern*.



Ayse Turcan

Proletarische Welt

Leben und Lebenswelt des kommunistischen Buchdruckers Fritz Jordi

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Während des Ersten Weltkriegs wurde in Bern und Belp ein kleiner sozialistischer Verlag gegründet, der sich zum Ziel setzte, proletarische SchriftstellerInnen zu fördern. Nachdem in den ersten Jahren nur wenige Publikationen im besagten Verlag erschienen, kam 1918 eine Kooperation mit der Sowjetmission in Bern, beziehungsweise mit deren Nachrichtenbüro, zustande. Erst diese Zusammenarbeit machte den Namen des Verlages, *Promachos*, bekannt.

Fritz Jordi, dessen Leben und Lebenswelt Gegenstand der Masterarbeit ist, war einer der Gründer des Verlags. Jordi kam auf seiner Wanderschaft, auf die er sich im Anschluss an die Lehre als Schriftsetzer in der väterlichen Druckerei begab, in Kontakt mit der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung. Er begann, sich intensiv mit sozialistischen Theorien und Ideen auseinanderzusetzen und begeisterte, wieder zu Hause, auch seine vier Brüder für den Sozialismus. Nachdem er in der Berner ArbeiterInnenbewegung nicht recht Anschluss finden konnte, machte er sich gemeinsam mit seinem Bruder Hans selbstständig und gründete den Promachos-Verlag. 1917 zog Jordi nach Biel, wo er die Genossenschaftsdruckerei eröffnete und Arbeiterzeitungen veröffentlichte. In der Bieler ArbeiterInnenbewegung, deren Strukturen und Hierarchien noch nicht so gefestigt waren wie jene in

Bern, konnte sich Jordi schnell integrieren. Seine auf sozialistische Literatur und Medien ausgerichtete Druckerei füllte in der Stadt eine Marktlücke und etablierte sich rasch. Schon nach wenigen Monaten der Aktivität in der lokalen Sozialdemokratischen Partei (SP) wurde Fritz Jordi Mitglied des Parteivorstandes. Nach etwas mehr als einem Jahr des Engagements in der SP Biel beteiligte sich Jordi 1919 an der Gründung der Kommunistischen Gruppe Biel. Fortan engagierte sich Jordi in der jungen Kommunistischen Partei der Schweiz und konnte dadurch unter anderem am 3. Komintern-Kongress von 1921 in Moskau teilnehmen. Auf seiner Rückreise über Deutschland besuchte er in Worpsswede die Siedlung vom deutschen Sozialisten und Künstler Heinrich Vogeler. Das Konzept der Siedlung „Arbeitschule Barkenhoff“ gefiel ihm so gut, dass er beschloss, selber eine Siedlung von Gleichgesinnten zu gründen, um zusammen zu arbeiten und zu leben. Nach einigen Fehl- und Schicksalsschlägen gelang es Jordi 1928, sich dauerhaft in der von ihm erworbenen Siedlung Fontana Martina in Ronco sopra Ascona niederzulassen. Es kamen sozialistisch gesinnte KünstlerInnen, hauptsächlich aus Deutschland, für einige Wochen oder Monate nach Fontana Martina, um sich am Leben und Schaffen dort zu beteiligen. Nachdem Jordi eine Druckmaschine

angeschafft hatte, erschien 1931/32 auch eine Zeitschrift, die den gleichen Namen wie die Siedlung, *Fontana Martina*, trug und die zum Ziel hatte, das Leben in der Siedlung auf einer theoretischen und literarischen Ebene zu verarbeiten.

Aus mehreren Gründen, unter anderem wegen der sich verschärfenden politischen Situation für deutsche Sozialisten, kamen immer weniger Personen für längere Zeit nach Fontana Martina, und ab der Mitte der 1930er Jahre kann das Siedlungsprojekt als gescheitert betrachtet werden. Fritz Jordi verbrachte die letzten Jahre seines Lebens mit Familienangehörigen und häufigen Besuchen von alten Bekannten und Freunden in Fontana Martina, bis er 1938 im Alter von 53 Jahren starb.

Die Arbeit widmet sich einerseits der biographischen Aufarbeitung von Fritz Jordis Leben, andererseits wird mit dem Lebenswelt-Ansatz versucht, aus seiner Perspektive einen Blick auf die Zeit und Gesellschaft, in welcher er gelebt hat, zu werfen.

Mit Hilfe eines umfassenden Quellenkorpus aus staatlichen wie auch privaten Archiven konnten die meisten wichtigen Stationen und Wendepunkte in Fritz Jordis Leben rekonstruiert werden. Seine Biographie zeigt auf, welche spe-

zifischen Möglichkeiten einem sozialistischen Drucker durch sein Milieu und sein Handwerk offen standen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war der Zugang zu Druckerzeugnissen wie Zeitungen, Broschüren und Flugblättern zentral im politischen Machtkampf. Fritz Jordi erhielt so schnell Zugang zu revolutionären Kreisen und konnte wichtige Vermittlerfunktionen für die ArbeiterInnenbewegung wahrnehmen.

Um Einblick in seine Lebenswelt zu erhalten, wurden insbesondere auch Selbstzeugnisse Fritz Jordis ausgewertet. Darunter befanden sich zwei Tagebücher und eine umfangreiche Korrespondenz. Es zeigte sich, dass Jordis Lebenswelt durch eine Vielzahl von Faktoren und Entwicklungen geprägt wurde. Der Marxismus, mit dem Jordi nach seiner Lehre in Kontakt kam, nahm dabei eine zentrale und bleibende Rolle ein. So versuchte Jordi fortan stets mehr oder weniger begeistert, sein Leben nach den Maximen der Lehre zu gestalten. Die von Jordi verfassten Texten spiegeln neben seiner Ideologie auch prägende historische Ereignisse wie der Erste Weltkrieg oder der Landesstreik, ebenso wie Ideen und Theorien, beispielsweise über das kommunale Siedeln, die anfangs des 20. Jahrhunderts aktuell waren.



Evelyne Vaudan

„Jetzt kommt die Familie zum Zuge!“

Familienbild und Geschlechterrollen im Wandel von Angebot und Werbung der SBB
im 20. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Die Masterarbeit untersucht die Entwicklung von Familienbild und Geschlechterrollen in der Schweiz im Spiegel von Angebot und Werbung der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) für Familien im 20. Jahrhundert. Da für die Schweiz erst ab den 1920er Jahren von einer eigentlichen Familienpolitik gesprochen werden kann, setzt die Analyse in diesem Jahrzehnt ein, denn etwa zur gleichen Zeit, 1926, wurde erstmals in einer Verwaltungsratssitzung der SBB über eine mögliche Einführung von Familienbillets diskutiert. Bis zur definitiven Einführung dauerte es aber noch fünf Jahre. Die Entwick-

lung der verschiedenen Angebote für Familien – insbesondere die Familienbillets, welche während beinahe dem gesamten 20. Jahrhundert stetig angepasst wurden – bildet in der Folge einen ersten Schwerpunkt in der Arbeit. Dabei wird herausgearbeitet, dass die Einführung erst in Folge eines gewissen Drucks aus Medien, Politik und Gesellschaft erfolgte.

In der Politik wurde der Familienschutzgedanke schliesslich mit der Annahme des Gegenentwurfs zur Familienschutzinitiative 1945 erstmals in die Verfassung aufgenommen. Bei den ersten Befragungen durch die Bundesbehörden

betreffend Familienschutzmassnahmen standen die SBB 1942 relativ fortschrittlich da. Zehn Jahre später hatten sie jedoch, da sie in der Zwischenzeit wenig in diese Richtung unternommen hatten, diese Stellung bereits wieder eingebüsst.

Mit dem gesellschaftlichen Umschwung ab den späten 1960er Jahren rückten die Familienthemen sowohl in der Politik als auch in den Angeboten der SBB wieder vermehrt in den Fokus. Die Gründe dafür, dass die SBB in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu Beginn der 1980er Jahre nicht besonders innovativ waren, liegen auf der Hand und haben mit allgemeinen politischen Tendenzen sowie mit der 1944 eingeführten Schuldenbremse zu tun. Der entsprechende Gesetzesartikel wurde erst zu Beginn der 1980er Jahre aufgehoben. Just ab diesem Zeitpunkt lancierten die SBB vermehrt innovative Ideen wie den Familienwagen, den Junior-Club oder versuchsweise den Disco-Bar-Wagen. In dieser Hinsicht waren die SBB wohl ihrer Zeit voraus, was Familienbild und Rollenverständnis betrifft.

Das Bild des Kindes begann sich ab Ende der 1970er Jahren zu wandeln und rückte immer mehr ins Zentrum – sowohl in der Gesellschaft als auch bei den SBB. Dies wird besonders offensichtlich, wenn die neuen Angebote der SBB wie Kinderspielfahrkarten und der Familienwagen betrachtet werden. Mitte der 1980er Jahre schliesslich sprachen die SBB die Kinder und Jugendlichen direkt an, indem sie für sie den Junior-Club schufen. Gleichzeitig erweiterten sie den Familienbegriff im Zusammenhang mit dem Familienbillett. Nun konnten ledige Singles, unverheiratete Paare und auch Mitbewohner einer Wohngemeinschaft zusammen günstiger reisen.

Ein weiteres Kapitel der Arbeit setzt sich mit der Werbung der SBB – spezifisch für Familien

– auseinander. Anhand von Plakaten und Prospekten wird dargestellt, wie sich das durch diese Werbung verbreitete Bild der Familie im Laufe der Zeit veränderte. Seit den 1930er Jahren warben die SBB nicht mehr nur für die Schweiz als Reiseland, sondern für die Bahn an und für sich. Auch verlagerte sich die bis jetzt vor allem aufs Ausland fokussierte Werbung immer mehr ins Inland. Mit der Verschiebung der Werbetätigkeit auf den Inlandsmarkt begann die Zeit der SBB-Künstlerplakate, welche bis etwa Mitte der 1950er Jahre anhielt. Danach prägte Werner Belmont die Werbung der SBB nachhaltig. Mit der Beauftragung von externen Werbeagenturen zu Beginn der 1980er Jahre und dem Beginn von Marktforschungsstudien setzten schliesslich professionelle, zielgerichtete Werbekampagnen ein.

Analog zur Abnahme der Familiengrösse in der Gesellschaft verminderte sich im Laufe der Zeit auch bei den Darstellungen auf den Werbeplakaten die Zahl der abgebildeten Familienmitglieder. Am häufigsten wurden Familien mit zwei Kindern abgebildet. Zudem veränderte sich auf den Abbildungen die Beziehung zwischen den Erwachsenen und den Kindern. Die SBB bewarben die Kinder und Jugendlichen seit den 1990er Jahren vermehrt direkt und rückten sie somit ins Zentrum der Werbung.

Im Gegensatz zu den Prospekten fanden auf den Plakaten die Verwandten keinen Platz, obwohl sie gemäss Bestimmungen ab 1968 an den vergünstigten Familienreisen teilnehmen konnten. Nur auf zwei Plakaten sind Grossväter mit ihren Enkelkindern zu sehen. Nach Grossmüttern in dieser Rolle muss vergebens gesucht werden. Ebenso fehlen Familien aus anderen Kulturkreisen, obwohl diese aus der Gesellschaft der Schweiz nicht mehr wegzudenken sind.



Silvana Maria Werren

Visitation und Reform

Eine Quellenanalyse zum Elementarschulwesen in der Herrschaft Badenweiler 1735-1782

Masterarbeit bei Prof. Dr. Heinrich Richard Schmidt

Markgraf Karl Friedrich regierte die Markgrafschaft Baden-Durlach, in der sich die Herrschaft Badenweiler befindet, während 65 Jahren in einer Zeit der innen- und aussenpolitischen

Ruhe. Diese Stabilität und die Tatsache, dass Baden-Durlach bei seinem Amtsantritt 1746 ein wohlgeordnetes, kaum verschuldetes kleines Land war, bildeten die Grundlage, dass Baden in

nahezu allen Bereichen des öffentlichen Lebens reformiert wurde. Für den Markgrafen Karl Friedrich gehörten das Bildungswesen und insbesondere auch das dörfliche Elementarschulwesen zu den wichtigsten Bestandteilen der Wohlfahrt seines Landes. Durch die aktive staatliche Förderung des Elementarschulwesens trafen dort im 18. Jahrhundert obrigkeitliche und lokale Interessen und Akteure aufeinander. Diese Ausgangslage verspricht einen spannenden Einblick in die Veränderungsprozesse des Dorfschulwesens in einer bisher kaum schulgeschichtlich erforschten süddeutschen Region zu gewähren; einen Einblick, der durch den Quellenfundus der fast jährlich durchgeführten Kirchen- und Schulvisitationen von 1735-1782 gewonnen werden kann. Anhand dieser Quellen wurden die Kontinuitäten und Veränderungen in der Schulwirklichkeit sowie der beständige Interaktions- und Kommunikationsprozess zwischen Obrigkeit und Untertanen umrissen.

Die Masterarbeit basiert auf der Leitfrage, warum, in welchen Bereichen, wie und durch wen sich das Elementarschulwesen in der Herrschaft Badenweiler von 1735-1782 verändert hat. Die daraus gewonnenen Ergebnisse sind quellenbasiert und liefern durch die qualitative Forschungsarbeit einen wertvollen Beitrag zur Schulgeschichte des Elementarschulwesens in Baden-Durlach und darüber hinaus.

Das Ziel dieser Arbeit ist es, sowohl die Veränderungen auf der normativen Ebene durch die Dekrete und Reskripte zu erfassen, als auch durch die Visitationen zu erfahren, welche Probleme, Lösungsansätze und Entwicklungen vor den Reformen beobachtet wurden, und wie sich der Schulalltag ab den 1750er-Jahren veränderte, als die Obrigkeit durch vermehrte normative Vorgaben ins Schulwesen einzugreifen begann. Als Quellenbasis wurden 356 Schulvisitationen von 1735-1782 aus insgesamt 31 Jahren der 13 Vogteien der Herrschaft Badenweiler ausgewertet. Diese Quellen sowie die restlichen ungedruckten Quellen sind alle im Generallandesarchiv in Karlsruhe zu finden. Die aus dem Interaktions-, Kommunikations- und Kontrollprozess zwischen Obrigkeit und Untertanen heraus entstandenen Schulvisitationen konservieren ein Abbild der Schulwirklichkeit. Um einem Informationsverlust vorzubeugen, wurden

alle Visitationen transkribiert.

Der gewählte Untersuchungszeitraum von 1735-1782 erlaubt es, Prozesse schon vor den Schulreformen und während der intensiven Verordnungstätigkeit von 1750-1769 zu erfassen, um die Dynamiken, also das, was effektiv vor Ort geschah, aufzugreifen. In der Quellenanalyse wurden dabei die Themenbereiche der Beschulung, der Schulmeister, der Lernbereiche und der Pfarrer in den Fokus genommen. Dabei konnte gezeigt werden, dass es in allen untersuchten Bereichen deutliche Veränderungen gab. So wurden beispielsweise die Winterschulen seit 1763 sowie die Sommerschulen seit 1767 täglich gehalten. Besonders die Durchsetzung der Sommerschulen war nur durch Anpassungen an die lokalen agrarischen Bedürfnisse möglich. Die Arbeit konnte zeigen, dass es an der Legitimität einer staatlichen Schulpflicht kaum noch Zweifel gab. Nicht nur die Quantität des Unterrichts, sondern auch dessen Qualität wurde verbessert: Die nach 1754 eingestellten Schulmeister verfügten alle über die Rechenfähigkeit, infolgedessen sie auch Lesen und Schreiben konnten. Geschlechterspezifische Unterschiede waren in den Lernbereichen zudem kaum auszumachen: Mädchen wie Knaben kamen ebenso zur Schule und hatten zu gleichen Teilen die Möglichkeit Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen.

Die Reformbestrebungen waren deshalb erfolgreich, weil in der Herrschaft Badenweiler lokale Kooperationsbereitschaft und Initiativen der Pfarrer, Schulmeister und Speziale auf die obrigkeitlichen Reformbestrebungen trafen. Der Erfolg der Schulreformen basierte somit auf der reformfreudigen Führungsschicht, den ausreichenden finanziellen Ressourcen der Markgrafschaft, der ausgeklügelten Verwaltungs- und Kommunikationsstruktur, der aktiven Einbindung der Kirche in die Reformbestrebungen, den pädagogisch und schulorganisatorisch geschickten Geistlichen wie den Spezialen und einer Bildungsnachfrage in der Bevölkerung. Die Arbeit konnte somit zeigen, dass es durch die Aushandlungsprozesse zur Modifikation von Reformvorgaben kam und das Elementarschulwesen in der Herrschaft Badenweiler im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland und der Schweiz im 18. Jahrhundert als eines der Fortschrittlichsten gelten darf.



Die East African Community (1967-1977)

Zusammenbruch und Auflösung

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Diese Arbeit befasst sich mit der *East African Community* (EAC), einer im Jahr 1967 gegründeten und bereits nach zehnjährigem Bestehen wieder zusammengebrochenen Wirtschaftsgemeinschaft mit den Mitgliedsländern Tansania, Uganda und Kenia. Konkret werden die Gründe für das Scheitern der EAC, die darauf folgenden Verhandlungen zur Trennung des gemeinsamen Vermögens und der gemeinsamen Schulden wie auch die Folgen von Zusammenbruch und Auflösung beleuchtet. Dabei liegt der Fokus auf dem Zusammenspiel von Ereignisgeschichte und regionaler Entscheidungsfindung, wie auch auf der Untersuchung der Interessen der in diesem Prozess beteiligten Akteure, Akteurinnen und Akteursgruppen.

Die Gründe für das Zerbrechen der regionalen Gemeinschaft können in ökonomische, politische und institutionelle unterschieden werden. Besonders stark ins Gewicht fielen die in den 1970er Jahren sehr ausgeprägten zwischenstaatlichen Spannungen wie auch innenpolitische Entwicklungen und die Enttäuschung innerhalb der Regierungen der drei Nachbarstaaten ob der Nichterfüllung der mit regionaler Integration verbundenen Hoffnungen.

Der anschliessende Verhandlungsprozess zur ordentlichen Auflösung der EAC wurde durch einen externen Mediator geleitet. Die Suche nach einer Einigung sollte ursprünglich fünfzehn Monate in Anspruch nehmen, dauerte am Ende aber ganze sechs Jahre. Verlängert wurde der Prozess einerseits durch praktische und organisatorische Erschwernisse, andererseits

durch die anhaltenden zwischenstaatlichen Konflikte.

Bei der Betrachtung des Auflösungsprozesses fällt insbesondere die dominante Rolle der Weltbank auf. Sie war Hauptgläubigerin der Ostafrikanischen Gemeinschaft und ausserdem daran interessiert, dass in Ostafrika möglichst bald wieder Schritte in Richtung regionaler Kooperation unternommen wurden.

Die Landesführungen der drei Nachbarstaaten waren erst für eine Einigung offen, als sie auch sonst wieder bereit waren aussenpolitisch aufeinander zuzugehen. Hierbei spielten auch sicherheitspolitische Erwägungen eine Rolle. Allgemein erstaunt, dass bereits sehr früh wieder davon gesprochen wurde, neuerlich eine regionale Gemeinschaft zu bilden.

Als wichtigste Folgewirkungen des Auflösungsprozesses sind die Öffnung der seit 1977 geschlossenen tansanisch-kenianischen Grenze, wie auch die neuerliche Schaffung einer regionalen Gemeinschaft im Jahr 1999 zu nennen. Schliesslich wirkten die Verhandlungen zur ordentlichen Auflösung der EAC auch als Plattform für eine erste politische Annäherung der Landesführungen Tansanias, Ugandas und Kenias in Zeiten des Konflikts.

Der Effekt der EAC auf die Nationalökonomien, wie auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen und den Alltag der Zivilbevölkerung Ostafrikas fiel geringer aus, als regionale Integrationstheorien erwarten lassen. Externe Belange hatten meist einen stärkeren Einfluss als regionale.



Der Boxerkrieg in China. Eine multinationale militärische und diplomatische Kooperation im Zeitalter des Imperialismus

Masterarbeit bei Prof. Dr. Stig Förster

Im Jahre 1900 verbündeten sich acht Grossmächte – das Deutsche Reich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Russland und die USA –, um gemeinsam gegen das chinesische Kaiserreich Krieg zu führen. Dies stellte, was China betraf, den Höhepunkt der imperialistischen Bestrebungen durch die beteiligten Mächte dar. Hintergrund dieses Krieges war der Boxeraufstand, ein fremdenfeindlicher und zu Beginn antidynastischer Volksaufstand, der sich aufgrund verschiedener struktureller Ursachen in Nordchina manifestiert hatte. Die Masterarbeit zeigt anhand von Sekundärliteratur, verfasst von Historikern unterschiedlicher Nationalitäten, die verschiedenen Formen der diplomatischen und militärischen Kooperation während des Boxerkrieges auf. Ziel der Arbeit ist es darüber Aufschluss zu geben, warum sich acht imperialistische und rivalisierende Grossmächte ausgerechnet verbünden sollten, um in China einen Aufstand niederzuschlagen. Welche Umstände und Interessenlagen förderten eine solche Form der Kooperation und welche Akteure trieben sie konkret voran? Diplomatie- und politikgeschichtliche Aspekte stehen deshalb klar im Fokus der Arbeit.

Während des Boxerkrieges stellten sich massive Kommunikationsprobleme ein, weil die Telegraphenverbindungen zwischen den „Men on the Spot“, sowohl Diplomaten als auch Militärs, und den jeweiligen imperialen Zentren zerstört wurden. Da die Diplomaten keine Anweisungen mehr von ihren jeweiligen Aussenministerien erhielten, konnten sie freier agieren. Dieser Faktor sowie der Umstand, dass sich die Ge-

sandten der Grossmächte in Beijing zunehmend an Leib und Leben bedroht fühlten, wirkten als begünstigende Katalysatoren für eine Zusammenarbeit trotz aller Rivalitäten. Paradoxiere Weise führte auch die massive Rivalität zu einem Anreiz für Kooperation. Die rivalisierenden Staaten und ihre Diplomaten in China beäugten sich gegenseitig mit Argwohn. Die Offiziere einer internationalen Flotte, die sich im Frühjahr 1900 in den chinesischen Gewässern gesammelt hatte, folgten sich auf Schritt und Tritt. Ein weiterer Faktor, der die Formierung einer Allianz zwischen den acht Staaten begünstigte, war die damals betriebene Machtpolitik der Grossmächte, die jeweils auf eine Aufrechterhaltung der Balance abzielte. Die Gesandten der Mächte in Beijing vernachlässigten dabei vor lauter Grossmachtpolitik allerdings die chinesische Innenpolitik und die Sorgen des Qing-Hofes unter Führung der Kaiserinwitwe Cixi. Die Kaiserinwitwe befürchtete, dass sie von den imperialistischen Nationen gestürzt werden könnte und diese dann Kaiser Guangxu zur Herrschaft über das Reich der Mitte verhelfen würden. Dies war einer der Gründe für die fatale Allianz zwischen dem Kaiserhof und der Boxerbewegung im Sommer 1900. Die folgende militärische Intervention der acht verbündeten Staaten wird von einigen Historikern, so etwa Thoralf Klein und Robert Bickers, als Präzedenzfall für spätere Koalitionskriegsführungen angesehen, wie etwa dem „War on Terror“. Der Boxerkrieg stellt dadurch eine moderne Episode der Geschichte dar, deren Spur direkt bis in die Gegenwart führt.



Andrea Zimmermann

Der Bund als Mobilitätsanbieter?

Ein Vergleich der politischen Debatten um den Rückkauf der Eisenbahnen
und den Bau der Nationalstrassen

Masterarbeit bei Prof. Dr. Ueli Haefeli

Die Frage, welche Aufgaben der Staat im Schweizerischen Bundesstaat übernehmen soll und auf welcher Ebene – Bund, Kanton und Gemeinde – dies zu geschehen hat, beschäftigt Politiker und Volk seit der Gründung des Nationalstaates. Besonders kostenintensive Infrastrukturprojekte mit immenser wirtschaftlicher, sozialer, kultureller, politischer und historischer Bedeutung waren stets sehr umstritten. Deshalb eignen sie sich gut, um der Frage auf den Grund zu gehen, welche Argumente für einen vom Bund finanzierten, koordinierten und verwalteten *Service Public* aufgebracht wurden, bzw. welche Gegenpositionen vertreten wurden.

Anhand des Rückkaufs der Eisenbahnen Ende des 19. Jahrhundert und dem Bau der Nationalstrassen in den 1950er Jahren wird in dieser Masterarbeit analysiert, welche Rolle dem Bund als Mobilitätsanbieter zugesprochen wurde und inwiefern die *Service Public*-Debatte dabei von Bedeutung war.

Um einen aussagekräftigen Vergleich zu ermöglichen, werden die ausgewählten Kommissions- und Parlamentsprotokolle im Sinne einer qualitativen Inhaltsanalyse einander gegenübergestellt.

Eine wichtige Vorentscheidung in Bezug auf die Rolle des Bundes als Mobilitätsanbieter wurde bereits mit der Wahl der unterschiedli-

chen Organisationsformen getroffen: Dekonzentration vs. Dezentralisierung. Während dem Bund nach dem Rückkauf der Eisenbahnen die hauptsächliche Entscheidungsgewalt zugesprochen wurde und die Kantone lediglich ein Mitspracherecht erhielten, kam es beim Bau der Nationalstrassen von Beginn weg zu einer Aufteilung der Kompetenzen zwischen den beiden Staatsebenen.

Die Rolle des Bundes wandelte sich auch mit der veränderten Mobilitätsnachfrage. Ende des 19. Jahrhunderts lag der Fokus sehr stark auf der Unterstützung des Warentransports. Mit einer erfolgreichen Marktwirtschaft verbanden die Staatsmänner einerseits die Wahrung der Unabhängigkeit mittels wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit, andererseits aber auch die Wohlfahrt des Schweizer Volks. Einen Richtungswechsel erlebte die *Service Public*-Debatte mit der Massenmotorisierung und der damit verbundenen höheren Mobilitätsnachfrage. Die individuelle Mobilität rückte ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Durch diesen Wandel veränderten sich auch die Erwartungen an den Bund. Die ungehinderte Fortbewegung durch die Schweiz per Automobil erforderte ein kantonsübergreifendes Strassenetz. Ein solches konnte nur auf staatlicher Ebene geplant, koordiniert und finanziert werden.



Philipp Zosso

Bohnenkulturen – Darstellungen der Sojabohne in amerikanischen und europäischen Zeitungen und Zeitschriften im Wandel der Zeit zwischen 1960 und 1995

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

Die Arbeit nähert sich der Verbreitungs- und Verwendungsgeschichte der Sojabohne zwischen 1960 und 1995 mit einem kulturhistorischen Erkenntnisinteresse. Die Untersuchung soll die Lücke zwischen öffentlicher Wahrneh-

mung der Sojabohne und tatsächlichem Stellenwert in der Produktion zahlreicher Lebensmittel füllen. Als Quellen dienen die monatliche Publikation der *American Soybean Association*, das *Cargill Crop Bulletin* sowie verschiedene Zei-

tungen aus dem deutschsprachigen und dem englischsprachigen Raum. Die Arbeit ist nach den verschiedenen Ebenen im Produktions- und Konsumprozess gegliedert, welche die Sojabohne durchläuft. Die Untersuchung beginnt mit einer Betrachtung der landwirtschaftlichen Erzeugung und dem Blick der Produzenten auf ihr Produkt. Danach folgt die Untersuchung der Darstellungen der Sojabohne als industriellem Input, bevor der Handel und die Spekulation in den Fokus rücken. Schliesslich wird untersucht, wie über die Sojabohne als Teil der menschlichen Ernährung gesprochen wurde, bevor die Arbeit mit einem kurzen Kapitel, welches sich ausschliesslich mit visuellen Quellen beschäftigt, abgerundet wird. Das Porträt, welches durch diese Art der Gliederung entsteht, soll möglichst vielseitig abbilden, wie sich die Art, über Sojabohnen zu sprechen im Forschungszeitraum entwickelt und verändert hat. Ausserdem soll es den Blick dafür schärfen, dass die Sojabohne keineswegs das Produkt eines Sektors mit einheitlichen Interessen und Zielen darstellt.

Untersucht werden vor allem Bezeichnungen, Begriffsfelder, Rollenbilder und visuelle Zeugnisse. Es wird jeweils versucht, Veränderungen auf der Ebene der Darstellungen mit Veränderungen in der materiellen Welt in Verbindung zu setzen. Es wird dabei offensichtlich, dass Veränderungen auf der Darstellungsebene meist multikausal bedingt waren und sich Wandel in der materiellen Welt oftmals in langfristigen und indirekten Veränderungen auf der Ebene der Darstellungen niederschlugen. In der Arbeit wird auch versucht, Veränderungen im Zeitgeist und dem gesellschaftspolitischen Umfeld und ihre Auswirkungen auf die Darstellungen der Sojabohne zu berücksichtigen. So hat beispielsweise die Entstehung von mehr Konsu-

mentenverantwortung und einer modernen und aktivistischen Umweltbewegung zu einer Neubewertung des Sojabooms in Brasilien geführt. Es wird gezeigt, wie Einzelereignisse, denen bislang in der Forschungsliteratur eine hohe unmittelbare Wirkungskraft zugestanden wurde, tatsächlich eher langfristig und graduell zu Veränderungen führten.

Der Autor kommt zum Schluss, dass die Darstellungen der Sojabohne im Verlaufe der Zeit vielseitiger, vielstimmiger und in der generellen Tendenz auch kritischer wurden. Die massgeblichen Veränderungen in den Darstellungen werden zum Schluss zusammenfassend in drei Zeiträume eingeteilt und damit der Wandel in den Darstellungen in einem Gesamtbild sichtbar gemacht. Dabei wird offensichtlich, dass der Sojabohne auf verschiedenen Ebenen im Produktions- und Konsumprozess zur selben Zeit unterschiedliche Eigenschaften und Rollen zugesprochen oder für zentral gehalten wurden. Ausserdem wird sichtbar, wie die marktwirtschaftliche Ordnung und das Streben nach Profitmaximierung sich immer mehr in den Darstellungen niederschlugen. Sogar in der genetischen Zusammensetzung der Sojabohne, in den 1960er Jahren in den USA als „Wunderbohne“ gefeiert, wurde nur noch eine optimierbare Variable gesehen. Unter dem Druck einer kaum zu stillenden Nachfrage nach (billigem) Fleisch glich sich die Sichtweise der Landwirte auf ihr Produkt immer mehr derjenigen der angehängten verarbeitenden Industrie an. Eine Gegentendenz greift die Untersuchung dann in den graphischen Darstellungen der Sojabohne und ihrer Produktion auf: Während die Sojafarmen immer mehr zu Fabriken wurden, verschwanden aus den Bebildnerungen der industrienahen Zeitschriften die Bilder der Soja verarbeitenden Fabriken.



Andreas Affolter

Verhandeln mit Republiken

Die Ambassade des Marquis d'Avaray und die französisch-eidgenössischen Beziehungen im frühen 18. Jahrhundert

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Windler und Prof. Dr. Jean-Claude Waquet (Cotutelle)

Mit den eidgenössischen Orten und der französischen Krone standen sich in der Frühen Neuzeit in vielerlei Hinsicht extrem ungleiche Akteure gegenüber: auf der einen Seite ein föderatives Netzwerk kleiner Republiken, auf der andern Seite eine monarchisch verfasste, europäische Grossmacht. Gerade diese Ungleichheit war jedoch die Ausgangslage für eine dauerhafte und für beide Seiten vorteilhafte Beziehung. Gegenstand der sich an einer sozial- und kulturhistorisch erneuerten Diplomatiegeschichte orientierenden Dissertation bilden die politisch-diplomatischen Aspekte dieser eidgenössisch-französischen Beziehungen. Gefragt wird einerseits nach dem Status der an den Aussenbeziehungen beteiligten Akteure, andererseits nach den Praktiken und Kanälen des Verhandeln. Mit der Ambassade von Claude-Théophile de Bésia-de, Marquis d'Avaray, liegt der zeitliche Schwerpunkt der Arbeit auf dem frühen 18. Jahrhundert, wobei verschiedentlich der Blick auch auf die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts und bis ins späte 18. Jahrhundert gerichtet wird.

Die Dissertation kann sich auf einen für die französisch-eidgenössische Diplomatiegeschichte exzeptionellen Quellenbestand stützen: das mehr als 4000 Briefe umfassende Korrespondenzarchiv des französischen Ambassadors d'Avaray. Die von eidgenössischen Akteuren verfassten Schreiben bieten nicht nur einen Einblick in die personalen Verflechtungszusammenhänge zwischen der Ambassade und den Eidgenossen, sondern auch in verschiedene, oft geheime Verhandlungen. Konsultiert wurden zudem Bestände aus den *Archives diplomatiques* in Frankreich, der Abschriftensammlung des Schweizer Bundesarchivs, mehreren Schweizer Staatsarchiven sowie Archiven in Deutschland und dem Vatikan.

Der erste Teil der Dissertation fragt danach, wie sich die eidgenössischen Obrigkeiten und der französische König beziehungsweise ihre

Repräsentanten entgegentraten. Mit welchem Selbstverständnis traten sie auf und welchen Status schrieben sie einander zu? Das Hauptaugenmerk liegt dabei zuerst auf den Interaktionen im Medium des diplomatischen Zeremoniells. Während die Krone den eidgenössischen Orten zwar die volle Souveränität zuerkannte, weigerte sie sich bis zum Ende des Ancien Régime, ihnen im diplomatischen Zeremoniell die Zeichen höchster sozialer Schätzung zuteilwerden zu lassen. Stattdessen wurde im Zeremoniell stets die eklatante Ungleichheit des sozialen Status von französischem König und eidgenössischen Obrigkeiten reproduziert. Dies legt nahe, dass die Orte zur Behauptung ihres Status als souveräne Völkerrechtssubjekte nicht auf die im Zeremoniell vermittelte Schätzung angewiesen waren. Ihre Souveränität manifestierte sich vielmehr in den völkerrechtlich relevanten Verträgen mit andern Souveränen und über die Einschlüsse in die grossen europäischen Friedensschlüsse.

Angesichts der nicht nur im diplomatischen Zeremoniell offen zu Tage tretenden Asymmetrie zwischen französischem König und eidgenössischen Orten erweist es sich als weiterführend, ihre Beziehungen nicht nur mit dem Modell eines Verhältnisses zwischen (ungleichen) Souveränen, sondern auch mit einem Patron-Klient-Modell zu beschreiben. Die eidgenössisch-französischen Beziehungen lassen sich so als Patronagebeziehung im Sinn einer dauerhaften und reziproken Tauschbeziehung verstehen. Um in den Genuss vielfältiger Ressourcen zu kommen, zogen es die Orte oft vor, mit dem König im Rahmen einer Patron-Klient-Beziehung und nicht von Souverän zu Souverän zu interagieren. Eine ausschliessliche Festlegung auf ein Beziehungsmodell lässt sich allerdings bei keinem Ort beobachten. Vielmehr changierten die Obrigkeiten gegenüber dem König zwischen klientelistischer Ergebenheit und souveränem Selbstbewusstsein.

Der zweite Teil der Dissertation richtet den Fokus auf das personale Netzwerk des Ambassadors d'Avaray. Die Beziehungen des Ambassadors zu den eidgenössischen Magistraten gestalteten sich meist als Gabentauschbeziehungen: Die eidgenössischen Klienten versorgten den Ambassador mit Informationen aus ihren Orten und setzten sich dort für französische Interessen ein, wofür sie mit vielfältigen königlichen Patronageressourcen bedacht wurden. Aufgrund der dezentralen Struktur der Eidgenossenschaft musste der Ambassador sein Netzwerk vorwiegend über Distanz pflegen. Der Brief war dabei nicht nur das wichtigste Kommunikationsmittel, sondern auch ein zentrales Medium der Aufrechterhaltung personaler Beziehungen. Das Korrespondenzarchiv des Ambassadors bildete dessen soziales Kapital ab und diente als Arbeitsinstrument, das Informationen über vergangenes Handeln bereitstellte.

Die unterschiedliche politische Kultur der eidgenössischen Orte führte dazu, dass den personalen Beziehungen zu fremden Gesandten nicht überall die gleiche Akzeptanz entgegengebracht wurde. In den reformierten Städteorten, in denen sich seit der Reformation ein „Ideal des Nicht-Verflochtenseins“ (Hillard von Thiessen) herausgebildet hatte, bedeutete die Pflege einer Gabentauschbeziehung zum Ambassador eine heikle Angelegenheit. Die Entgegennahme fremder Gelder war streng verboten und die partikuläre Kommunikation zu fremden Gesandten wurde argwöhnisch beobachtet. Anders als die katholischen Korrespondenten mussten reformierte Magistraten deshalb eine ganze Reihe von Sicherungsmassnahmen ergreifen, um ihre Kommunikation mit der Ambassade geheim zu halten.

Der dritte Teil untersucht die Kanäle, über welche die eidgenössischen Obrigkeiten und die Entscheidungsträger am französischen Hof miteinander kommunizierten und verhandelten. Weil die Orte auf diplomatische Repräsentanten am Hof verzichteten, verfügte der französische Gesandte in der Eidgenossenschaft als offizieller Kanal zwischen Krone und Obrigkeiten prak-

tisch über eine Monopolstellung. Beide Seiten griffen allerdings situativ auf alternative, informelle Kanäle zurück. Eine besondere Bedeutung kam in dieser Hinsicht den eidgenössischen Offizieren in französischen Diensten zu, die dank ihrer Verflechtung am Hof und in der Eidgenossenschaft wie geschaffen waren, eine Mittlerrolle zu übernehmen. Vom ausgehenden 17. Jahrhundert bis zum Ende des Ancien Régime praktizierten die Orte somit eine «Diplomatie ohne Diplomaten», die es ihnen erlaubte, zeremoniellen Demütigungen auszuweichen und beträchtliche Kosten einzusparen.

Im vierten und letzten Teil werden am Beispiel der Bündnisverhandlungen mit den reformierten Orten Praktiken des Verhandeln untersucht. Für die französische Seite bedeuteten Verhandlungen mit der Eidgenossenschaft, sich auf gewisse republiksspezifische Herausforderungen einzulassen. Während es in Monarchien möglich war, die Verhandlungen auf eine Person (und dessen Berater) zu konzentrieren, mussten in Polyarchien Mehrheiten gewonnen werden. Dies wurde durch die heftigen Faktionenkämpfe in den eidgenössischen Räten erheblich erschwert. Die Furcht der verschiedenen Faktionsführer, beim Verteilungskampf um materielle und symbolische Ressourcen zu kurz zu kommen, führte etwa bei den Verhandlungen zur Bündniserneuerung dazu, dass die Vorstösse der einen Faktion von ihren Gegnern durchkreuzt wurden, obwohl diese eine neue Allianz grundsätzlich befürworteten. Eine weitere Schwierigkeit des Verhandeln mit Republiken war die Unmöglichkeit, geheime, aber gleichzeitig vom Souverän autorisierte Verhandlungen zu führen. Geheimhaltung liess sich nicht bewahren, wenn ein hundertköpfiger Rat über ein Geschäft delibериerte. Die geheimen Verhandlungen zwischen dem Ambassador und den Berner Magistraten liefen somit ohne Autorisierung der Obrigkeit auf einer rein partikularen Ebene ab, was die Eröffnung offizieller Verhandlungen während d'Avarays Ambassade verunmöglichte.

Die Dissertation wird voraussichtlich 2017 bei Böhlau publiziert.



Fabienne Amliger

Im Vorzimmer zur Macht?

Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP (1971 bis 1995)

Dissertation bei Prof. Dr. Brigitte Studer

Schweizerinnen mussten skandalös lange in politischer Unmündigkeit verharren: Als einer der letzten europäischen Staaten gewährte die stets das Selbstbild als „Wiege der Demokratie“ zelebrierende Schweiz – so die Ironie der Geschichte – ihren Bürgerinnen erst 1971 das Stimm- und Wahlrecht. Über 100 Jahre nach den männlichen Staatsbürgern war es Frauen ab diesem Zeitpunkt auf eidgenössischer Ebene erlaubt, als formal Gleichberechtigte an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozessen zu partizipieren. Indem die Bürgerinnen Zugang zur Politik erhielten, wuchs die Politiklandschaft auf Bundesebene um beinahe zwei Millionen neue, potenzielle Wählerinnen, Stimmende und Wählbare. Zudem – so könnte zumindest angenommen werden – bildeten Frauen aus Sicht von politischen AkteurInnen wie den Parteien eine Gruppe, die es für politische Anliegen zu berücksichtigen und zu gewinnen galt. Doch traten Frauen im Anschluss an die Einführung des Frauenstimmrechts auch tatsächlich politischen Parteien bei, wurden sie von ihnen willkommen geheissen und als neue Akteurinnen anerkannt? Um dieses Forschungsdesiderat – das in einem auffälligen Kontrast zum breiten Forschungsstand über die Einführung des Frauenstimmrechts steht – zu beantworten, setzt die Dissertation beim Einschluss von Frauen in die institutionelle Politik an. Sie richtet ihren Fokus auf die als zentrale Akteurinnen im Inklusionsprozess von Frauen agierenden Frauenorganisationen von drei der vier eidgenössischen Regierungsparteien: auf die der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz SPS, der Freisinnig-Demokratischen Partei FDP und der Christlichdemokratischen Volkspartei CVP. Mangels Archivzugang musste die Schweizerische Volkspartei SVP weggelassen werden. Die Untersuchung konzentriert sich auf die Zeit von 1971, der Einführung der politischen Gleichstellung auf Bundesebene, bis 1995, womit die 1993 vom Parlament verweigerte Wahl der Sozialdemokratin Christiane Brunner zur Bundesrätin sowie des damit im Feld der Politik eingeleiteten gleichstellungspolitischen Transformationsprozesses der folgenden beiden Jahre umfasst wird.

Das erkenntnisleitende Interesse der Untersuchung konzentriert sich auf vier Bereiche, die in enger Wechselwirkung zueinander stehen, zur Verdeutlichung in der Arbeit jedoch analytisch getrennt werden. Erstens interessieren der organisatorische Aufbau und die strukturellen Rahmenbedingungen der parteieigenen Frauenorganisationen. Eng damit verbunden ist zweitens die Frage nach der Position der Frauenorganisationen innerhalb ihrer Parteien. Es gilt dabei ihrer parteiinternen Bedeutung und den Grenzen ihrer Einflussnahme sowie dem von ihnen Sag- und Kritisierbaren nachzugehen. Drittens untersucht die Dissertation die thematischen Schwerpunkte und politischen Praktiken der Frauenorganisationen. Dieser Fokus impliziert auch Fragen nach den Handlungsmöglichkeiten und -strategien der Vertreterinnen von Frauenorganisationen, mit denen sie mitunter das eigene politische Handeln und die damit verknüpften Partizipationsforderungen zu legitimieren trachteten. Diese drei Fragenkomplexe konstituieren und spiegeln die in den Parteien herrschenden Geschlechterordnungen. So verweisen sie auf das in den Parteien und auch von den Frauenorganisationen (re-)produzierte Frauenbild, auf das Verständnis von Geschlechterverhältnissen und auf Vorstellungen von Gleichstellung zwischen Frauen und Männern. Entsprechend analysiert die Arbeit viertens das „Sprechen über“ Geschlecht, also die Geschlechterdiskurse, in den Frauenorganisationen.

Der Gegenstand der Untersuchung wird mittels Pierre Bourdieus feldtheoretischem Zugang zur Politik eingebettet. Dieser Ansatz fokussiert die Zugangsvoraussetzungen und Spielregeln des politischen Feldes, dessen Strukturen und AkteurInnen sowie die Aushandlungsprozesse zwischen den verschiedenen AkteurInnen. Die Studie, die sich in der Tradition der Neuen Politikgeschichte verortet, erweitert jedoch Bourdieus Ansatz um eine geschlechtertheoretische Perspektive. Um die vier Fragebereiche zu analysieren, bedient sich die Arbeit einer Kombination historisch-hermeneutischer sowie diskursanalytischer Methoden und greift auf Oral-History-Interviews zurück.

Aus den reichhaltigen Ergebnissen sollen

nur die wichtigsten genannt werden: Die Dissertation situiert die Frauenorganisationen als wichtige frauen- und gleichstellungspolitische Handlungs- und Wirkungsräume innerhalb der Parteien, allerdings nicht ohne auf die grundlegende Ambivalenz zu verweisen, die ihnen eingeschrieben war und die mit dem Begriff der „paradoxen Integration“ gefasst wird: Gemeint ist, dass die Parteien ihre Frauenorganisationen mehr oder weniger isoliert in den von Männern erschaffenen Parteiapparat integrierten und ihnen frauen- und gleichstellungspolitische Aufgaben übertrugen. Durch diese Arbeitsteilung erschienen die Interessen von Frauen als gesonderte, oftmals marginalisierte Partikularinteressen und nicht als Querschnittsthemen der Parteien. Zugleich legitimierten die Frauenorganisationen mit ihrer Frauen- und Gleichstellungspolitik die männlich-dominierte Partei, die von solchen Auseinandersetzungen grösstenteils entbunden wurde. In diesem Punkt unterschieden sich allerdings die Parteien, wurde der Bezug zum Feminismus in der SPS doch als weit weniger suspekt erachtet als in den bürgerlichen Parteien.

Im Weiteren zeigt die Dissertation, dass geschlechtsspezifische Macht- und Repräsentationsasymmetrien in der Politik auch nach der Einführung des Frauenstimmrechts bestehen blieben. Dieses eigentliche Demokratiedefizit erkannten die Vertreterinnen aller parteieigenen Frauenorganisationen zwar und rügten dies im Laufe der Zeit zunehmend. Doch – und das spiegelt die forschungsleitende und durch die Befunde bestätigte Hypothese der Dissertation – kollektive und öffentliche Entrüstung löste dieser Umstand erst bei der Nichtwahl der Bundesratskandidatin Christiane Brunner 1993 aus. Erneut versuchte das Parlament damals, eine Frau von der Teilhabe an der politischen Macht auszuschliessen. Allerdings stiess dieses Vorgehen

auf einen neuen, durch Gleichstellungserrungen schafften gerahmten Kontext, und ein abermaliger Ausschluss einer Frau wurde mit Protesten in der Öffentlichkeit, in den Medien und von Frauen im politischen Feld quittiert. Das als Brunner-Skandal bekannte Ereignis identifiziert die Dissertation denn auch als Indikator eines sozialen Wandels, der die langandauernde und weitgehende Exklusion von Frauen aus dem politischen Feld nicht mehr länger unwidersprochen tolerierte.

Zusammenfassend kann die Geschichte der Frauenorganisationen so bilanziert werden, dass sie Erfolge feierten, jedoch mit ihren Anliegen auch immer wieder scheiterten. Ein Wandel sowohl in gleichstellungspolitischer Hinsicht als auch hinsichtlich der Präsenz von Frauen in der Politik ist im Untersuchungszeitraum aber nicht zu negieren. In diesem Prozess waren parteiinterne Frauenorganisationen zentrale Akteurinnen. Sie waren es, die den politischen Raum ausweiteten, indem sie neue oder vernachlässigte gleichstellungspolitische Themen in die politische Agenda einschrieben. Sie waren es auch, die ihre Parteien auf eine gleichstellungspolitische Programmatik zu verpflichten versuchten und wesentlich zur politischen Förderung von Frauen beitrugen. Zwar haben sich während des Untersuchungszeitraums die geschlechtsspezifischen Machtstrukturen in keiner der untersuchten Parteien und auch nicht im Feld der Politik zugunsten einer Parität zwischen Männern und Frauen verschoben. Und dennoch: wird die eidgenössische Politik à la longue betrachtet, ist eine Transformation in der Geschlechterordnung nicht zu leugnen. Während vor 1971 Vertreterinnen von Frauenverbänden höchstens im Vorfeld der Politik Zutritt erhielten, rückten sie nach dem Erhalt des Frauenstimmrechts ins Vorzimmer der Macht vor. Und sie störten dort zunehmend die Spielregeln der männlichen Dominanz.



The Lord of Heaven in the Inner Chambers: Jesuits, Women, and Domestic Christianity in China (ca. 1580-1690)

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Windler und Prof. Dr. Sabine Dabringhaus

Die vorliegende Dissertation geht am Fallbeispiel der jesuitischen China-Mission unter portugiesischem Patronat (ca. 1580-1690) der Frage nach, wie sich lokale Geschlechterverhältnisse unter den speziellen Bedingungen einer Kulturkontaktsituation veränderten. Sie untersucht, welche Geschlechternormen und -praktiken sich im chinesischen Christentum im Verlaufe kultureller Austauschprozesse etablierten und welche Handlungsspielräume sich dadurch für Jesuiten und für chinesische Akteure – insbesondere Frauen, die mit dem Christentum in Kontakt kamen – ergaben. Sie stützt sich dabei auf Missionarskorrespondenzen und Missionsberichte aus römischen und portugiesischen Archiven sowie auf edierte chinesische Quellen aus der Feder von Missionaren, chinesischen Christen und chinesischen Gegnern des Christentums. Die Arbeit ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil der Arbeit nimmt die Missionare und deren Anpassungsleistungen an die chinesische Gesellschaft in den Blick, während der zweite Teil die Religiosität chinesisch-christlicher Frauen ins Zentrum des Interesses rückt.

Der erste Teil der Arbeit zeigt auf, dass die Handlungsspielräume sowohl der jesuitischen Missionare wie auch chinesisch-christlicher Akteure massgeblich von konfuzianischen Raumordnungen geprägt wurden, welche Frauen dem häuslichen Bereich und insbesondere den ausschliesslich für sie bestimmten „Inneren Gemächern“ zuordneten. Die Entscheidung der frühen Missionare der Gesellschaft Jesu, sich – anders als später die Missionare der Mendikantenorden – in Bezug auf Kleidung und äusseren Lebensstil an die konfuzianisch geprägte Elite der Literati anzupassen, bahnte den Weg für die Akkommodation an konfuzianische Geschlechternormen. In Anlehnung an die Literati-Elite konstituierte sich auch die jesuitische Männlichkeit im Folgenden stark über einen Habitus, welcher sich aus konfuzianischen Idealen wie jenem der Geschlechtertrennung ableitete.

Obwohl die Gesellschaft Jesu ihre Mitglieder zu einem distanzierten Verhältnis zu Frauen

anhielt, das sich in den Grundzügen mit dem konfuzianischen Ideal der Geschlechtertrennung vereinbaren liess, führte diese Form der Akkommodation immer wieder zu Rollen- und Normenkonflikten. So erwies sich etwa das den Priestern auferlegte Zölibat als unvereinbar mit der konfuzianischen Kardinaltugend der Filialität, welche Vaterschaft zu einer zentralen Pflicht für alle Männer erklärte. Ausserdem ergaben sich durch die konfuzianische Maxime der Geschlechtertrennung Schwierigkeiten beim Erfüllen pastoraler Aufgaben (Katechese, Sakramentspendung) gegenüber Frauen. Für chinesische Christen ergab sich insbesondere im Bereich der Ehe ein Zielkonflikt zwischen katholischer Norm und chinesischer Praxis. So liessen die Jesuiten konversionswillige chinesische Männer nur zur Taufe zu, wenn sie sich vorgängig von allfälligen Konkubinen getrennt hatten. Dies führte in manchen Fällen zum Verzicht auf oder Aufschub der Konversion. Die Arbeit zeigt auf, dass sich aus dem Umgang mit solchen Problemen aber auch kreative Lösungen ergaben. So entwickelten die Missionare diskursive Strategien, um ihre abweichenden Positionen in chinesische Diskurse einzupassen und/oder gegenüber der konfuzianischen Elite zu rechtfertigen. Ferner kam es zu praktischen Anpassungen, welche die Normkonflikte zumindest abschwächen sollten. Insbesondere achteten die Jesuiten darauf, direkten Kontakt mit chinesischen Frauen wo möglich zu vermeiden. Gegenüber der römischen Kurie wurde dies mit Verweis auf die besonderen sozio-kulturellen Gegebenheiten in China gerechtfertigt.

Der zweite Teil der Arbeit zeigt, dass die von den Jesuiten verfolgte Strategie einer weitgehenden Anpassung an konfuzianische Geschlechternormen zu einer bemerkenswerten Unabhängigkeit des religiösen Lebens chinesischer Christinnen führte. Während sich städtische Christen oft in (üblicherweise an die Missionsstation angeschlossenen) Kirchen versammelten und dadurch vermehrten Kontakt zu Missionaren hatten, war der wichtigste Versammlungsort für Christinnen das Hausoratorium, das

für Missionare schwer zugänglich war. Im Hausoratorium wurde die Mehrheit (und ab den 1630er Jahren, als die Gründungen von Frauenkirchen einsetzten, die Gesamtheit) der Rituale ohne priesterliche Präsenz abgehalten. Die grosse Unabhängigkeit chinesisch-christlicher Frauen von Priestern stellte aus katholischer Sicht eine Benachteiligung dar, hatten Frauen doch nur sehr beschränkten Zugang zu den Sakramenten. Sie verlieh Frauen aber in vielen Bereichen auch bemerkenswerte Handlungsmacht: Vor allem ältere Frauen nahmen in den weiblichen Kongregationen wichtige Rollen als Laienführerinnen und Katechetinnen ein. Innerhalb des Haushalts spielten Matronen und insbesondere Witwen ausserdem eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der religiösen Identität der Familie.

Um die enge Verbindung zwischen häuslichem Bereich und der Religiosität chinesisch-christlicher Frauen zu bezeichnen, wird in der vorliegenden Arbeit der Begriff des „häuslichen Christentums“ (*domestic Christianity*) eingeführt. In Anlehnung an neuere Forschungen zu chinesischer Religiosität, welche anstelle formalisierter religiöser Zugehörigkeit die (nur in Ausnahmefällen an ein Bekenntnis gebundene) religiöse Praxis in den Vordergrund rückt, geht die Arbeit dabei von einem breiten Verständnis des chinesischen Christentums aus, nach welchem diesem nicht nur Konvertiten und Konvertitinnen zuzurechnen sind, sondern auch Personen, die mit dem Christentum sympathisierten und/oder sich lediglich einzelner christlicher Heilspraktiken – etwa Praktiken im Zusammenhang mit Fruchtbarkeit versprechenden Devotionalia – bedienten. Dieses breite Verständnis des chinesischen Christentums impliziert, dass verschiedene weibliche Personengruppen unterschiedlich starke Bindungen zum Christentum aufbauten, was mit einer variierenden Nähe ihrer christlichen Religiosität zu anderen Formen chinesischer Religiosität einherging. So wiesen et-

wa die zahlreichen weitgehend auf sich selbst gestellten christlichen Kongregationen, die von Frauen aus eher ärmeren, bedeutungslosen Literati-Familien angeführt wurden, eine auffallende Nähe zu buddhistischen Frauenkongregationen auf. Auf der anderen Seite lässt sich bei Frauen, die aus einflussreichen christlichen Beamtenfamilien mit engem Kontakt zu Missionaren stammten, ein starker Grad der Interiorisierung christlicher Normen feststellen. Einige dieser Frauen wurden im fortschreitenden siebzehnten Jahrhundert wichtige Mäzeninnen des chinesischen Christentums, welche Missionare und Gemeinden mit grosszügigen Geld- und Sachgeschenken unterstützten.

Die Religiosität chinesisch-christlicher Frauen unterschied sich insgesamt markant von der posttridentinischen Religiosität ihrer europäischen Religionsgenossinnen. Letzteren war zwar die Idee eines geschlechtergetrennten Gottesdienstes nicht gänzlich fremd; in europäischen Kirchen des siebzehnten Jahrhunderts wurden etwa vermehrt separate Kirchbänke für Männer und für Frauen eingerichtet. Europäische Frauen nahmen aber im gleichen Mass wie Männer an den zahlreichen öffentlichen und klerikalen Ritualen posttridentinischen Zuschnitts teil. Dies war undenkbar in China, wo öffentlich abgehaltene, gemischtgeschlechtliche Rituale schnell in den Verdacht der Häresie kamen und somit in den Fokus der Obrigkeit gerieten. Die Religiosität chinesisch-christlicher Frauen des siebzehnten Jahrhunderts ist deshalb ein eindrückliches Beispiel dafür, dass in der katholischen Kirche in der Zeit nach dem Konzil von Trient bei weitem nicht nur ein Prozess der Standardisierung und Integration in Gang kam, sondern das Ausgreifen der Kirche in neue kulturelle Kontexte gleichzeitig bemerkenswerte Prozesse der Hybridisierung und Diversifizierung ansties.

Eine Veröffentlichung der Arbeit in englischer Sprache ist in Vorbereitung.



Ärztliches Schreiben zwischen Routine und Ratlosigkeit

Epistemische und administrative Praktiken der Journalführung im 19. Jahrhundert, am Beispiel des Bieler Arztes Cäsar Bloesch (1804-1863)

Dissertation bei Prof. Dr. Brigitte Studer

Die Dissertation, die im Rahmen des SNF-Projekts „The medical practice of Caesar Adolph Bloesch (1804-1863)“ entstanden ist, widmet sich ärztlicher Schreibarbeit. Im Zentrum steht das 57 Bände umfassende Journal des Arztes, Historikers und Politikers Cäsar Bloesch aus Biel. Es handelt sich dabei nicht um ein intimes Tagebuch, sondern um die dreissig Jahre umfassende Buchhaltung von Bloeschs ärztlicher Praxis. Eine sperrige Quelle, stark repetitiv und zum Teil sehr schwer leserlich, geschrieben vorwiegend für den eigenen Gebrauch, um in einem strengen Arbeitsalltag Ordnung zu halten. Mit Blick auf dieses umfangreiche Schreibprodukt wird erstens die Frage gestellt, welche Bedeutung die regelmässige und langjährige Buchführungspraxis für den ärztlichen Alltag hatte. Zweitens wird das ärztliche Schreiben nach Verbindungen zu politischen und wissenschaftlichen Ereignissen und Diskursen wie auch nach seiner verwaltungs- und professionsgeschichtlichen Bedeutung befragt.

Ein erster Analyseschritt macht die Quelle selbst zum Forschungsgegenstand. Hier zeigt sich, inwiefern Bloeschs alltägliches Schreiben den Konventionen einer etablierten Praxis folgte und inwiefern es als Produkt individueller kontingenter Schreibprozesse zu betrachten ist. Dabei werden der wissenschaftsgeschichtliche Hintergrund der Journalführung und deren Bedeutung in der klinischen Ausbildung des frühen 19. Jahrhunderts beleuchtet. Bloeschs Arbeit am Journal beginnt im Moment seines Berufseinstiegs. Die schriftlichen Spuren seiner alltäglichen Verunsicherung am Krankenbett werden ebenso thematisiert wie die Überwindung dieser anfänglichen Wissenskrise und das Aufkommen von Routine. In der Reflexion des Routinebegriffs wird das Journal, über Luhmann hinausgehend, nicht als schlichtes Verwaltungssystem im Sinne eines Programms beurteilt, sondern vielmehr als ein sich stetig verändernder Rahmen, der Schreiben und Denken des Verfassers strukturieren sollte.

Nebst den sich verstetigenden alltäglichen Einträgen verfasste Bloesch monatliche und

jährliche Rückblicke, die einen Überblick über Gelungenes boten oder halfen, Misslungenes zu verarbeiten. Diese Einträge zeugen von einem gelehrten Anspruch und einem zunehmenden Reflexionsniveau des Schreibers. Schliesslich wurde gegen das Lebensende hin das Journal auch zum Ort der Selbstreflexion, wenn Bloesch dieses dazu nutzte, um eine autobiographische Rückschau zu verfassen oder den Tod seiner Frau zu beklagen. Es diente somit nicht nur der Patientenverwaltung, sondern immer mehr auch der Selbstverwaltung. Die ärztliche Buchführung wirkte disziplinierend, indem sie zur regelmässigen schriftlichen Reflexion aufrief. Sie entsprach jenem Anspruch nach Gelehrsamkeit und Wissenschaftlichkeit, der die akademischen Ärzte von den Praktikern unterscheiden sollte. Als Produkt jahrelanger Arbeit bildete das Journal Tugenden wie Fleiss, Ehrlichkeit, Vernunft und Erfahrung ab und repräsentierte dadurch den guten Arzt.

In einem zweiten Analyseschritt wird ein Ebenenwechsel vom individuellen zum kollektiven Handeln vorgenommen. Der Blick richtet sich dabei auf die kantonbernische Ärztegesellschaft und deren Bezirkssektion Biel-Seeland und bezieht ein entsprechend erweitertes Quellenkorpus mit ein. Es wird nach den Praktiken und Diskursen der Gemeinschaftsbildung der Ärzte gefragt, nach den Aushandlungsprozessen und Konflikten einer sich formierenden Berufsgruppe. Die politischen Entwicklungen im Kanton Bern in der spannungsgeladenen Zeit zwischen dem liberalen Umsturz 1830/31 und den Unruhen nach der Wahl der Konservativen um 1851 bis zur Einführung einer neuen Medizinalordnung 1863, werden in die Analyse einbezogen. Anhand von Diskussionen über Status, Rechte und Pflichten der Ärzte, aber auch über die Schaffung der kantonalen Gesundheitsverwaltung, werden einerseits die widersprüchlichen Interessenlagen innerhalb der Ärzteschaft, andererseits das komplexe Verhältnis der unterschiedlich positionierten Ärzte zur entstehenden modernen Berner Kantonsverwaltung aufgezeigt. So kann aus diesem zweiten Teil gefolgert

werden, dass die Ärzteschaft des 19. Jahrhunderts keineswegs jene einmütige standespolitische Einheit bildete, wie sie die Historiografie oftmals suggeriert. Unterschiedliche, in der Idee des Nationalen verankerte wissenschaftliche Kulturen und Traditionen spalteten die Ärzte, wie auch staatspolitische Grundhaltungen, amtliche Funktionen, lokale Interessen und unterschiedliche soziale Hintergründe.

Die Linsenöffnung des zweiten Teils bettet Bloesch's Selbstverständnis als Arzt und damit auch sein Schreiben in einen breiteren Kontext ein und erlaubt im Anschluss eine Betrachtung des Journals aus neuem Blickwinkel. So nimmt sich die Dissertation in einem dritten Analyseschritt wieder enger der Hauptquelle an. Das Journal erscheint nun als Dreh- und Angelpunkt einer ärztlichen Praxis, die nicht auf die Begegnung zwischen einem Arzt und seinen Patientinnen und Patienten beschränkt bleibt, sondern zunehmend mit standespolitischen Ansprüchen und Anstrengungen, mit der Formation staatlicher Verwaltung und mit einem sich an der Öffentlichkeit orientierenden Selbstverständnis des Arztes verwoben ist. Es diente nicht nur der freiwilligen Administration alltäglicher Erfahrung, sondern vielmehr auch als Ablage vorgeschriebener und im Verlauf des 19. Jahrhunderts zunehmend nachgefragter Schreibformate. So finden sich darin medizinalstatistische Aufstellungen neben Impftabellen, ärztlichen Zeugnissen oder gerichtsärztlichen Gutachten. Diese verschiedenen Formen ärztlichen Beobachtens und Schreibens werden in ihrem jeweiligen historischen Kontext verortet und nach ihren Implikationen für das ärztliche Wissen und die ärztliche Praxis befragt.

Die Verschränkung von Wissenschaft, Verwaltung und Politik, wie sie für das 19. und frühe 20. Jahrhundert in der Forschung unter dem Paradigma der Verwissenschaftlichung gefasst worden ist, darf nicht als einseitiges Durchdringen, sondern muss vielmehr als ein gegen-

seitiges Konstituieren gedacht werden. Denn die Rolle ärztlicher Experten, wie sie sich die akademischen Mediziner zu Bloesch's Zeit aneigneten, führte nicht nur zu einer veränderten staatlichen Praxis, vielmehr wirkte sich diese Rolle stark auf die ärztliche Praxis selbst aus. Das zeigt sich insbesondere an den Anforderungen, die Formate wie Tabellen und Zeugnisse an den Arzt stellten: Anforderungen, die zwar einer administrativen Logik der Kategorisierung, der Ökonomisierbarkeit und Quantifizierbarkeit gerecht wurden, damit allerdings an der Logik des praxisärztlichen Wissens, das sich am Einzelfall orientierte, vorbezielten und die Ärzte überforderten. Gleichwohl bildeten diese Formate die materiale Grundlage ärztlicher Expertise und dienten als Vehikel des ärztlichen Machtzuwachses im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Die Auseinandersetzung mit diesen Formaten zeigt, wie eng die ärztliche Diagnostik des 19. Jahrhunderts an Verwaltungsansprüche geknüpft und wie weit entfernt sie vom alltäglichen Denken und Handeln der Ärzte war.

In der Beschäftigung mit einem lokalhistorischen Akteur, der keine grossen medizinischen Entdeckungen vorweisen kann, leistet diese Dissertation einen Beitrag zur Wissens-, Medizin-, Verwaltungs-, Regierungs- und Professionsgeschichte. Sie zeigt, wie Schreibarbeit dazu diente, medizinisches Wissen zu generieren, Berufserfahrung zu systematisieren und durch Selbstvergewisserung der epistemischen Unsicherheit des ärztlichen Arbeitsalltags entgegenzuwirken. Ärztliches Wissen und ärztliche Praxis, so das Fazit, wurden im 19. Jahrhundert von der sich verändernden Staatlichkeit geprägt und die Ärzte erarbeiteten sich über ihre Schreibarbeit einen zentralen Platz in Staat und Gesellschaft. Am Beispiel Bloesch's wird deutlich, wie sich in einer Zeit des Übergangs zwischen medizinischer Policy und moderner Verwaltung der Aufstieg der akademischen Ärzte und der Aufbau einer staatlichen Verwaltung co-konstruierten.



Für die Lebenden und für die Toten

Testamente des Spätmittelalters aus der Stadt Bern

Dissertation bei Prof. Dr. Urs Zahnd und Prof. Dr. Christian Hesse

Nichts ist gewisser als der Tod und nichts ungewisser als die Stunde des Todes. Diese Reflexion über die *conditio humana* steht in der Einleitung vieler spätmittelalterlicher und so auch zahlreicher stadtberner Testamente. Um im Falle eines jäh eintreffenden Todes vorgesorgt zu haben, ordneten die Berner – wie ihre Zeitgenossen in ganz Europa – letztwillige Verfügungen zugunsten der Kirche und karitativer Einrichtungen an. Diese Massnahmen dienten nicht nur der Förderung des eigenen Seelenheils, sondern auch jenem von bereits Verstorbenen. Die Sorge um die Lebenden beschäftigte die Erblassenden ebenfalls, denn mithilfe eines Testaments sollte die Verteilung des Nachlasses nach dem Willen des Verstorbenen verlaufen und Zwistigkeiten unter den Erbanwärtern vermieden werden. Daraus leitet sich die Fragestellung der Dissertation nach den Strategien ab, die Männer und Frauen bei der testamentarischen Regelung ihrer Hinterlassenschaft verfolgten, sowie nach den Faktoren, die deren Testierverhalten entscheidend beeinflussten. Die Arbeit beleuchtet die rechtlichen und sozialen Normen, die die Erblasser bei der Errichtung ihres Testaments anleiteten. Für ein möglichst differenziertes Ergebnis wird das Testierverhalten der Erblasser hinsichtlich der Kategorien Geschlecht, Familienstand und sozialer Zugehörigkeit sowie mit Blick auf deren Besitzverhältnisse und auf den Empfängerkreis untersucht. Die Testamente werden auch daraufhin gelesen, welche Rückschlüsse die testamentarischen Handlungsanweisungen auf die Lebenslage, das Beziehungsnetz sowie auf die geistige und kulturelle Situation der testierenden Personen erlauben und welche Motive sie zur Errichtung ihrer letztwilligen Verfügungen bewogen haben. Dabei werden auch die Konstanten und Veränderungen im Testierverhalten herausgearbeitet und mit jenem in anderen Städten des Reiches verglichen. Die Dissertation versteht sich als Beitrag zur neueren Kulturgeschichte, welche die Ansätze von Alltags-, Kultur- und Mentalitätsgeschichte verbindet, sowie zur weiter gefassten Sozialgeschichte.

Zur Beantwortung der oben formulierten Fragen haben sich die für die spätmittelalterliche

Stadt Bern seriell vorliegenden Testamente aufgrund ihrer Reichhaltigkeit angeboten; ausserdem sind sie bisher nie Gegenstand einer systematischen Auswertung gewesen. Die Arbeit unterzieht die rund 300 heute in den bernischen Archiven greifbaren kopiaal oder original überlieferten Testamente einer Kombination von quantifizierender und qualitativer Analyse. Den Beginn des Untersuchungszeitraums gibt die Überlieferung in den städtischen Testamentenbüchern vor, die um 1400 einsetzt; das Ende markiert das Jahr 1538 wegen der unmittelbar anschliessend vorgenommenen Anpassungen des Testier- und Erbrechts im Rahmen der neuen Stadtsatzung (1539). Damit erstreckt sich die Untersuchung bewusst um ein Jahrzehnt über die bernische Reformation (1528) hinaus.

Die Untersuchung gliedert sich in fünf thematische Blöcke: Zuerst werden die Überlieferungssituation beleuchtet und die zahlreich benutzten handschriftlichen Quellen einer ausführlichen Kritik unterzogen. Zentrale Quellen sind neben den erwähnten Testamentenbüchern die ebenfalls im Staatsarchiv des Kantons Bern aufbewahrten Spruchbücher des Oberen Gewölbes. Anschliessend zeichnet die Dissertation den Weg zum rechtsgültigen Testament nach, was unter Berücksichtigung der verschiedenen Akteure, der Verfahrensabläufe und des anfallenden Schriftguts geschieht. Der grösste Teil der Dissertation setzt schliesslich die Erforschung der Testierenden, der Legate (Immobilien, Mobilien und Rechtsansprüche) und der Empfänger (geistliche/karitative Einrichtungen sowie Einzelpersonen) ins Zentrum. Diese drei Aspekte eines Testaments werden einerseits isoliert, andererseits ist deren Verbindung zueinander betrachtet.

Die Dissertation hat zahlreiche neue Erkenntnisse erbracht, von denen einzelne im Folgenden hervorgehoben seien: Die bernische Rechtspraxis und die in diesem Bereich während des Untersuchungszeitraums noch vergleichsweise schwach entwickelte Verwaltungsorganisation haben im Verhältnis zur Einwohnerzahl wenige Testamente hervorgebracht. Es errichtete hauptsächlich eine privilegierte Gruppe von Personen ein Testament, die innerhalb der städti-

schen Bevölkerung eine Minderheit bildete. Die Hälfte bis zwei Drittel der Testierenden lebte in einem Haushalt, dessen Vorstand der politischen, sozialen und/oder wirtschaftlichen Führungsschicht von Bern angehörte. Dabei waren Angehörige der obersten politischen und wirtschaftlichen Führungsgruppe (Mitglieder des Kleinen Rates) gemessen an der städtischen Bevölkerung überproportional stark vertreten. Die bernischen Testamente blenden somit auf der Seite der Testierenden grosse Teile der städtischen Gesellschaft aus. Mit den Vermögensverhältnissen der testierenden sozialen Gruppen und mit dem Geschlecht variierten auch die Legate. Während etwa die (adligen) Twingherren überdurchschnittlich häufig Objekte von hoher Qualität, materiellem Wert, künstlerischer Gestaltung und starkem repräsentativen Charakter vermachten, überwogen bei den anderen Gruppen mehr oder weniger grosser Besitz von Immobilien, Renten und Bargeld. Bei den Klerikern sticht die Vererbung von Büchern und von auffallend vielen Sachgütern wie besonders Möbel, Betten und Küchengerät heraus. Handwerker und Gewerbetreibende mit politischer Teilhabe vererbten auffallend viel Haustextilien und Schmuck, was auf die hohe Zahl weiblicher Testierender in dieser Gruppe zurückzuführen ist. Testatorinnen vermachten allgemein deutlich mehr Sachlegate als die testierenden Männer und offenbarten damit – wohl aufgrund ihrer Rolle im Haushalt – eine engere Beziehung zu den materiellen Dingen des Alltags. Handwerker legier-

ten auch Werkstätten und Werkzeuge. Fromme Vergabungen, namentlich zwecks Totengedenkens spielten vor der Reformation ungeachtet des Geschlechts und der sozialen Stellung eine wichtige Rolle. Verfügt wurde grösstenteils zugunsten kirchlicher und karitativer Einrichtungen in der Stadt, wobei die im Bau befindliche Leutkirche St. Vinzenz als Begünstigte besonders hervorsticht. Die Reformation hinterliess frühzeitig deutliche Spuren in den Testamenten, indem die Stiftungen zugunsten von Kirchen, Klöstern, Beginenhäusern und Bruderschaften schon seit 1522/23 rückläufig waren. Als wichtigste Verwandtschaftseinheit tritt in den bernischen Testamenten die Kernfamilie (überlebende Gatten, Kinder) in Erscheinung. Engere Beziehungen gab es zur Familie der Geschwister, die besonders bei fehlenden ehelichen Kindern das Erbe antraten. Testamente begünstigen aber auch Stiefkinder und illegitime Nachkommen ohne rechtliche Erbansprüche. Häufigere Zuwendungen erfolgten ferner zugunsten von Pflegekindern, und patenschaftlichen Beziehungen wurde ebenfalls testamentarisch Rechnung getragen. Wiederholt dokumentiert ist auch die persönliche Nähe und enge Beziehung von Dienstherrn zu ihren Bediensteten. Auch Personen, die bei der Errichtung, Inkraftsetzung und Durchsetzung des Testaments involviert waren (Beichtväter, Zeugen, Schreiber, Testamentsvollstrecker), werden regelmässig in den letztwilligen Verfügungen bedacht.



Julia Hübner

Henriette Adelaïde von Savoyen (1636-1676) und die bayerischen Außenbeziehungen

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Windler

Thema der Dissertation ist die Rolle der Kurfürstin Henriette Adelaïde von Savoyen in den Außenbeziehungen des frühneuzeitlichen Bayern. Aus der Perspektive der Landesherrin wurden die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten einer Mittelmacht des Heiligen Römischen Reiches in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts näher untersucht. An den frühneuzeitlichen Höfen, verstanden als erweiterte Fürstenhaushalte, wurde erst ansatzweise zwischen einer als öffentlich verstandenen Sphäre der Po-

litik und der Familie des Fürsten unterschieden. Aufgrund der Überlappung dieser beiden Bereiche eröffneten sich für adlige Frauen und dabei besonders für die erste Frau am Hof Handlungsspielräume. In der neueren Forschung werden frühneuzeitliche Mächtebeziehungen nicht mehr als Beziehungen zwischen Staaten verstanden, sondern als Beziehungen zwischen Gesellschaften, an denen verschiedenste Akteure mit vielfältigen Interessen auf unterschiedlichen Ebenen beteiligt waren. Da der Staatsbildungsprozess im

17. Jahrhundert noch bei weitem nicht abgeschlossen war, war die politische Kultur von Bindungen und Beziehungen zwischen Personen(-gruppen) geprägt, die eine akteurszentrierte Untersuchung sinnvoll erscheinen lassen. Zur Beschreibung des diplomatischen Handlungsrahmens, in dem Henriette Adelaïde agierte, eignet sich der von Hillard von Thiessen vorgeschlagene Idealtyp der Diplomatie vom *type ancien* sowie die Verflechtungsanalyse von Wolfgang Reinhard. Der Blick auf die Kurfürstin und ihre außenpolitischen Handlungsspielräume ermöglicht einen Zugang zu den Spezifika frühneuzeitlicher Herrschaft und Außenbeziehungen, und leistet so einen Beitrag zu einer „Kulturgeschichte von Außenbeziehungen“. Die vorliegende Arbeit verortet sich im Kontext einer weiter gefassten Kultur- und Sozialgeschichte des Politischen und stützt sich zu weiten Teilen auf die umfassende Korrespondenz der Kurfürstin sowie auf Berichte französischer, kaiserlicher und savoyischer Gesandter.

Die Wirkungsmöglichkeiten der Kurfürstin wurden sowohl im Hinblick auf institutionalisierte Herrschaftsausübung als auch auf informelle Einflussnahme untersucht. Ihre außenpolitischen Handlungsspielräume waren an ihre Position als Kurfürstengattin gebunden und hingen in erster Linie von ihrem Zugang zum bayerischen Herrscher ab. Im personalen Herrschaftssystem der Frühen Neuzeit hingen Einflussmöglichkeiten vor allem auch davon ab, ob eine Person dem Herrscher nahestand und sein Vertrauen genoss. Aufgrund ihres exklusiven Zugangs zum wichtigsten Entscheidungsträger der bayerischen Politik war sie für auswärtige Akteure als Vermittlerin von besonderem Interesse, da sie einen alternativen diplomatischen Kommunikations- und Verhandlungsweg bieten konnte, der den Kontakt zum Kurfürsten direkter, einfacher und risikoärmer gestaltete. Aufgrund dieses besonderen Zugangs konnte sie als Einflussnehmerin, Fürsprecherin und Vermittlerin von Interessen fungieren. Henriette Adelaïde agierte als Kurfürstengattin als Teil des fürstlichen Arbeitspaares. Ihre Beteiligung an den auswärtigen Beziehungen beschränkte sich nicht auf informelle Tätigkeiten, da sie als Landesherrin zur Teilhabe an der Herrschaft legitimiert war. Als Kurfürstengattin hatte Henriette Adelaïde vielfältige Aufgaben wahrzunehmen, die sich auf das Ansehen der Dynastie sowie die außenpolitische Situation des Kurfürstentums auswirkten, da das Kurfürstenpaar gemeinsam die wittelsbachische Dynastie repräsentierte. Der Position einer Kurfürsten-

gattin lag eine ambivalente Struktur zugrunde, da sie aufgrund ihres Geschlechts zur Unterordnung verpflichtet, wegen ihrer Stellung aber zur Herrschaftsteilhabe berechtigt war. Aufgrund ihrer Standeszugehörigkeit spielte Geschlecht für Henriette Adelaïde selbst in ihrer Position als Kurfürstin eher eine untergeordnete Rolle. In außenpolitischer Hinsicht konnte sie sich durch ihre Geschlechtszugehörigkeit Handlungsspielräume erschließen, musste jedoch innerhalb der gesellschaftlich akzeptierten und ihrem Geschlecht angemessenen Konventionen handeln bzw. die Wünsche des Kurfürsten als legitimierenden Faktor ihres Handelns betonen, um sich nicht dem Vorwurf unangemessener weiblicher Einflussnahme auszusetzen.

Aufgrund ihrer Position als Kurfürstengattin wurde Henriette Adelaïde zum Geheimen Rat zugelassen, was für die Erschließung von außenpolitischen Handlungsspielräumen eine entscheidende Rolle spielte. Im Geheimen Rat waren in erster Linie das Verhältnis zum Kurfürsten und eine damit in Zusammenhang stehende Vertrauensstellung von Bedeutung. Sowohl die Funktionsweise des Geheimen Rates als auch die Teilnahme der Kurfürstin an den Ratssitzungen verweisen auf die Grenzen der Ausdifferenzierung des fürstlichen Haushalts einerseits und des Verwaltungssystems andererseits. Auch die Variabilität des höfischen Machtgefüges und die damit einhergehende Konkurrenz um Macht und Einfluss innerhalb der höfischen Gesellschaft verweisen auf diese Grenzen. Der jeweilige Positionierungserfolg einer Person hing vom Vertrauen und der Gunst des Kurfürsten ab.

Frühneuzeitliche Außenbeziehungen wurden maßgeblich von personalen Beziehungen bestimmt. Gerade innerhalb informeller Netzwerke konnten sich Frauen weit mehr Handlungsspielräume erschließen als im Rahmen der offiziellen politischen Aktivitäten und Strukturen. Henriette Adelaïde pflegte ein weites höfisches und grenzüberschreitendes Netzwerk. Für die Beziehungspflege innerhalb des Netzwerks spielten Faktoren wie Vertrauen und Information eine wichtige Rolle. Sowohl aufgrund ihrer Position als Kurfürstengattin als auch aufgrund ihrer verwandtschaftlichen Bindungen zum savoyischen und französischen Hof konnte sich Henriette Adelaïde als Vermittlerin von Patronageressourcen profilieren. Damit erfüllte die Kurfürstin eine wichtige Funktion für die interterritoriale Vernetzung und Erweiterung des klientelären Netzwerks des bayerischen Hofes.

In der Frühen Neuzeit war das Handeln von

Frauen stark an Familieninteressen gebunden. Vor diesem Hintergrund konnte Henriette Adelaïde als außenpolitische Akteurin agieren. Von auswärtigen Mächten wurde sie sowohl als savoyische Prinzessin als auch als bayerische Kurfürstin wahrgenommen. Ihr außenpolitisches Handeln wurde von dynastischen Motiven und Interessen bestimmt. Zeitlebens strebte die Kurfürstin nach Ruhmvermehrung und Rangerhöhung der beiden Dynastien, denen sie angehörte.

Von ihrer Herkunftsfamilie war Henriette Adelaïde mit einem konkreten politischen Auftrag an den bayerischen Hof geschickt worden und hatte eine Instruktion mit entsprechenden Anweisungen erhalten. Für ihre Herkunftsfamilie erfüllte Henriette Adelaïde in ihrer Position als bayerische Kurfürstin eine politische Funktion, da sie Aufgaben übernahm, die normalerweise in den Zuständigkeitsbereich eines ständigen Gesandten fielen. Mittels regelmäßiger Berichterstattung, Vertretung der savoyischen Interessen und intensiver Pflege der verwandtschaftlichen Bindungen blieb Henriette Adelaïde ein

aktives Mitglied ihrer Herkunftsfamilie.

Zudem wurde Henriette Adelaïdes außenpolitisches Handeln vom mindermächtigen Status des Kurfürstentums Bayern bzw. des Herzogtums Savoyen strukturiert. Sowohl als Kurfürstin von Bayern als auch als savoyische Prinzessin gehörte Henriette Adelaïde einer Mittelmacht an, die ihren Platz vor allem zwischen den Polen Habsburg und Bourbon behaupten musste, gleichzeitig aber von beiden Großmächten als dynastisch und politisch interessanter Verbündeter wahrgenommen wurde. Indem sie sowohl zu den Bourbonen als auch zu den Habsburgern Beziehungen pflegte und ihre multiplen Bindungen bewusst instrumentalisierte, konnte sie sich außenpolitische Handlungsspielräume erschließen.

Bilanzierend lässt sich festhalten, dass Henriette Adelaïde sich gezielt außenpolitische Handlungsspielräume erschloss und von auswärtigen Akteuren als umfassend informierte und einflussreiche außenpolitische Akteurin wahrgenommen wurde.



Melanie Salvisberg

Der Hochwasserschutz an der Gürbe – eine Herausforderung für Generationen

Ein Beispiel für die Umsetzung von Hochwasserschutzkonzepten vor Ort (1855-2010)

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Rohr

Das im Süden der Stadt Bern liegende Gürbetal ist aufgrund der naturräumlichen Gegebenheiten eine stark hochwassergefährdete Gegend. Immer wieder trägt die Gürbe grosse Wassermengen und viel Geschiebe ins Tal und verursacht Überschwemmungen. Über viele Jahrhunderte konnten die Anwohner nur punktuelle Schutzmassnahmen vornehmen, wodurch der Talboden versumpft und nur extensiv nutzbar war. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts vollzog sich im Gürbetal wie in vielen weiteren Kantons- und Landesteilen ein tiefgreifender Wandel im Umgang mit der Hochwassergefahr: Durch die Fortschritte in Wissenschaft und Technik, die Veränderung des Naturverständnisses und die politischen Änderungen rückten die umfassenden Flusskorrekturen erstmals in den Bereich des Möglichen. Eine Häufung von schweren Überschwemmungen und der Landhunger der wachsenden Bevölkerung verstärkten das Be-

dürfnis nach einer Bändigung des Flusses. Im Zuge der Grossen Gürbekorrektion (1855-1881) wurde das Gewässer schliesslich im Unterlauf kanalisiert und im Oberlauf durch Wildbachverbauungen gesichert. Obwohl sich die Situation durch diese grossräumigen Eingriffe verbesserte, konnten die Hochwasserschäden nicht wie gewünscht verhindert werden. Die nach wie vor wiederkehrenden Murgänge, Überschwemmungen und Erdbeben lösten daher nicht nur Wiederherstellungsarbeiten, sondern auch grosse Ergänzungsmassnahmen aus. In zahlreichen Projekten wurde das Verbauungswerk so nach und nach erweitert. Ab 1882 übernahm neben dem Kanton und den lokalen Akteuren auch der Bund einen Teil der Kosten. Als Unterstützung für die wasserbaulichen Massnahmen kamen zwischen den 1890er Jahren und dem Zweiten Weltkrieg zusätzlich die grossen Aufforstungen im oberen Einzugsgebiet hinzu. Bis heute werden an der

Gürbe umfangreiche Hochwasserschutzprojekte umgesetzt.

Die Dissertation behandelt den Umgang verschiedener Akteure mit der Hochwassergefahr an der Gürbe im Zeitraum von 1855 bis 2010 unter dem Einfluss unterschiedlicher Hochwasserschutzkonzepte. Die Längsschnittstudie beleuchtet das Thema aus breiter Perspektive und berücksichtigt verschiedene Forschungsrichtungen aus der Geschichtswissenschaft und der Geographie. Im Zuge der Analyse der an der Gürbe getroffenen Schutzmassnahmen werden folgende Fragen beantwortet: Inwieweit gaben Hochwasserereignisse, inwieweit neue Handlungsspielräume und Erkenntnisse den Anstoss zur Durchführung der Massnahmen? Welche Rolle spielten die verschiedenen Akteure, namentlich jene „vor Ort“, bei der Planung der Verbauungen und ihrer Umsetzung? Welche Hoffnungen und Erwartungen waren jeweils mit den Massnahmen verbunden und wie sahen die erzielten Resultate aus? Wie wurden die jeweils vorherrschenden Schutzkonzepte auf der lokalen Ebene der Gürbe umgesetzt? Welche Konflikte ergaben sich aus den Hochwasserschutzmassnahmen? Welche Auswirkungen hatten die Präventionsmassnahmen auf die Gürbe und ihr Tal? Für die Beantwortung dieser Fragen stand ein aussergewöhnlich breites und umfangreiches Quellenkorpus zur Verfügung, was in grossem Masse an der Beteiligung und Unterstützung der Hochwasserschutzakteure liegt.

Die Untersuchung der Hochwasserschutzgeschichte der Gürbe liefert einerseits Erkenntnisse über die Vorgänge und Entwicklungen an diesem kleinen Gewässer, andererseits aber auch wichtige Informationen für die Hochwasserschutzgeschichte der Schweiz. Da an der Gürbe

aufgrund der stets wiederkehrenden schadenbringenden Überschwemmungen seit 1855 praktisch ununterbrochen grosse Präventionsprojekte umgesetzt werden, kann beispielhaft aufgezeigt werden, wie sich der Hochwasserschutz im Laufe der letzten eineinhalb Jahrhunderte veränderte. Hierbei sind nicht nur die technischen Entwicklungen, sondern vor allem auch der Philosophiewandel interessant.

Die Gürbekorrektion und ihre Nachfolgeprojekte hatten weitreichende Auswirkungen auf das Gewässer und sein Umland. Die Hochwasserschutz- und Entwässerungsmassnahmen ermöglichten eine Urbarisierung der Talebene. Mit grossen Entwässerungssystemen wurden die Böden drainiert und die Moore systematisch ausgetrocknet. Dies hatte für die regionalen hydrologischen Systeme, die lokalen Klimasysteme und die natürliche Flora und Fauna schwerwiegende Folgen. Die Landschaft veränderte sich so irreversibel. Der ehemalige Gewässerraum konnte nun aber intensiv landwirtschaftlich genutzt werden. Die Entsumpfungen ermöglichten auch den Bau von Strassen und der Eisenbahnlinie. Bald entstanden im Umfeld der Bahnhöfe auch neue Siedlungsgebiete. Der gesellschaftliche und ökonomische Druck auf die ehemaligen Gefahrenggebiete nahm so im Laufe der Jahrzehnte stetig zu. Daraus entwickelte sich ein wechselseitiger Prozess: Je mehr Schutzbauten erstellt und je besser die Flächen geschützt waren, desto unablässiger und rentabler wurde die Hochwasserschutzprävention. Erst ab dem Ende des 20. Jahrhunderts – im Zuge des Philosophiewandels, nach welchem den Gewässern wieder mehr Raum zur Verfügung gestellt werden muss – zeigte sich ein zögerliches Umdenken.



Alexandra Vlachos

We Stand on Guard for Tree: Narrating South Moresby
An Environmental History of the South Moresby Controversy (1974–1993)
on Haida Gwaii, Canada

Dissertation bei Prof. Dr. Christian Rohr und Prof. Dr. Graeme Wynn

Der gemässigte Küstenregenwald von British Columbia (Kanada) – von der Provinz als idyllische Tourismusattraktion vermarktet – war und ist ein heftig umkämpfter Ort. Insbesondere

das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts war von zahlreichen Konflikten geprägt, die zusammengefasst als *War in the Woods* in die kanadische Geschichte eingingen. Gemeinsam waren diesen

Debatten die Zusammensetzung der Protagonisten (Regierungen, Holzkonzerne, *First Nations*, Anwohner, Holzfäller, Umweltschutzorganisationen) und die Grundsatzfragen über den Wert der „Wildnis“ (*wilderness values*), nachhaltiger Forstwirtschaft, alternativen Wirtschaftszweigen, Verlusten von Arbeitsstellen im Forstsektor und der Schutzgedanke für bestimmte Areale. Während vordergründig um Bäume gestritten wurde, ging es vielmehr um Lebensweisen, Werte, Prioritäten und die zentrale Frage über den Besitzanspruch auf Ressourcen und Land. Vor dem Hintergrund der Kolonialgeschichte und der ab den 1960er Jahren kontinuierlichen Emanzipation und politischer Konsolidierung der entlang der Küste lebenden *First Nations* („Ureinwohner-Stämme“) wurde die „Umweltschutzfrage“ in vielen Regionen an die „Landbesitzfrage“ (*title claims*) gekoppelt.

Gemeinsam sind zudem die Dimensionen, welche die Konflikte in der Form erst möglich gemacht und in ihrem Hergang beeinflusst haben. Ab den 1970er Jahren kamen wirtschaftliche, politische und soziale Dimensionen zusammen, die sich gegenseitig beeinflussten und zusammengenommen ein viel grösseres Veränderungspotential mit sich brachten: Die wirtschaftliche Krise der Holzindustrie, die einen immensen Aufschwung und Boom in den 1950er und 1960er Jahre erlebt hatte, das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen, insbesondere von Umweltschutzorganisationen, das *reawakening* (Wiedererwachen) der *First Nations* und der Nachhaltigkeitsgedanke in breiteren Bevölkerungsschichten. In den 1990er Jahren liess sich die Provinzregierung von British Columbia zudem auf *treaty talks* ein und ermöglichte so den *First Nations* erstmals einen juristisch legalen Weg, ihren Anspruch auf ihre angestammten Territorien geltend zu machen und (teilweise) vor Gericht durchzusetzen.

Die Dissertation, die sich insbesondere den zahlreichen Sichtweisen und Argumenten (*stories*) der involvierten Akteure widmet und eine narrative Netzwerk-Analyse enthält, nimmt in einer Fallstudie das Gebiet South Moresby/Gwaii Haanas auf Haida Gwaii in der Zeit zwischen 1974 und 1993 in den Fokus. Haida Gwaii (ehemalige Queen Charlotte Islands) ist ein Archipel nordwestlich von Vancouver Island, British Columbia. Die unzugänglichen und verhältnismässig weit vom Festland abgelegenen Inseln verfügten über reiche natürliche Ressourcen, darunter (teilweise noch intakter) Regenwald und grosse Fischbestände. Durch die iso-

lierte Lage konnte sich auf Haida Gwaii überdies ein einzigartiges Ökosystem mit zahlreichen endemischen Pflanzen- und Tierarten entwickeln, das deswegen auch als *The Galapagos of the North* genannt wird.

Industrielle Holznutzung zeigte seit dem Ausbruch der beiden Weltkriege massive Auswirkungen auf dieses Ökosystem. Im Zuge der Kriegsindustrie wurden die Urwälder auf diesen damals nur sehr schwer zugänglichen Inseln erstmals lukrativ. Besonders begehrt waren die Jahrhunderte alten *Sitka Spruce*-Fichten, die zum Bau von Kriegsflugzeugen verwendet wurden. Insbesondere während der 1950er und 1960er Jahre wurden durch rücksichtslose Kahlschlagmethoden grosse Zerstörungen angerichtet, während die Abholzung von steilen Küstenabschnitten teilweise zu Erdbeben führte und damit Süswasserströme beschädigte, in denen Hunderttausende von Lachsen ihre Laiche abgelegt hatten. Die industrielle Holznutzung bedrohte somit zu gleichen Teilen beide Hauptressourcen der Inseln, auf die ihre Einwohner bis heute angewiesen sind. Die Tatsache, dass das Holz mehrheitlich von US-amerikanischen oder multinationalen Grosskonzernen ohne weitere Verarbeitung vor Ort abtransportiert wurde, liess die Anwohner zunehmend mit den negativen Folgen der Ressourcennutzung zurück, ohne von deren wirtschaftlichen Erträgen zu profitieren.

Rund 5'000 Einwohner leben heute auf den Inseln, davon gehört rund die Hälfte zur indigenen Bevölkerung der Haida First Nation. Die Ureinwohner der Haida First Nation haben die natürlichen Ressourcen auf Haida Gwaii seit vielen Generationen nachhaltig genutzt. Ihre Präsenz auf Haida Gwaii ist mindestens für die letzten 10'000 Jahre archäologisch belegt. Stärker als die meisten anderen *First Nations*-Stämme entlang der Küste am Festland haben sich die Haida politisch organisiert und erfolgreich für ihre Sache gekämpft. Insbesondere ist es ihnen ausserordentlich gut gelungen, aus der South Moresby Debatte (*environmental issue*) eine Landrechtsdebatte (*title issue/Haida issue*) zu machen. Die Allianz der Schutz-Befürworter wurde stets von den Haida angeführt, umfasste jedoch zahlreiche wichtige Akteure in der Umweltschutzbewegung und Politik. Schliesslich gelang es mit Strassenblockaden, nationaler Medienpräsenz und juristischen Schritten, South Moresby auf die politische Agenda des Landes zu setzen. 1987 kaufte die kanadische Landesregierung der in die politische Bredouille geratenen Provinzregierung das umstrittene Gebiet ab

und stellte es unter Nationalparkschutz. Die Umweltschutzorganisationen feierten den Erfolg, doch für die Haida war es lediglich eine erneute koloniale Bestätigung der geltenden Besitzansprüche: Ihr traditionelles Territorium würde weiterhin der Krone gehören. So führten die Haida ihren Kampf weitere sechs Jahre fort – zunehmend im Gerichtssaal –, bis das *Gwaii*

Haanas Nationalpark Reserve and Haida Heritage Site 1993 zustande kam. Das innovative Abkommen lässt die Frage über endgültige Besitzansprüche über South Moresby offen und hält lediglich beide Ansprüche fest: den der Krone sowie den Anspruch der Haida First Nation. Das Gebiet des Nationalpark-Reservats wird von beiden Parteien verwaltet und kontrolliert.



u^b

^b
UNIVERSITÄT
BERN

Berlin